Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 - 1923

Zur Geschichte und Soziologie
der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalistin),
der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands
und der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät
der Philipps-Universität Marburg

vorgelegt von
Hans Manfred Bock
aus Kassel

Marburg/Lahn 1967

791
/ 1

H 70 - 2301

Universitätsbibliothek
Saarbrücken

[= Marburger Abhandlungen zur
politischen Wissenschaft, 13.]

Von der philosophischen Fakultät
der Philipps-Universität Marburg/Lahn
als Dissertation angenommen
Tag der mündlichen Prüfung am: 7. 2. 1968
Berichterstatter: Prof. Dr. Abendroth
Mitberichterstatter: Prof. Dr. Czempiel
Mitberichterstatter: Prof. Dr. Nolte

VORBEMERKUNG

In der vorliegenden Untersuchung wird der erste Versuch einer historisch-soziologischen Darstellung der anarchistisch-syndikalistischen und der linkssozialistischen bzw. linkskommunistischen Traditionslinien in der deutschen Arbeiterbewegung zwischen 1890 und 1933 unternommen. Die Untersuchung zeigt im Detail die Entfaltung der anarcho-syndikalistischen und linkskommunistisch-unionistischen Theorien nach dem November-Umsturz von 1918, deren organisatorische Verfestigung zwischen 1918 und 1921 in der "Freien Arbeiter - Union Deutschlands (Syndikalisten)" (FAUD(S)), der "Allgemeinen Arbeiter - Union Deutschlands" (AAUD) und der "Kommunistischen Arbeiter - Partei Deutschlands" (KAPD), deren praktisch politische Relevanz in diesen Jahren und ihren organisatorischen Desintegrationsprozeß seit Mitte 1921.

Die Vorarbeiten zu dieser Untersuchung wurden erheblich erleichtert durch die privaten Auskünfte zahlreicher Persönlichkeiten im In- und Ausland; ihnen sei hiermit gedankt. Dank gebührt auch den folgenden Bibliotheken und Archiven, die bei der Materialsammlung bereitwillige Hilfe leisteten: Universitäts - Bibliothek Marburg/Lahn; Staatsbibliothek Marburg/Lahn; Murhardsche Bibliothek der Stadt Kassel und Landesbibliothek; Landes- und Stadt - Bibliothek Düsseldorf; Stadtarchiv und Stadtbibliothek Braunschweig; Hauptarchiv Düsseldorf (Zweigstelle Kalkum); Bundesarchiv Koblenz; besonderer Erwähnung bedarf die großzügige Hilfeleistung durch das Internationale Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam.

Herr Professor Wolfgang Abendroth nahm in dankenswerter Weise Anteil am Entstehen dieser Arbeit. Sie wurde im Februar 1968 von der Philosophischen Fakultät der Marburger Philipps - Universität als Inaugural - Dissertation angenommen.

Die Drucklegung wurde gefördert durch finanzielle Mittel der Stiftung Volkswagenwerk, des Marburger Universitätsbundes und der Verwaltungsdirektion der Philipps - Universität.

VORWORT

Das Institut für wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg/Lahn hat seit längeren Jahren begonnen, die kleineren oppositionellen Gruppierungen, die in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung aufgetreten sind, systematisch zu untersuchen. Die bisherigen Publikationen, die aus diesem Vorhaben hervorgegangen sind, haben sich mit dem Einbruch einer Variation idealistischer Philosophie in die Organisationswelt der Arbeiterorganisationen, wie sie durch den Einfluß der Jugendbewegung in der Revolutionsperiode möglich wurde, beschäftigt, den Werner Link in dieser Reihe durch seinen Band über den Internationalen Sozialistischen Kampfbund zur Darstellung gebracht hat, und - wie die Arbeit von K. H. Tjaden über die Kommunistische Rechtsopposition oder diejenige von Hanno Drechsler über die SAP - Gruppierungen behandelt, deren theoretische Grundlage die geistige Arbeit der marxistischen Linken in der Vorkriegssozialdemokratie gewesen ist. So blieb es notwendig, auch die Richtungen der Arbeiterbewegung in Deutschland zu überprüfen, die sich in radikalem Gegensatz zum organisatorischen Gefüge der klassischen Partei der zweiten Internationale, der SPD, und ihrem theoretischen Denken, dem traditionellen Marxismus, befunden haben.

Die vorliegende Arbeit erörtert in systematischem Zusammenhang die Entwicklung dieser "linksradikalen" Tendenzen. Sie zeigt, wie sich mit der Legalisierung der SPD nach dem Ende des Sozialistengesetzes der Widerspruch gegen der Legalität angepaßte Verhaltensweisen der Partei und der Gewerkschaftsbewegung in der Opposition der "Jungen" und der "Lokalistin" sofort äußert, um bald auf die modifizierte Übernahme anarchistischer Theoreme zurückzugreifen, wie sie schon einmal zu Beginn des Sozialistengesetzes aufgetreten waren, aber damals wegen des Aufschwungs der Gesamtbewegung keine dauerhafte Bedeutung gewinnen konnten. Auch dieser zweiten Welle des organisatorisch verselbständigten Linksradikalismus blieb jeder größere Erfolg versagt, sobald seine Träger aus den rasch wachsenden Massenorganisationen verdrängt worden waren. Aber in der Partei selbst haben sich unvermeidlich auch vor dem Ende dieser Entwicklungsphase, die durch den Ausbruch des ersten Weltkrieges und die Unterwerfung der Massenorganisationen unter die "Burgfriedens"-Politik herbeigeführt wurde, kritische Ansätze gegenüber der Politik der Gesamtorganisation reproduziert, die wegen der Verfestigung des bürokratischen und parlamentarischen Apparats in beiden Organisationssäulen der Arbeiterbewegung als des Trägers der Anpassungstendenzen an das bestehende politische System auf Spontaneitätstheorien verwiesen waren. Eine Verwischung der Grenzen zwischen marxistischem und syn-

dikalistischem oder gar anarchistischem Denken ist in dieser Periode jedoch noch nicht erfolgt.

Größeren Einfluß auf breitere Schichten der Arbeiterklasse konnten "linksradikale" Theorien erst am Ende des ersten Weltkrieges und in der Revolutionsperiode erlangen. Sie haben den Gründungsparteitag der KPD (Spartakus-Bund) an der Jahreswende 1918/19 beherrscht und die Majorität der Mitglieder dieser Partei während der Revolutionskämpfe des folgenden Jahres beeinflusst, obwohl die Führungsgruppe der jungen Partei mit ihnen niemals übereingestimmt hat. So ist es nicht verwunderlich, daß in diesem Zeitabschnitt auch die gegen die traditionellen Gewerkschaften gerichteten unionistischen Organisationen erhebliche Bedeutung erlangten. In der revolutionären Situation konnten die an unmittelbarer Betriebsdemokratie orientierten syndikalistischen und linkskommunistischen Unionen in erster Linie Arbeitergruppen ohne längere gewerkschaftliche Traditionen, vor allem im Bergbau und in der jungen, während des Weltkrieges rasch aufgestiegenen chemischen Industrie, an sich ziehen. Dadurch wurde es möglich, daß sich die neueren "linkskommunistischen" und die an der Tradition der Lokalistin orientierten syndikalistischen Bewegungen in ihrer jeweiligen Praxis nur noch unwesentlich unterscheiden ließen.

Als nach dem Heidelberger Parteitag der KPD (Spartakus-Bund) die antiparlamentarische und antigewerkschaftliche Opposition aus der offiziellen kommunistischen Bewegung verdrängt wurde, war allerdings die revolutionäre Gesamtsituation bereits weitgehend abgeklungen. Die Geschichte der KAPD und auch der unionistischen Organisationen wurde damit gleichzeitig zur Geschichte des rapiden Verfalls ihrer Massenbedeutung. Die Isolierung der "Linksradikalen" von den Arbeitermassen in der nun folgenden Periode des organisatorischen Aufschwungs der KPD nach ihrer Vereinigung mit der linken USP führte deshalb sehr bald zu sektiererischen Auseinandersetzungen innerhalb ihrer Gruppierungen, in denen eine wirkliche Vermittlung zwischen den anarcho-syndikalistischen und den marxistischen Prämissen ihrer Theoreme niemals gelungen ist.

Der Aufschwung der studentischen Oppositionsbewegungen in den letzten Jahren hat die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Varianten dieses "Linksradikalismus" wieder aktualisiert. Es ist kein Zufall, daß sowohl in der französischen als auch in der deutschen Studentenbewegung Schriften der linkskommunistischen Theoretiker, vor allem von Pannekoek und Gorter, ernstlich diskutiert und neu aufgelegt werden. Die Situation einer studentischen Massenbewegung, die gegen organisatorische Verfestigungen in Universität und Gesellschaft zum Kampfe antritt, bietet manche Parallelen sowohl zur Situation eines Teils der Anhänger der einst illegalen Sozialdemokratie auf ihrem Parteitag von Halle 1890 als auch zur Lage der spontan rebellierenden

deutschen Arbeiter und jungen Intellektuellen 1918 und in den folgenden Revolutionskämpfen. Auch hat theoretisch die verschüttete Tradition des "Linksradikalismus", dessen letzte organisatorischen Versuche im Widerstandskampf gegen das Dritte Reich demnächst in einer bereits abgeschlossenen weiteren Arbeit dargestellt werden, manche diskutablen Denkansätze zur Analyse bürokratischer Manipulationen und ihrer Überwindung zu bieten. So hat das vorliegende Buch durch die gegenwärtige studentische Protestbewegung unmittelbar politische Bedeutung gewonnen. Es sollte allerdings auch zu Erwägungen darüber anregen, ob und in welchen Fragen die unreflektierte Übernahme im "Linkskommunismus" entstandener Lehren durch den geschichtlichen Gang, den das Buch darstellt, widerlegt ist.

Marburg/Lahn, den 1. August 1968

Wolfgang Abendroth

VERWENDETE ABKÜRZUNGEN

AAU	= Allgemeine Arbeiter-Union
AAUD	= Allgemeine Arbeiter-Union Deutschlands
AAUE	= Allgemeine Arbeiter-Union Einheitsorganisation
ADGB	= Allgemeiner Deutscher Gewerkschafts-Bund
AFL	= American Federation of Labor
ASP	= Antinationale Sozialistische Partei
BO	= Betriebs-Organisation
CGT	= Confédération Générale du Travail
CGTU	= Confédération Générale du Travail Unitaire
CNT	= Confederacion Nacional del Trabajo
DDR	= Deutsche Demokratische Republik
EKKI	= Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Internationale
EL	= Entschiedene Linke
FAU	= Freie Arbeiter-Union
FAUD(S)	= Freie Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten)
IAA	= Internationale Arbeiter-Assoziation
IKD	= Internationale Kommunisten Deutschlands
ISD	= Internationale Sozialisten Deutschlands
IWW	= Industrial Workers of the World
KAI	= Kommunistische Arbeiter-Internationale
KAJ	= Kommunistische Arbeiter-Jugend
KAP	= Kommunistische Arbeiter-Partei
KAPB	= Kommunistische Arbeiter-Partei Bulgariens
KAPD	= Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands
KAPN	= Kommunistische Arbeiter-Partei der Niederlande
KAUD	= Kommunistische Arbeiter-Union Deutschlands
KAZ	= Kommunistische Arbeiter-Zeitung
KO	= Kampf-Organisation
Komintern	= Kommunistische Internationale
KP	= Kommunistische Partei
KPD	= Kommunistische Partei Deutschlands
KPD(S)	= Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund)
KPD(O)	= Kommunistische Partei Deutschlands (Opposition)
KPDsU	= Kommunistische Partei der Sowjet-Union
NEP	= Novaja Ekonomiceskaja Politika
NSDAP	= Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei
RGI	= Rote Gewerkschafts-Internationale
SAPD	= Sozialistische Arbeiter-Partei Deutschlands
SDAP	= Sociaal-Democratische Arbeiders-Partij
SDP	= Sociaal-Democratische Partij

SED	= Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD	= Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	= Schutz-Staffel
UdSSR	= Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken
USPD	= Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VKPD	= Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands
WIU	= Workers' International Industrial Union
WRV	= Weimarer Reichs-Verfassung
WSPU	= Women's Social and Political Union
ZK	= Zentral-Komitee

INHALT

I. Einleitung	1
II. Die traditionellen Grundlagen: Die Opposition gegen den Zentralisierungs- und Bürokratisierungsprozeß der SPD von 1890 bis 1914.	5
1. Die Opposition der "Jungen" in der SPD um 1890	5
2. Die anarchistische Tendenz in der Arbeiterbewegung	13
a) Die "Vereinigung Unabhängiger Sozialisten" und die anarchistischen Gruppierungen in Deutschland	13
b) Gustav Landauers Kritik an der Sozialdemokratie.	20
3. Die syndikalistische Tendenz in der Arbeiterbewegung.	23
a) Die "Lokalisten" und die "Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften"	23
b) Robert Michels' kritische Parteisoziologie.	35
4) Die spontaneistische Tendenz in der Arbeiterbewegung.	40
a) Rosa Luxemburgs Spontaneitätsprämissen	40
b) Anton Pannekoeks Spontaneitätstheorie und sein Organisationsbegriff.	49
III. Die sozialen Grundlagen: Der Kampf gegen die "Burgfriedens"-Politik der "Instanzen" von 1914 bis 1918.	57
1. Die sozialdemokratische "Opposition innerhalb der Organisation" und die Diskussion der Organisationsfrage auf dem Gründungskongreß der USPD	57
2. Die Diskussion der Organisationsfrage in der "Spartakus"-Gruppe	62
3. Die "Bremer Linke" um die "Arbeiterpolitik"	66
4. Die Berliner Linksradikalen um die "Lichtstrahlen".	72
5. Die Hamburger Linksradikalen	77
6. Die spontanen Streikbewegungen und die Verselbständigung lokaler Gewerkschaftsorganisationen	80
IV. Die Entfaltung der linksradikalen Traditionen in der deutschen Revolution 1918/19: Die Phase der linksradikalen Aktionseinheit	87
1. Der Sieg der linkskommunistischen Tendenz auf dem Gründungsparteitag der KPD(S)	87
2. Die Rekonstituierung der "Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften".	102
3. Die Stellung des Linkskommunismus und des Syndikalismus in und zu den Aktionen vom November 1918 bis Mai 1919.	110

V. Die Konsolidierung der linksradikalen Traditionen in der deutschen Revolution 1918/19: Die Phase der revolutionären Ernüchterung und die Anfänge linkskommunistischer und syndikalistischer Organisationsbildung	122	IX. Die linksradikalen Organisationen in den proletarischen Massenaktionen 1920/21	288
1. Das linkskommunistische Gewerkschaftsprogramm und die Ursprünge des deutschen Unionismus	122	1. Die "Rote Armee" der Ruhr-Arbeiterschaft im Anschluß an den Kapp-Putsch März/April 1920.	288
2. Die Gründung der rheinland-westfälischen "Freien Arbeiter-Union".	132	2. Die März-Aktion der VKPD im Jahre 1921	295
3. Die Abspaltung der linkskommunistischen Opposition auf dem Heidelberger Parteitag der KPD(S)	139	3. Max Hoelz als Typus des linksradikalen Aktivisten	308
VI. Gründung und Entwicklung der "Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalistin)" (FAUD(S))	153	X. Die Desorganisationserscheinungen in den linksradikalen Organisationen.	319
1. Der Gründungskongreß der "Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalistin)" im Dezember 1919 und sein Programm	153	1. Die organisationsfeindlichen Tendenzen	319
2. Die politische Haltung der Berliner Geschäftskommission der FAUD(S)	167	2. Das Intellektuellen-Problem	323
3. Die Düsseldorfer Opposition um die "Schöpfung"	175	3. Die Verselbständigung des Aktivismus: Karl Plättners "Organisierter Bandenkampf"	328
4. Die "FAU Gelsenkirchener Richtung" und die "Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation)"	179	XI. Die internationalen Organisationsgründungen der Syndikalistin und der Linkskommunisten	334
VII. Gründung und Entwicklung der "Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands" (AAUD)	188	1. Die "Internationale Arbeiter-Assoziation" (IAA) der Syndikalistin	334
1. Der Gründungskongreß der AAUD im Februar 1920 und die Diskussion des Programms.	188	2. Die "Kommunistische Arbeiter-Internationale" (KAI) der Linkskommunisten.	341
2. Die Entwicklung der majoritären Richtung der AAUD	195	Dokumentarischer Anhang	349
3. Der Braunschweiger Industrie-Unionismus	211	I. Richtlinien der "Vereinigung Unabhängiger Sozialisten" aus dem Jahre 1891	349
4. Die "Allgemeine Arbeiter-Union, Einheitsorganisation" (AAUE).	214	II. Aufruf der Bremer und Hamburger Linksradikalen vom Juli 1917	350
VIII. Gründung und Entwicklung der "Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands" (KAPD)	225	III. Aufruf der "Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften" vom 14. Dezember 1918.	351
1. Der Gründungskongreß der "Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands" (KAPD) im April 1920 und sein Programm	225	IV. Statutenentwurf für die "Allgemeine Arbeiter-Union" (AAU) vom August 1919.	353
2. Das Berliner Zentrum der KAPD	236	V. Flugblatt der "Industrial Workers of the World" (IWW) vom September 1919 zum Eintritt in die "Allgemeine Arbeiter-Union" (AAU)	355
3. Die KAPD und die Dritte Internationale	251	VI. Richtlinien der "Freien Arbeiter-Union" für Rheinland-Westfalen vom September 1919	357
Exkurs: Die Kontroverse Herman Gorters mit Lenin. Gorters Versuch einer sozio-ökonomischen Begründung des westeuropäischen Linkskommunismus	262	VII. Aufruf der KPD(S)-Zentrale vom Juni 1919: An die Syndikalistin in der KPD	359
4. Die Richtung des Hamburger Nationalbolschewismus	274	VIII. Leitsätze über kommunistische Grundsätze und Taktik, vorgelegt von der Zentrale auf dem 2. Parteitag der KPD(S) im Oktober 1919	360
5. Die syndikalistische Richtung in Ostachsen	281	IX. Prinzipienklärung der "Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalistin)" (FAUD(S)), angenommen im Dezember 1919	363
		X. Satzungen der "Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation)".	367

XI. Aus den Richtlinien der "Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands" (AAUD)	381
XII. Aufbau und Satzungen der "Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands" aus dem Jahre 1921.	394
XIII. Programm der AAUD, angenommen auf der Reichskonferenz in Leipzig (12. -14. Dezember 1920)	395
XIV. Grundfragen der Organisation (Auszüge)	396
XV. Richtlinien für die "Allgemeine Arbeiter-Union (Einheitsorganisation)" (AAUE)	405
XVI. Aufruf des Gründungsparteitages der "Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands" (KAPD) vom April 1920	406
XVII. Programm der "Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands" (KAPD) vom Mai 1920	407
XVIII. Statuten des Gründungs-Parteitages der KAPD vom April 1920	417
XIX. Statuten für die Kampforganisation (KO) der KAPD	419
XX. Prinzipienerklärung der "Internationalen Arbeiter-Assoziation" (IAA)	421
XXI. Aus den Leitsätzen der "Kommunistischen Arbeiter-Internationale" (KAI)	423
Biographischer Anhang	427
Bibliographischer Anhang	445
A. Schriftliche und mündliche Hinweise und Auskünfte	445
B. Archivalien und Nachlässe	445
C. Protokolle	447
D. Broschüren, Flugschriften und Schriften	448
E. Zeitschriften	464
F. Biographien und Memoiren	468
G. Darstellungen	469

I. EINLEITUNG

Arthur Rosenberg charakterisiert gelegentlich in seinem Standardwerk über die Geschichte der Weimarer Republik¹ eine radikale Tradition in der deutschen Arbeiterbewegung, die als Neben- und Unterströmung stets vorhanden gewesen sei und die er kritisch als "Utopismus" bezeichnet:

"Zum Utopismus neigen die besonders armen, verelendeten und verbitterten Arbeiterschichten. Sie lehnen jedes irgendwie geartete Kompromiß mit den bestehenden Zuständen ab. Sie wollen vom Parlament und von den Gewerkschaften nichts wissen, weil angeblich an beiden Stätten das Proletariat nur verraten würde. Sie sind eigentlich gegen jede Führung und gegen jede Organisation, weil sie in jeglicher Bindung nur eine verräterische Tücke erblicken. Ihre Taktik ist die gewaltsame revolutionäre Aktion, ganz gleich, wie im Moment die objektiven Bedingungen und das Kräfteverhältnis sein mögen"².

Hinter dieser als allgemeine Formel durchaus nicht unzutreffenden Charakterisierung steht jedoch ein in sich sehr komplexes Randphänomen der deutschen Arbeiterbewegung, das zusammenhängend bisher gar nicht, das teilweise nur in wenigen und schwer zugänglichen Abhandlungen dargestellt wurde³ und über das in der Literatur zur deut-

1) Arthur Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt/Main 1961.

2) Ibidem, p. 23.

3) Die umfassendste Darstellung der Oppositionsbewegung der "Jungen" findet sich im unveröffentlichten Manuskript des 4. Bandes der historischen Anarchismusstudien Max Nettlaus im Anarchismus-Archiv des "Internationalen Instituts für Sozialgeschichte" in Amsterdam; der 2. Band von; W. Kulemann, Die Berufsvereine, Jena 1908, bringt zuverlässige Fakten über die Geschichte der "Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften", wurde jedoch vor dem Abschluß dieser Organisation aus der SPD geschrieben und berücksichtigt folglich deren entscheidende Wende zum Syndikalismus nicht; die Schrift des Grafen von Saurma-Jeltsch (Der Syndikalismus in Frankreich und die syndikalistischen Tendenzen in der deutschen Arbeiterbewegung, Breslau 1920) ist eine einigermaßen oberflächliche vergleichende Betrachtung; wichtiges Material für die Entwicklung des linkskommunistischen Zweiges im deutschen Linksradikalismus nach 1918 erhält der Aufsatz von Bernhard Reichenbach; Zur Geschichte der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, 13. Jg. (1928); die umfassendste und materialreichste Vorarbeit ist die Studie des früh verstorbenen Kieler Archivars Hans Bötcher; Zur revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Amerika, Deutschland und England. Eine vergleichende Betrachtung, Jena 1922, die von Paul Hermberg in der gleichen Veröffentlichung ergänzt wurde und die neben ihrer zu abstrakten Systematisierung den Nachteil hat, daß sie nur die Zeit von 1918 bis Ende 1921 umfaßt; von den jüngeren eingehenden Studien der deutschen Rätebewegung in der deutschen Revolution 1918/19 (Walter Tormin, Zwischen Räterediktatur und sozialer Demokratie, die Geschichte der Rätebewegung in der deutschen Revolution 1918/19, Düsseldorf 1954; Eberhard Kolb, Die Arbeiterräte in der deutschen Innen-

schen Arbeiterbewegung Verwirrung vorherrscht. - Die geschichtlichen Grundlagen der von Rosenberg pauschal als "Utopismus" apostrophierten Tradition des Linksradikalismus⁴ entstanden in der Konsolidierungsphase der deutschen Sozialdemokratie seit dem Fall des Sozialistengesetzes (1890) bis zum Ausbruch des Weltkrieges von 1914 innerhalb der SPD selbst insbesondere in Reaktion auf den fortschreitenden Prozeß der Zentralisierung und Bürokratisierung der Führung der großen politischen und wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen (SPD und "Freie Gewerkschaften"). Alle gegen diesen Prozeß opponierenden Tendenzen verselbständigten sich früher oder später organisatorisch und schufen je eine eigene Tradition und Ideologie.

Die früheste dieser nach links von der Sozialdemokratie abweichenden Tendenzen ist die Rebellion der "Jungen" in der Sozialdemokratie, die während der Zeit des Sozialistengesetzes (1878-1890) begann und 1891 zur Bildung der "Vereinigung Unabhängiger Sozialisten" führte, die das organisierte Auftreten des Anarchismus in Deutschland unmittelbar einleitete. - In mancher Hinsicht eine gewerkschaftliche Parallelerscheinung zur Bewegung der "Jungen" ist die der "Lokalisten", die sich 1897 von der großen Mehrheit der "Freien Gewerkschaften" trennte und sich später "Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften" nannte; sie wurde zur Trägerin der deutschen Version des revolutionären Syndikalismus. - Von dieser älteren, anarchistischen und syndikalistischen, Tradition des deutschen Linksradikalismus ist eine jüngere Tradition zu trennen⁵, deren Ursprünge in der zwischen 1904 und 1906 in der SPD geführten Massenstreik-Diskussion zu suchen sind. Diese jüngere Tradition des deutschen Linksradikalismus spielte während des ersten Weltkrieges im "Spartakus"-Bund eine gewisse Rolle und erstrebte daneben besonders unter dem Etikett

politik 1918/19, Düsseldorf 1962; Peter von Oertzen, Betriebsräte in der November-Revolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19, Düsseldorf 1964) widmet einzig Peter von Oertzen dem hier interessierenden Phänomen einen Abschnitt, der im wesentlichen auf der Untersuchung Bötchers aufbaut.

4) Der Begriff "Linksradikalismus" wird im folgenden entsprechend dem gelegentlichen übereinstimmenden Gebrauch der Syndikalisten und der Linkskommunisten als Sammelbegriff für beide Traditionen und später als Sammelbegriff für die FAUD, AAUD und KAPD verwendet. Er schließt die KPD nicht ein. Der gelegentlich benützte Begriff "Ultralinke" ist irreführend, da er in der Sprachgepflogenheit der späteren KPD zuerst auf die linke Fraktion Friesland/Fischer/Maslow bezogen war und dann allgemein und ziemlich beliebig für alle nach links vom jeweils offiziellen Parteikurs abweichenden Richtungen gebraucht wurde. Vgl. Siegfried Bahne, Zwischen "Luxemburgismus" und "Stalinismus". Die "ultralinke" Opposition in der KPD, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 9. Jg. (1961), p. 359 ff.

5) Eine Unterscheidung, deren Berechtigung sich im Fortgang der vorliegenden Arbeit ausweisen wird.

"Internationale Sozialisten Deutschlands" (ISD) organisatorische Realisierung.

Im zweiten Kapitel der vorliegenden Darstellung werden die organisatorischen, ideengeschichtlichen und personalen Kontinuitätsmomente innerhalb der beiden Traditionen im deutschen Linksradikalismus untersucht und die unterscheidenden Merkmale zwischen beiden Traditionen. Das folgende Kapitel (III) weist die sozialen Grundlagen ihrer Konsolidierung während des ersten Weltkrieges auf und ihre Deutung der "Burgfriedens"-Politik der SPD und der "Freien Gewerkschaften" als ein Versagen in der Konsequenz der bürokratischen Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Massenorganisationen. Der organisatorischen und ideologischen Entfaltung der beiden linksradikalen Traditionen in der deutschen Revolution 1918/19 zu einer syndikalistischen Tendenz einerseits, einer linkskommunistischen Tendenz andererseits und deren anfänglicher wechselseitiger Durchdringung (IV) und schon bald wieder beginnenden Abgrenzung gegeneinander (V) im Rahmen der jungen "Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)" (KPD(S)) gehen die folgenden Kapitel nach. Es schließt an der Versuch einer Geschichte der linksradikalen Organisationen, der "Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten)" (FAUD(S)) einerseits (VI), der "Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands" (AAUD) (VII) und "Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands" (KAPD) (VIII) andererseits. Die Vielfalt organisatorischer Filiationen, die die Geschichte dieser Organisationen charakterisiert, ist einmal das Ergebnis der unterschiedlichen ideologischen Kräfte, die in ihnen zusammenkamen, zum anderen das Resultat der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland, die sich direkt in ihnen reflektiert. In ihrer Entwicklung weitgehend den gleichen wirtschaftlich-gesellschaftlichen und organisationsimmanenten Gesetzmäßigkeiten unterworfen, sind sie übereinstimmend seit dem Abschluß der Inflationsperiode Ende 1923 von der politisch-sozialen Wirklichkeit der Weimarer Republik isoliert. Die Wirksamkeit der linksradikalen Organisationen (FAUD(S), AAUD, KAPD) in den proletarischen Massenaktionen 1920/21 versucht ein weiteres Kapitel (IX) zu ermitteln und dabei das Bild der politischen Urheberschaft und soziologischen Eigenart dieser Aktionen ein wenig zu differenzieren. Besondere Aufmerksamkeit wird danach noch einmal auf die Symptome verwendet, die seit Mitte 1921 die erlahmende Integrationskraft der linksradikalen Organisationen anzeigen (X). Abschließend wird die Stellung der deutschen Syndikalisten und Linkskommunisten im internationalen Bezüge betrachtet und die Geschichte der syndikalistischen "Internationalen Arbeiter-Assoziation" (IAA) und der linkskommunistischen "Kommunistischen Arbeiter-Internationale" (KAI) skizziert und ihre kritische Funktion in der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung in den

zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts. - Der dokumentarische Anhang enthält fast ausnahmslos bisher unveröffentlichte Texte⁶ aus der Geschichte des deutschen Syndikalismus und des deutschen Linkskommunismus, der biographische Anhang teils bisher unbekannte, teils ergänzte politische Lebensläufe der für die Geschichte beider Bewegungen bedeutenden Persönlichkeiten.

Die Materiallage für den Gegenstand der vorliegenden Arbeit ist extrem schwierig. Die besondere Schwierigkeit ergibt sich dadurch, daß aufgrund der prinzipiellen Ablehnung aller legalen Institutionen - vom Parlament bis zu den gesetzlichen Betriebsräten - durch die dargestellten Organisationen wahlstatistische Daten, aufgrund ihrer geringen Organisationsfestigkeit verbandsstatische Daten nicht beizubringen sind. Selbständige Kongreß-Protokolle wurden in den seltensten Fällen veröffentlicht. So ist die Ermittlung der Fakten auf die Durchsicht der umfangreichen, aber mühsam zu erreichenden Zeitschriften- und Broschürenliteratur, auf die Auswertung schriftlicher oder mündlicher Erinnerungen von Beteiligten und auf die Verwertung der Polizeiakten angewiesen. Im Rahmen der durch diese Voraussetzungen begrenzten Möglichkeiten wurde versucht, das Faktenmaterial - wie übrigens schon durch die implizite organisationssoziologische Fragestellung bei der Entstehung und durch die eminent soziale Bedingtheit der organisatorischen Entfaltung der syndikalistischen und linkskommunistischen Tradition geboten - nach primär organisationssoziologischen Gesichtspunkten zu ordnen. - Zum Zwecke der Übersichtlichkeit und der Orientierungsmöglichkeit in dem Geflecht organisatorischer Filiationen, das sich in dieser Arbeit ausbreitet, schienen häufige Vor- und Rückverweise im Anmerkungsapparat unvermeidlich.

6) Die Prinzipienklärung des Syndikalismus (IX) wurde veröffentlicht in: Karl Diehl/Paul Mombert (Hrg.), *Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Ökonomie*, 11. Band: Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus, Karlsruhe i. B. 1920. Der Aufruf des Gründungsparteitages der KAPD (XVI) erschien neuerdings in: Hermann Weber, *Völker hört die Signale. Der deutsche Kommunismus 1916-1966*, München 1967. Der Vollständigkeit wegen sind beide Texte in die Dokumentensammlung dieser Arbeit aufgenommen.

II. DIE TRADITIONALEN GRUNDLAGEN: DIE OPPOSITION GEGEN DEN ZENTRALISIERUNGS- UND BÜROKRATISIERUNGSPROZESS DER SPD VON 1890 BIS 1914

1. Die Opposition der "Jungen" in der SPD um 1890¹

In der Auseinandersetzung Karl Marx' mit dem Bakunistenflügel der Ersten Internationale² und in Friedrich Engels' Kontroverse mit Eugen Dühring³ waren schon viele der theoretischen Gegensätzlichkeiten offenbar geworden, die künftig die sozialdemokratische Bewegung mit ihren linken Kritikern auszutragen hatte. Eine wirkliche organisatorische Opposition erhielt sie jedoch erst in dem Augenblick, als sie die ersten Schritte zur zentral organisierten, parlamentarischen Massenpartei unternahm. In der besonderen Situation des Sozialistengesetzes (Oktober 1878 bis Oktober 1890) - Verbot der Organisationsarbeit bei gleichzeitiger Zulassung der parlamentarischen Arbeit - war die Sozialdemokratie durch ihre erstaunlichen Wahlerfolge einerseits⁴, durch das strenge Legalitätsbestreben des Parteivorstandes andererseits⁵, immer mehr in ihrer Aktivität auf das Parlament allein festgelegt worden. Sowohl gegen diese Taktik als gegen ihre Vertreter, die

1) Die Geschichte der Bewegung der "Jungen" ist bisher noch nicht geschrieben. Eine umfangreiche Materialsammlung und wertvolle Hinweise finden sich im Nachlaß Max Nettlaus im Anarchismus-Archiv des "Internationalen Instituts für Sozialgeschichte" in Amsterdam. Rocker erwähnt eine "große Materialsammlung" Albert Weidners, eines Militanten in der Bewegung der "Jungen", der durch die nationalsozialistische Periode an der Niederschrift der geplanten Geschichte dieser Randerscheinung in der SPD gehindert wurde. S. Rudolf Rocker, *Memoiren* Bd. I, p. 440, masch. Manuskript im Anarchismus-Archiv des "Internationalen Instituts für Sozialgeschichte".

2) Vgl. von anarchistischer Seite; Fritz Brupbacher, *Marx und Bakunin. Ein Beitrag zur Geschichte der Internationalen Arbeiter-Assoziation*, zuerst erschienen 1913, 2. Auflage im "Aktions-Verlag" Franz Pfemferts, Berlin 1922. Von marxistischer Seite; Franz Mehring, *Karl Marx, Geschichte seines Lebens*, Leipzig o. J., p. 477 ff.

3) Zu den "antokratistischen" Denksätzen in Eugen Dührings Werk vgl. Max Nettlau, *Anarchisten und Sozialrevolutionäre der Jahre 1880-1886*, Berlin 1931 (Kater-Verlag), p. 139 ff. Aus Engels' Gegenschrift gegen Dühring ist seine Schrift: *Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft*, Zürich 1892, ausgezogen, mit der er die bis heute übliche Unterscheidung zwischen "utopischem" und "wissenschaftlichem" Sozialismus einführte. Das Etikett des "Utopismus" wird dann ganz geläufig - so etwa auch bei Arthur Rosenberg - als Bezeichnung der linksradikalen Bewegungen.

4) S. Franz Mehring, *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie*, Bd. II, Berlin 1960, p. 595 ff.

5) Vgl. dazu Karl Friedrich Brockschmidt, *Die deutsche Sozialdemokratie bis zum Fall des Sozialistengesetzes*, Diss. phil., Frankfurt/Main-Stuttgart 1929, p. 54 ff.

führenden Männer der Organisation, welche die Sozialdemokratie in der Regel auch im Reichstag vertraten, erhob sich bald schon nach Beginn des Sozialistengesetzes Protest aus den Mitgliederreihen. Hatte doch einer dieser sozialdemokratischen Führer, Wilhelm Liebknecht, noch 1869 die Nachteile der parlamentarischen Betätigung für die Arbeiterbewegung so beschrieben:

"Das Prinzip geopfert, der ernste, politische Kampf zur parlamentarischen Spiegelfechterei herabgewürdigt, das Volk zu dem Wahne verführt, der Reichstag sei zur Lösung der sozialen Frage berufen".

Diese von den Linksradikalen bis in die Weimarer Republik immer wieder zitierte Stellungnahme Wilhelm Liebknechts umriß recht genau die Bedenken weiter Arbeiterkreise nach 1878 gegen die proletarische Tätigkeit im bürgerlichen Parlament. Zumal in der Illegalitätsperiode des Sozialistengesetzes, in der die revolutionären Hoffnungen durch die Repressionsmaßnahmen der Regierung gegen die Sozialdemokratie (Praxis des "Kleinen Belagerungszustandes" etc.) aktualisiert worden waren und auf direktere Formen politischer Aktion drängten, mußte die ausschließlich parlamentarische Taktik der Parteiführung enttäuschen.

Diese antiparlamentarischen Regungen mit einer Spitze gegen die Parteiführung wurden am frühesten artikuliert von dem Buchbinder Johann Most⁷, der als populärer sozialdemokratischer Agitator bald nach Inkrafttreten des Sozialistengesetzes im Dezember 1878 emigrieren mußte. Most, in dieser Zeit noch viel mehr radikaler Sozialdemokrat als Anarchist (als der er sich verstanden wissen wollte)⁸, kritisierte von London her in seinem Organ "Freiheit" vom Januar 1879 bis Mai 1882 die Führung der deutschen Sozialdemokratie im Sinne der radikalen Opposition. Mit Wilhelm Liebknechts Reichstagsrede vom 17. 3. 1879, worin er sich vom Inhalt der "Freiheit" nachdrücklich distanzierte, war zum ersten Mal in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie der Trennungsstrich zwischen Parteimehrheit und radikaler Minderheit gezogen. Wilhelm Hasselmann⁹ versuchte innerhalb der

6) Ibidem, p. 52.

7) Vgl. den biographischen Anhang. S. auch Rudolf Rocker, Johann Most. Das Leben eines Rebellen, Berlin 1924 (Kater-Verlag).

8) Anarchistische Ideen waren zu dieser Zeit in Deutschland noch so gut wie unbekannt. Vgl. zu den wenigen Ansätzen Max Nettlau, op. cit., p. 118 ff. Most sagte später selbst, daß sein Denken um 1880 noch erst in ganz vager Form anarchistisch gewesen sei. (S. Rudolf Rocker, Johann Most, p. 142 f). Nach Rocker war der erste rein anarchistische Artikel in der "Freiheit" am 10. 7. 1880 von dem mit dem internationalen Anarchismus eng bekannten Deutschen August Reinsdorf verfaßt worden.

9) Wilhelm Hasselmann, geboren 1844, war einer der Führer des "Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins" und Mitglied der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion von 1874-1876 und 1878-1880. 1880 emigrierte er über London in die USA.

sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für Mosts Programmatik einzutreten; wie Most erklärte er sich solidarisch mit der russischen Anarchistenbewegung und verkündete im Reichstag (4. 5. 1880), daß "die Zeit des parlamentarischen Schwätzens vorüber sei und die Zeit der Taten beginnt"¹⁰. Mit Most zusammen wurde er im August 1880 vom sozialdemokratischen Parteitag auf Schloß Wyden (Schweiz) aus der Partei ausgeschlossen, der gleichzeitig - eine Konzession an die linken Radikalen - die Einschränkung auf nur "gesetzliche" Kampfmittel aus dem Programm strich. - Most steht als radikaler Wortführer einer unzufriedenen Minderheit am Anfang einer Tradition, die direkt in die revolutionären Jahre der Weimarer Republik hineinzuverfolgen ist; die vielfach belegbaren Kontinuitäten im deutschen Linksradikalismus zeigt in diesem Fall die Tatsache, daß einige von Mosts Schriften in linkskommunistischen und syndikalistischen Kreisen nach 1918 neu gedruckt und verbreitet wurden¹¹. - Mit dem Ausschluß und der Emigration Mosts und Hasselmanns hatte zwar die radikale Opposition in der Partei ihre Wortführer verloren, doch sie bestand weiter. Sie war von Anfang an lokalisiert in den Großstädten. Die Berliner Organisation der Sozialdemokraten war überwiegend antiparlamentarisch¹²; es gab oppositionelle Gruppen in Magdeburg, Hamburg, Hannover, Leipzig, Chemnitz, Köln, Mainz, Frankfurt a. Main¹³.

Insbesondere von Berlin, Magdeburg und Dresden ging auch die zweite offene linke Oppositionswelle in der Sozialdemokratie in den späteren Jahren des Sozialistengesetzes aus und griff dann auf andere Großstädte über¹⁴. Neben die Unzufriedenheit mit der nur parlamentarischen Taktik trat nun als treibendes Motiv das Unbehagen an der vermeintlichen allzu großen Machtvollkommenheit der Parteiführer in den Vordergrund. Rudolf Rocker¹⁵ beschreibt die Situation:

"Eines aber hatte das Sozialistengesetz ... fertiggebracht. Es hatte während den Jahren der Verfolgung den freien Meinungs Ausdruck, der nur in ei-

10) Zit. bei Rudolf Rocker, Johann Most, p. 87.

11) So erschien in Franz Pfemferts Verlag: Johann Most, Für die Einheitsfront des revolutionären Proletariats. Mit Geleitworten von Rudolf Rocker und Franz Pfemfert, Berlin 1921, eine Schrift Mosts aus der amerikanischen Zeit. Eine andere Flugschrift zur anarchistischen Propaganda der Tat aus dem Jahre 1885 wurde ab 1921 unter dem Titel: Johann Most, Revolutionäre Kriegswissenschaft, hektographiert verbreitet. Weiterhin wurde Mosts populäre antireligiöse Schrift "Die Gottespest" wiedergedruckt; Johann Most, Die Gottespest, Hamburg o. J. (1919).

12) S. Franz Mehring, op. cit., Bd. II, p. 554.

13) Rudolf Rocker, Johann Most, p. 89 f. Weitere Beispiele für das Weiterleben der antiparlamentarischen Tendenz bei Karl Friedrich Brockschmidt, op. cit., p. 92 ff.

14) So aus eigener Anschauung Rudolf Rocker, Biographie von Fritz Kater, p. 8 (Masch. Manuskript im Anarchismus-Archiv des "Internationalen Instituts für Sozialgeschichte").

15) S. den biographischen Anhang.

ner öffentlichen Bewegung möglich ist, völlig gelähmt und den parlamentarischen Führern der Partei, die in der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages eine natürliche Stütze besaßen, eine Macht in die Hände gespielt, die sie vor dem Sozialistengesetz nie besessen hatten¹⁶.

Die Opposition gegen die parlamentarische "Versumpfung" und gegen die "Diktatur der Führer"¹⁷ erfolgte von Anfang an aus lokalen Initiativen heraus und die gesamte Bewegung der "Jungen" blieb unkoordiniert. Sie war kurz vor dem Fall des Sozialistengesetzes immerhin so stark, daß August Bebel als profiliertester Vertreter der Parteiführung gegen sie zu Felde zog in den Städten, wo die sozialdemokratische Presse zur Opposition übergegangen war¹⁸. Im August 1890 stellte er sich in Dresden, Magdeburg und Berlin in Großversammlungen den Wortführern der "Jungen"; die Auseinandersetzung zwischen den "Fraktionellen" und den "Oppositionellen" endete jedesmal mit einem Sieg des Volkstribuns Bebel; die von der Persönlichkeit Bebels begeisterten Mengen schrien so z. B. in Berlin die Oppositionellen schließlich einfach nieder¹⁹.

Der Streit wurde fortgesetzt auf dem ersten Parteitag der Sozialdemokratie nach dem Sozialistengesetz, der in Halle im Oktober 1890 stattfand. Der gesamte Parteitag stand unter dem Zeichen der Auseinandersetzung der Parteimehrheit mit der Opposition, die mit einem einzigen Vertreter, dem Berliner Buchdrucker Wilhelm Werner²⁰, offenbar in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht unzureichend repräsentiert war. Werner nahm nicht für sich in Anspruch, für die gesamte Opposition zu sprechen²¹. Die von August Bebel offenbar erwar-

16) Rudolf Rocker, Biographie von Fritz Kater, p. 8.

17) Vgl. zu diesen Schlagworten; Gerhard A. Ritter, Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890-1900, Berlin 1959, p. 82 ff.

18) Es waren dies vor allem: Die "Magdeburger Volksstimme" (an der der spätere Organisationsleiter der "Freien Vereinigung", Fritz Kater, Redakteur war), die "Sächsische Arbeiterzeitung" in Dresden, das "Berliner Volksblatt". Vgl. dazu Gerhard A. Ritter, op. cit. p. 83.

19) Bericht Rockers in seinen Memoiren, Bd. I, p. 271 ff. Rocker, bei der Berliner Versammlung anwesend, erhielt durch die Art der Auseinandersetzung die ersten Impulse, die ihn von der Sozialdemokratie wegführten; "Zum ersten Mal stellte ich mir die Frage, ob zwischen dem Despotismus einzelner Machthaber und dem einer fanatisierten Masse, die eine Sache blindlings verdammt, von der die meisten gar keine Ahnung hatten, überhaupt ein Unterschied zu finden sei." Ibidem, p. 273.

20) Wilhelm Werner, Buchdrucker, war Delegierter des Bezirks Berlin-Teltow.

21) "Was nochmals unsere Opposition betrifft, so sind wir durchaus nicht in allen Fragen einer Meinung. Ich huldige nicht allen Ansichten des Dr. Wille über den Parlamentarismus, auch Wildberger und Baginski sind nicht in Allem einer Meinung, und so trennen auch uns drei wieder verschiedene Punkte. Meine Opposition beruht darauf; Ich befürchte, daß die freie Meinung etwas umschnürt und abgeschnitten wird...". S. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Halle

tete große Diskussion²² über die parlamentarische Taktik der Partei fand nicht statt. Werner verlangte mehr sozialdemokratische Agitation im Reichstag; das Parlament müsse Mittel zum Zweck und nicht Selbstzweck sein²³. Der erdrückenden Mehrheit der Delegierten schien die proletarische Interessenvertretung im Parlament als Hauptberuf der sozialdemokratischen Tätigkeit selbstverständlich, obwohl eben erst unter dem Sozialistengesetz der parlamentarische Charakter der Sozialdemokratie verfestigt und voll ausgeformt worden war²⁴ - In der Diskussion über den Organisationsentwurf, der dem Parteitag vorlag, kamen die Bedenken gegen eine zu große Machtfülle des Vorstandes zum Ausdruck. Mit dem Fall des Sozialistengesetzes konnte zwar die Sozialdemokratie wieder organisiert auftreten, war jedoch den Restriktionen der einzelstaatlichen Vereinsgesetze unterworfen. Nach § 8 des preußischen Vereinsgesetzes von 1850 war es z. B. verboten, mit "anderen Vereinen gleicher Art zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung zu treten". Bis zum Jahre 1900 konnte so lediglich durch ein System von Vertrauensleuten der Kontakt zwischen den Wahlvereinen und dem Vorstand gewahrt bleiben. Bei dieser Lage schien Vollmar²⁵, der auf dem Parteitag in Halle noch eine Art Mentorenrolle für die "Jungen" innehatte, jede überregional integrierende Form der Organisation falsch: "Jedem einzelnen Ort ist die Organisation selbst zu überlassen und als gemeinsames Band giebt es, außer der Fraktion, nur drei Dinge: Parteivorstand, Kontrollausschuß und Centralorgan. Das ist völlig genügend"²⁶. Die Kontrollfunktionen des Parteivorstandes z. B. hinsichtlich der Parteipresse wollte er dabei eingeschränkter als es der Organisationsentwurf vorsah²⁷. Diese Forderungen unterstützten vor allem Wilhelm Werner und der spätere erste Vorsitzende der "Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften", Gustav Keßler²⁸. In dieser Diskussion zeichnete sich in Umrissen der bald einsetzende Streit der "Jungen" gegen das "zentralistische" und für das "föderalistische" Prinzip in der Organisation ab. Der Föderalismus - neben dem Anti-

a. d. Saale vom 12.-18. Oktober 1890, Berlin 1890, p. 71. - Dr. Bruno Wille (1860-1928), Schriftsteller, war einer der intellektuellen Wortführer der "Jungen". Max Baginski (1864-1943), gelernter Schuster, gehörte zum inneren Kreis der Opposition der "Jungen". Karl Wildberger, Tapezierer, war einer der Berliner Wortführer der "Jungen".

22) So Bebel in: Protokoll der SPD, Halle, p. 33 f.

23) Ibidem, p. 97.

24) S. dazu Karl Friedrich Brockschmidt, op. cit., p. 71.

25) Georg Heinrich von Vollmar (1850-1922), ehemaliger Offizier, war sozialdemokratisches Mitglied des Reichstages von 1881-1919.

26) Protokoll der SPD, Halle, p. 133.

27) Ibidem, p. 135.

28) S. den biographischen Anhang. S. Keßlers Diskussionsbeitrag in: Protokoll der SPD, Halle, p. 139 f.

parlamentarismus künftig das charakterisierende Prinzip des Linksradikalismus - wurde jedoch erst theoretisch formuliert und doktrinär ausgeformt, als mit dem rapiden Wachstum der SPD in den neunziger Jahren die innerparteiliche Zentralisierung zunahm und der Typus und die Aktionsweise des Volkstribuns (Bebel, Liebknecht u. a.) durch eine bürokratische Funktionärsschicht in der Führung zurückgedrängt wurde²⁹. Die aus den Reihen der "Jungen" geforderte lokale Autonomie war im Gegensatz zum Föderalismus der linkskommunistischen und syndikalistischen Organisationen nach dem ersten Weltkrieg weniger das Ergebnis föderalistischer Doktrin und anti-bürokratischer Organisationsprophylaxe als das Ergebnis bestehender koalitionsrechtlicher Schranken. Das gilt noch für die Entstehung der "Freien Vereinigung" im Jahre 1897.

Die Opposition machte auch in dem Jahr zwischen dem Haller und dem Erfurter Parteitag (Oktober 1891) weiter von sich reden. War Wilhelm Werner trotz der Verdächtigungen und persönlichen Verunglimpfungen - die dann auch später den Stil der Auseinandersetzungen zwischen den Radikalen und der Parteimehrheit bestimmten - nach Halle dennoch in der SPD geblieben, so verließ er in Erfurt schon bald nach der Eröffnung des Kongresses mit weiteren fünf Vertretern der Opposition die Versammlung aus Protest gegen die vorgebrachten Verleumdungen. Während Vollmar, der den Kongreß mit einem minimalistischen Programm erregt und die revisionistische Tradition in der Sozialdemokratie eingeleitet hatte, von einem Untersuchungsausschuß nur gerügt wurde, schloß man die linken Oppositionellen aus der Partei aus. Als hauptsächliche Anwürfe der Opposition gegen die Mehrheit wurden folgende Punkte von den "Jungen" vorgebracht:

1. Der revolutionäre Geist wird seitens einzelner Führer systematisch erötet.
2. Die gelübte Diktatur erstickt jedes demokratische Fühlen und Denken.
3. Die ganze Bewegung ist verflacht und zur puren Reformpartei kleinbürgerlicher Richtung herabgesunken.
4. Die Revolution wird von der Bühne des Reichstags feierlichst abgeschworen.
5. Es geschieht Alles, um einen Ausgleich zwischen Proletarier und Bourgeois herbeizuführen.
6. Angesichts der Arbeiterschutz- und Versicherungsanträge sei die Begeisterung unter den Genossen verfliegen.

29) Vgl. dazu Rudolf Rocker, Biographie von Fritz Kater, p. 8, zu dieser Entwicklung: "Sie (die "Jungen", der Vfr.) bekämpften den Einfluß der parlamentarischen Führerschaft und deren zentralistische Bestrebungen und forderten eine größere Unabhängigkeit der örtlichen Gruppen innerhalb der Partei, die mehr in der Richtung zum Föderalismus lag, dessen eigentliche Bedeutung sie aber später erst richtig erkannten."

7. Majoritätsbeschlüsse in der Fraktion kommen fast immer mit Rücksicht auf andere Parteien und Gesellschaftsklassen zustande und ebnen so den Boden zur Schwenkung nach rechts.
8. Die Taktik der Partei ist falsch und verkehrt.
9. Sozialismus und Demokratie hat nichts gemein mit den Reden unserer Abgeordneten . . .
14. Die neue Taktik ist ein Kompromiß mit der Masse auf Kosten des Prinzips³⁰.

Diese kritischen Argumente sind - obwohl aus einer ganz anderen sozialen und organisationsgeschichtlichen Entwicklungsphase heraus entstanden - konstitutive Bestandteile des älteren und des jüngeren Linksradikalismus bis in die Weimarer Republik. In soziologischer Sicht war die Bewegung der "Jungen" weder nur - wie Franz Mehring sagt - erklärbar aus der "Stimmung kriegsgewohnter Veteranen, die beim Aufhören des Krieges ungern ihre mit Geschick und Glück geführten Waffen ablegen"³¹, noch nur - wie Engels gelegentlich meinte - eine "Literaten- und Studentenrevolte"³². Beide Momente ergänzten sich: Faktisch auf die parlamentarische Praxis fixiert, mußte die SPD, um Gewicht zu haben, die zum Teil kleinbürgerlichen Massen an sich ziehen. Die alten Parteigenossen, die den Schikanen des Sozialistengesetzes ausgesetzt gewesen waren, fühlten sich durch den ja dann tatsächlich nach 1890 einsetzenden Massenzuwachs zurückgedrängt und mißbilligten die neue Taktik des Parteivorstandes. Sie grollten "über die Hoffierung der Masse durch die Parteiführung"³³. Dabei waren diese Oppositionellen zuerst - wie sie immer wieder glaubhaft versicherten³⁴ - durchaus Marxisten. Wenn man sie immer wieder "Anarchisten"

30) S. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Erfurt vom 14.-20. Oktober 1891, Berlin 1891, p. 74. In dieser Weise faßte der Abgeordnete Auer, der auf der Seite der "Fraktionellen" stand, die Argumente der Oppositionellen treffend zusammen. Vgl. auch Domela F. Nieuwenhuis, Les divers Courants de la Democratie Socialiste Allemande, Bruxelles 1892. Diese Schrift erschien wenig später auch in deutscher Sprache. Nieuwenhuis, der in Halle als holländischer Delegierter anwesend war und sich bald auf die Seite der "Jungen" gestellt hatte und deren Argumente gegenüber Wilhelm Liebknecht auf dem Internationalen Sozialistenkongreß 1891 in Brüssel vertreten hatte, spielte für die Bewegung der "Jungen" eine ähnlich bedeutende Rolle wie später sein Landsmann Anton Pannekoek für die linkskommunistische Tradition in Deutschland.

31) Franz Mehring, Geschichte, Bd. I, p. 676.

32) Brief Engels' an die "Sächsische Arbeiterzeitung", zit. bei Gerhard A. Ritter, op. cit., p. 85.

33) Ibidem, p. 85.

34) S. z. B. Wilhelm Werner in: Protokoll der SPD, Halle, p. 70. Rudolf Rocker, (Biographie von Fritz Kater, p. 8): "Ihre (der "Jungen", der Vfr.) Anhänger waren gute Marxisten und standen zunächst jeder anderen sozialistischen Richtung vollständig fern-". Vgl. auch Nieuwenhuis, op. cit., p. 14 f. Vgl. dazu noch den für die ganze Geschichte der "Jungen" über-

oder "anarchistisch" nannte, so war das in der Tat eine sich auf eine vage Ähnlichkeit berufende politische Invektive; seit der Massenstreikdebatte nannte man später die Linksradiكالen in der SPD in ähnlicher Weise "Syndikalisten"; in beiden Fällen war die Bezeichnung Invektive und kein zutreffendes politisches Etikett. Erst der Ausschluß der "Jungen" aus der SPD zog die Rezeption anarchistischer Ideen nach sich. Sowohl bei den diffus bleibenden Versuchen einer theoretischen Selbstverständigung, als bei der endgültigen Wendung zum Anarchismus leistete jener radikalen Minorität eine kleine Schar Intellektueller Hilfestellung, deren Berührungspunkte mit der gleichzeitigen literarischen Revolte des Naturalismus (Bruno Wille, Paul Ernst u. a.) ebenso zahlreich waren wie nach dem ersten Weltkrieg die Affinitäten der linksradiكالen Intellektuellen zum Expressionismus. Das Zusammentreffen unzufriedener Arbeitermengen aktivistischer Grundhaltung mit relativ wenigen wortführenden - oft literarisch ambitionierten - Intellektuellen kann als vorläufige soziologische Grundformel des Linksradiكالismus gelten.

Nicht nur die wesentlichen Forderungen des späteren Linksradiكالismus (Antiparlamentarismus, Föderalismus, Antiautoritarismus und Selbsttätigkeits-Postulat für die Massen) und dessen soziale Grundstruktur zeichnen sich in der Bewegung der "Jungen" ab, sondern für die ältere anarchistische und syndikalistische Tradition sind auch die personalen Verknüpfungen zahlreich³⁵ (Gustav Landauer, Rudolf Rocker, Fritz Kater u. a.)³⁶. Aus der Bewegung der "Jungen" hervorgehend oder ihr in mancher Hinsicht analog, entwickelten sich im steten Widerspruch zur befestigten SPD die linksradiكالen Organisationen oder Traditionen bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges als zahlenmäßig sehr geringe Gruppen oder Fraktionen; als dialektischer Gegensatz aus dem Wachstumsprozeß der SPD selbst entstehend, bilden sie ein kritisches Unruhemoment an deren linker Seite.

aus informativen Bericht Paul Kampffmeyers aus eigener Anschauung: Paul Kampffmeyer, Radikalismus und Anarchismus, in: Die Befreiung der Menschheit, Freiheitsideen in Vergangenheit und Gegenwart, Berlin, Leipzig, Stuttgart, Wien 1921, p. 71-87.

35) So schreibt Rudolf Rocker z. B.: "Ich habe alle bekannten Wortführer der "Jungen" persönlich kennen gelernt. . . Mit den meisten von ihnen verband mich - so weit sie noch am Leben sind verbindet mich heute noch eine alte, unvergängliche Freundschaft. . ." Rudolf Rocker, Memoiren Bd. I, p. 278.

36) Vgl. dazu den biographischen Anhang.

2. Die anarchistische Tendenz in der Arbeiterbewegung

a) Die "Vereinigung Unabhängiger Sozialisten" und die anarchistischen Gruppierungen in Deutschland

Das unmittelbare organisatorische Ergebnis der Oppositionsbewegung der "Jungen" war die "Vereinigung Unabhängiger Sozialisten", die die vom Erfurter Parteitag ausgeschlossenen Sozialdemokraten am 8. November 1891 in Berlin gründeten und von der es bald Gruppen "in allen wichtigen Städten" Deutschlands gab. Schon während des Parteitages wurde eine von Bruno Wille vorgelegte Resolution von den Oppositionellen angenommen, in der es u. a. hieß:

"Der Sozialismus ist eine geistige Bewegung und Gemeinschaft, aus welcher niemand durch Dekret ausgeschlossen werden kann. Dieser Tendenz (die Betroffenen mundtot und einflußlos zu machen) wollen wir nach Kräften entgegenarbeiten und zuvörderst die ausgeschlossenen und ausgeschiedenen revolutionären Sozialisten nach wie vor als Genossen betrachten"².

Die Richtlinien der "Vereinigung"³ waren theoretisch anspruchslos und ganz vom Affekt gegen die "Diktatur des jetzigen Parteivorstandes" und dessen "erzwungene Zentralisation" diktiert. Als programmatischer Ansatzpunkt ist die Sorge um die "Individualisierung der Arbeiter" bemerkenswert. Auch diese - wesentlich pädagogische - Forderung nach Beginn der proletarischen Emanzipationsarbeit zuerst bei der einzelnen Persönlichkeit durch deren Anleitung zur Selbständigkeit und zu kritischem Denken blieb ein ständig wiederkehrendes Postulat der linksradiكالen Programme gleich welcher Observanz bis in die Weimarer Republik. Gemäß den Richtlinien der "Unabhängigen Sozialisten" sollte der Organisationskörper nicht nur "groß und umfangreich" sein, sondern "er muß auch über starke selbsttätige Glieder verfügen".

Von anarchistischen Einflüssen sind die Richtlinien noch durchaus frei. Sehr bald stellte sich heraus, daß unter den oppositionellen "Unabhängigen Sozialisten" mindestens zwei verschiedene Tendenzen vorhanden waren, die sich nur vorübergehend unter einem gemeinsamen Programm gefunden hatten. Die eine Fraktion, vor allem durch Karl Wildberger und Paul Kampffmeyer repräsentiert, strebte durch die neue Organisation lediglich eine Sozialdemokratie im antiparlamen-

1) Nach Rudolf Rocker, Memoiren Bd. I, p. 366.

2) Zit. bei Max Nettlau, Nachlaß (Anarchismus-Archiv im "Internationalen Institut für Sozialgeschichte"), p. 137.

3) Abgedruckt bei Rudolf Rocker, Memoiren Bd. I, p. 364 f. Die bisher unveröffentlichten Richtlinien s. dokumentarischen Anhang, Nr. I.

tarisch-revolutionären Sinne an; eine andere Fraktion (Wilhelm Werner, Bruno Wille, Max Baginski) näherte sich der anarchistischen Propaganda. Der Kampf beider Fraktionen spielte sich in dem und um das Organ der "Unabhängigen Sozialisten" ab, dem seit 15. November 1891 erscheinenden "Sozialist"⁴. In der ersten Zeit seines Erscheinens war der "Sozialist", wie Max Nettlau aus eigener Anschauung testiert, "ein ruhig, intelligent und aufrichtig geschriebenes Blatt, das Einblick in die theoretischen, praktischen und persönlichen Unzulänglichkeiten der Sozialdemokratie gab"⁵. In den in vielen Großstädten bestehenden anarchistischen Gruppen⁶ zirkulierten die illegal über die Grenze geschafften, in London gedruckten Blätter "Freiheit" und "Autonomie"⁷ und ihr Verhältnis zu der "Vereinigung Unabhängiger Sozialisten" war unterschiedlich eng. In Berlin wurde der "Sozialist" sogar von einem Teil der Anarchisten bekämpft; diese versuchten später eine eigene Zeitschrift ("Arbeiter-Zeitung, Organ der Anarchisten Deutschlands") herauszubringen, von der aber im November 1893 die ganze erste Ausgabe von der Polizei eingezogen wurde⁸. Es kam zeitweilig zu einem Ausgleich zwischen der oppositionell-sozialdemokratischen und der anarchistischen Tendenz im Publikationsorgan der "Unabhängigen Sozialisten". Mit der Übernahme der Redaktion durch Gustav Landauer⁹ zu Beginn des Jahres 1893 nahm das Blatt schließlich und endgültig die Wendung zum Anarchismus. Landauer hatte auf der Seite der "Jungen" gestanden, war aber in der Bewegung nicht hervorgetreten; während seiner Studienzeit in Zürich (1890-1891) hatte er Kontakt zur dortigen "Vereinigung Unabhängiger Sozialisten"¹⁰ und trat bei der Übernahme

4) Zu dieser Auseinandersetzung findet sich eine Dokumentation bei Max Nettlau, Nachlaß, p. 138 ff., der folgende Darstellung verpflichtet ist.

5) Max Nettlau, Nachlaß, p. 138.

6) Nettlau (Ibidem, p. 190 verso) bezeugt das Bestehen solcher Gruppen kurz vor dem Fall des Sozialistengesetzes in folgenden Großstädten: Stuttgart, Mannheim, Frankfurt a. Main, Mainz, Wiesbaden, Köln, Duisburg, Dortmund, Gelsenkirchen, Halle, Dresden, Leipzig, Magdeburg, Hamburg, Bremen, Berlin.

7) Zu dieser illegalen anarchistischen Propagandatätigkeit durch das Einschmuggeln von Zeitschriften und Traktaten, derentwegen Rudolf Rocker 1893 aus Deutschland emigrieren mußte, s. Rudolf Rocker, Memoiren Bd. I, p. 366, und Sepp Oerter, Acht Jahre im Zuchthaus, nebst einer Einleitung: Aus der Geschichte der deutschen anarchistischen Bewegung in den Jahren 1890 bis 1893, Berlin 1905.

8) Nach einem Brief Rudolf Rockers an Dr. Max Nettlau vom 18. 1. 1932, s. Korrespondenz Rudolf Rocker - Dr. Max Nettlau im Anarchismus-Archiv des "Internationalen Instituts für Sozialgeschichte".

9) S. den biographischen Anhang.

10) Dort waren zufällig zur gleichen Zeit Hans Müller (einer der bedeutenderen Theoretiker der "Jungen"), Fritz Köster, Franz Blei (ein literarischer Führer des Naturalismus) und Max Baginski anwesend. S. Rudolf Rocker, Memoiren Bd. I, p. 366.

des "Sozialist" mit der Veröffentlichung eines Romans hervor. Die Wendung des "Sozialist" zum Anarchismus unter dem Einfluß Landauers vollzog sich nicht ohne den Widerspruch der nach wie vor sozialdemokratischen Oppositionellen. Sie führte zur Trennung der beiden bisher konkurrierenden Tendenzen in den Reihen der "Unabhängigen Sozialisten". Ein Teil der bisherigen Wortführer machte die Wendung zum Anarchismus mit, so z. B. Wilhelm Werner, Bruno Wille und Max Baginski. Einen nicht unwesentlichen Anteil an dieser Entwicklung schreibt Rocker den Veröffentlichungen Dr. Max Nettlaus¹¹ zu, ¹²der - von Hause aus Philologe und eher dem bürgerlichen Gelehrtentypus entsprechend - bereits in Mosts "Freiheit" geschrieben hatte, dann im "Sozialist" historische Abrisse des Anarchismus veröffentlichte und später im Rahmen der FAUD wohl zum bedeutendsten Historiographen des Anarchismus wurde. - Die andere Strömung zerlief sich; einige ihrer Repräsentanten kehrten später wieder in die SPD zurück (Paul Kampffmeyer, Karl Wildberger z. B.); andere verschwanden aus der Arbeiterbewegung (Hans Müller, Franz Blei u. a.)¹³. Der Trennungsprozeß war im Sommer 1893 abgeschlossen. Damit hatte die Bewegung der "Jungen" in Deutschland ihren Abschluß gefunden. "Ihre geschichtliche Bedeutung, die man keineswegs unterschätzen darf, hatte sich mit dem öffentlichen Auftreten des Anarchismus in Deutschland erschöpft"¹⁴.

Die Skizze der mannigfachen Richtungen im Anarchismus am Ende des 19. Jahrhunderts (Individualismus, Kollektivismus, Kommunismus u. a.), die in der Diskussion aufeinanderstießen und der anarchistischen Systeme (von Saint-Simon, Proudhon, Stirner und Bakunin bis Dühring und Hertzka u. a.) ist im Rahmen dieser Darstellung, die das Aufweisen organisatorischer, ideengeschichtlicher und personaler Kontinuitäten zum Ziel hat, nicht möglich¹⁵. Immerhin muß als allgemeinste Entwicklungstendenz im Anarchismus diejenige hinweg von individualistischen Konzeptionen und in Richtung auf den kommunistischen Anarchismus vermerkt werden. Während bei Stirner und Proudhon, beide im Wirtschaftsdenken des Liberalismus wurzelnd, das Privateigentum nie in Frage gestellt wird, suchen gegen Ende des 19. Jahrhunderts Kropotkin u. a. die zugespitzte soziale Frage von der Basis der

11) S. den biographischen Anhang.

12) Rudolf Rocker, Memoiren Bd. II, p. 104 ff. Rocker selbst war nachhaltig beeindruckt von: Max Nettlau, Zur Geschichte des Anarchismus, o. O. 1891.

13) S. Rudolf Rocker, Memoiren Bd. I, p. 444 ff. Vgl. auch den historischen Bericht Franz Bleis in der "Aktion", 9. Jg. (1919), Nr. 12/13.

14) Rudolf Rocker, ibidem, p. 446.

15) Sie ist ansatzweise in Max Nettlaus Manuskripten ausgeführt. S. Max Nettlau, Nachlaß, p. 141 ff. Es wird an der Universität München eine Dissertation über die "Geschichte des deutschen Anarchismus von 1870-1933" von Ulrich Linse vorbereitet.

Aufhebung des Privateigentums her theoretisch zu lösen¹⁶. Besonders Peter Kropotkins "kommunistischer Anarchismus"¹⁷ spielte für die deutsche anarchistische Tradition eine wichtige, schließlich nach 1918 die wichtigste Rolle; sein erster deutscher Übersetzer kam aus den Reihen der "Jungen" (Bernhard Kampffmeyer), sein eifrigster Propagator in Deutschland war nach 1918 Kropotkins Bekannter und Freund aus dem Londoner Exil, Rudolf Rocker. Seine Hauptwerke wurden nach der Jahrhundertwende von Gustav Landauer übersetzt¹⁸.

Gustav Landauer selbst war allerdings in keiner Phase seiner Entwicklung kommunistischer Anarchist¹⁹. Er stand bis zum ersten Weltkrieg im Mittelpunkt der deutschen anarchistischen Bewegung, aber sein durchaus eigenständiger und eigenwilliger Anarchismus blieb nicht ohne Gegner. Der "Sozialist", der seit 22. Juli 1893 mit dem Untertitel "Organ aller Revolutionäre" erschien und - nach Rocker - "das von der Regierung am meisten verfolgte Blatt Deutschlands"²⁰ war, stellte im Januar 1895 sein Erscheinen ein; im August des gleichen Jahres erschien er in neuer Aufmachung und nunmehr vollends entsprechend den Vorstellungen Landauers, die dahin gingen, daß man in Deutschland zuerst einmal mit der individuellen Erziehung der Arbeiter zum Sozialismus beginnen müsse, bevor man propagandistische Massenwirkung anstreben könne. So war der zweite "Sozialist" (August 1895 - Dezember 1899) ein ausgesprochenes Intellektuellenblatt; populäreren Ansprüchen versuchte man mit der parallelen Herausgabe der Zeitung "Der arme Conrad" (August 1896 - Oktober 1899)²¹ gerecht zu werden. Gegen diese theoretische Einseitigkeit des Landauerschen "Sozialist" regte sich die Opposition der militanten Anarchisten, die für ihren täglichen Wirtschaftskampf konkrete und unmittelbar auf die Praxis bezogene Losungen verlangten. Sie schufen ihr eigenes Publikationsorgan mit dem Namen "Neues Leben", das vom Juli 1897 ab unter der Leitung des Metallarbeiters Paul Pawlowitsch erschien²². Damit hatten sich die beiden wichtigsten Traditionszweige des deutschen Anarchismus bis zum ersten Weltkrieg herausgebildet. Die Gruppen um das "Neue Leben" stellten die Mehrheit der Bewegung dar und vermochten

16) Vgl. zur allgemeinen Entwicklung des Anarchismus; Henri Arvon, L'Anarchisme, Paris 1959, p. 77 ff. S. auch Heinz Maus, Anarchismus, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. I, Stuttgart 1956, p. 181 ff.

17) S. dessen Skizze in der Analyse des Programms des Gründungskongresses der FAUD.

18) Peter Kropotkin, Gegenseitige Hilfe in der Entwicklung (1902); Peter Kropotkin, Landwirtschaft, Industrie und Handwerk (1904); Peter Kropotkin, Sozialismus für Millionäre (1907).

19) Vgl. seinen "Brief über die anarchistischen Kommunisten" in: "Sozialist", 2. Jg. (1910), Nr. 21.

20) Rudolf Rocker, Biographie von Fritz Kater, p. 10.

21) Weitere kurzlebige anarchistische Organe nennt Max Nettlau, Nachlaß, p. 171 ff.

22) Vgl. Max Nettlau, Nachlaß, p. 170. Rudolf Rocker, Memoiren Bd. II, p. 69 ff.

schließlich sogar, den "Sozialist" Landauers zu verdrängen, der im Dezember 1899 wiederum sein Erscheinen einstellte²³. Das Publikationsorgan der Mehrheit erschien ohne längere Unterbrechung - vom Januar 1904 unter dem neuen Namen "Der Freie Arbeiter" - bis 1914 und dann wieder von 1918 bis 1933. Die weitere Entwicklung dieses Zweiges ist für die vorliegende Darstellung weniger interessant, da er selbst in der revolutionären Phase der Weimarer Republik sektiererisch und von der FAUD isoliert blieb. Seine Propagandatätigkeit ist insofern jedoch interessant, als durch sie zum ersten Mal die Taktik der direkten Aktion im Sinne des romanischen revolutionären Syndikalismus, d. h. die unmittelbare Selbsthilfe der Arbeiter in der Form passiver Resistenz, Sabotage usw., in Deutschland verbreitet wurde. Vermittler war der Österreicher Siegfried Nacht²⁴, der um 1900 in Paris mit der syndikalistischen revolutionären Bewegung vertraut wurde, 1902 eine Broschüre über den "Sozialen Generalstreik" und 1903 über "Die direkte Aktion" unter dem Pseudonym Arnold Roller herausbrachte und ab 1903 regelmäßig Beiträge zum "Freien Arbeiter" schrieb. Roller präsentierte die Idee der direkten Aktion nicht ohne aktivistisches Pathos:

"Unter die Gesamtbezeichnung direkte Aktion gehört der revolutionäre terroristische Streik, der ökonomische Terror, der persönliche Terrorismus gegen verhaßte Ausbeuter und Antreiber; kurz, gegen kapitalistische Despoten der Sabot, Gocanny, Obstruktionismus, Boykott, kurz, alle energischen revolutionären und direkten Mittel, die ohne Vermittlung und Umwege geeignet sind, die Forderungen des Proletariats durchzusetzen"²⁵.

In der "Freien Vereinigung" setzte die offene Propaganda der direkten Aktion erst ab 1908 ein, und Gustav Landauer nahm zu der Entwicklung

23) Rocker urteilt sehr streng über die Gruppe um das "Neue Leben"; er hielt diese Ausschaltung des "Sozialist" für "verhängnisvoll" für die Entwicklung der deutschen anarchistischen Bewegung; er begründet dies nicht weiter; offenbar geht sein Urteil jedoch auf die späteren Streitigkeiten zwischen den Wortführern des kleinen Konventikels um den "Freien Arbeiter" und den Führern der FAUD zurück. S. Rudolf Rocker, Memoiren Bd. II, p. 69.

24) Zur Biographie Siegfried Nachts; Geboren 1880 in Wien, erlernter Beruf: Elektrotechniker; 1900-1906 in Paris, dort tätig in der revolutionären syndikalistischen Bewegung; 1902 Kontakt mit anarchistischen Revolutionären in Spanien; 1906 aus Frankreich ausgewiesen, lebte er bis 1910 in London, dann bis zu seinem Tode in Italien. Vgl. Rudolf Rocker, Memoiren Bd. II, p. 456.

25) Arnold Roller, Die direkte Aktion, revolutionäre Gewerkschaftstaktik, New York 1912, p. 7; Neudruck der Broschüre von 1903, die auch damals schon in Mosts "Freiheit-Press" in New York verlegt worden war. Die Schrift zirkulierte noch 1919 in linksradikalen Kreisen und prägte nicht unerheblich die Vorstellung davon, was man vor der Konstituierung der FAUD unter Syndikalismus zu verstehen habe.

des revolutionären Syndikalismus in Frankreich und dessen Kampfmethoden in jeder Hinsicht eine sehr kritische Haltung ein²⁶.

Nach einer Periode ausschließlich theoretischer Arbeit, in die unter anderem die Übersetzung von Kropotkins Hauptwerken fiel, gründete Landauer 1908 den "Sozialistischen Bund", als dessen Organ ab Januar 1909 der dritte "Sozialist" erschien. Unter Wiederaufnahme genossenschaftlicher Ideen in ihrem noch revolutionären Verständnis aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in Anlehnung an Proudhons Mutualismus und Kropotkins Wirtschaftsprogramm von der Wiedervereinigung von Landwirtschaft, Handwerk und Industrie entwickelte er Programm und Organisationsform des Bundes²⁷. Ziel war der freie und selbsttätige Mensch, der in "durch Vereinigung von Industrie und Landwirtschaft selbständig wirtschaftenden und tauschenden Gemeinden" lebt und arbeitet (Art. 12 des "Sozialistischen Bundes"). Der Sozialismus soll nicht - wie Landauer es der "verflachten" Sozialdemokratie vorwirft - in fatalistischer Weise erwartet, sondern er muß sofort begonnen werden. "Nicht warten! heißt unsere Losung. Keine Trennung mehr zwischen Zuständen der Gegenwart, Übergangsgärung und wunderbarer Zukunft"²⁸. Da die Verwirklichung des sozialistischen Ziels einer neuen Lebensform im großen Maßstabe des Proletariats als Klasse hier und jetzt nicht möglich zu sein scheint, gilt die Parole: "Durch Absonderung zur Gemeinschaft!"²⁹. In der Vereinigung weniger Gleichgesinnter ist die neue und bessere Form der Verbindung zwischen den Menschen realisierbar. Das kann die Form von Siedlungszellen annehmen (Art. 9 des "Sozialistischen Bundes"); in ihnen geben die Pioniere des Sozialismus "ein Vorbild der Gerechtigkeit und der freudigen Arbeit" (Art. 11 des "Sozialistischen Bundes"). Die Siedlungsunternehmungen sind für Landauer lediglich exemplarische Verwirklichungen des Sozialismus, "nicht Mittel zur Erreichung des Zieles". In ihnen kann man zwar "aus dem Kapitalismus austreten", nicht aber ihn abschaffen; das ist erst durch die allmähliche Bekehrung der Menschen zum Sozialismus möglich. Sozialismus ist für Landauer immer im Werden begriffen; "aller Sozialismus ist stets nur ein relativer Sozialismus und jede Generation hat ihre eigene Aufgabe im unendlichen

26) Es ist nicht ganz zutreffend, wenn Max Nettlau (Nachlaß, p. 195) sagt, Landauer habe vom Syndikalismus überhaupt keine Notiz genommen. S. seinen Artikel: Die französischen Syndikalisten, in: "Der Sozialist, Organ des Sozialistischen Bundes", 1. Jg. (1909), Nr. 8. Landauer wirft den führenden französischen Syndikalisten vor, sich mit allen Mitteln um die Gunst der Massen zu bemühen: "Das Buhlen um die Gunst der Massen hat die französischen revolutionären Syndikalisten im Laufe der Jahre genau so heruntergebracht wie die Parlamentssozialisten".

27) S. die zwölf Artikel des "Sozialistischen Bundes" im: "Sozialist", 2. Jg. (1910), Nr. 14. 28) "Sozialist", 1. Jg. (1909), Nr. 2.

29) "Sozialist", 1. Jg. (1909), Nr. 10.

Prozeß der Verwirklichung einer freien Ordnung sozialer Gerechtigkeit"³⁰. In diesem Sinne ist der Kernsatz von Landauers politischer Theorie zu verstehen, daß nämlich Sozialismus "zu jeder Zeit und bei jedem Stande der Technik möglich (sei), wenn eine genügende Anzahl Menschen ihn wollen, die vom Geiste der Gerechtigkeit erfüllt sind"³¹. Diese extrem voluntaristische, sämtliche objektiven Bedingungen gesellschaftlicher Transformation eliminierende Definition, die - wie zu zeigen sein wird³² - geschichtlich als Reaktion auf die "kautskyanische" Ausformung des Marxismus zu verstehen ist, wurde zum unermüdlich wiederholten Grundatz der FAUD-Propaganda nach dem ersten Weltkrieg. Von dem Siedlungsgedanken waren von den Anarchisten über die Syndikalisten der FAUD bis in linkskommunistische Bereiche in jener Zeit weite Kreise fasziniert. Obwohl das bündische Element in Landauers Denken ("Durch Absonderung zur Gemeinschaft!") in der Zeit der revolutionären Massenbewegungen nach 1918 deplaciert zu sein schien, wirkte es in der politischen Haltung der Berliner Geschäftskommission der FAUD noch spürbar nach und bedingte deren sektiererische, dem lebendigen Kontakt mit den Massen ausweichende Taktik. Die Gegenwartswirkung des "Sozialistischen Bundes" während der acht Jahre seines Bestehens war zweifellos geringer als die theoretische Nachwirkung Landauers während der ersten Jahre der Weimarer Republik; der "Sozialist", der 1915 verboten wurde, hatte einen Abonentenstamm von nicht mehr als 300 Personen³³; er sprach wiederum vor allem Intellektuelle an. Der Münchener Literatur-Bohémien Erich Mühsam³⁴ war Agitator des "Sozialistischen Bundes", Mitarbeiter am "Sozialist"³⁵ und Mitkämpfer Landauers in der Bayrischen Räterepublik 1919. Augustin Souchy³⁶, später neben Rudolf Rocker einer der wichtigsten Wortführer der FAUD, arbeitete ab 1912 im "Sozialistischen Bund" in Berlin. Rocker selbst, der seit 1893 in Paris, dann in London in der Emigration lebte, identifizierte sich vorbehaltlos mit Landauers politischem Denken. Stellt man weiterhin in Rechnung, daß auch Fritz Oerter, ein anderer Wortführer der FAUD, aus der anarchistischen Bewegung kam (allerdings aus der Gruppe um den "Freien

30) Helmut Rüdiger, Ein freiheitlicher Sozialist, in: Gustav Landauer, Worte der Würdigung, Darmstadt o. J. (1950), p. 17.

31) Zitiert ibidem, p. 16.

32) S. den Abschnitt über Gustav Landauers Kritik an der SPD.

33) So Rocker in einem Brief an Max Nettlau vom 30. 11. 1921, in: Korrespondenz Rudolf Rocker - Dr. Max Nettlau.

34) Vgl. den biographischen Anhang. Siehe auch Erich Mühsam, Unpolitische Erinnerungen, Berlin 1952.

35) Vom April 1911 bis zum ersten Weltkrieg gab Mühsam eine eigene Zeitschrift heraus unter dem Titel: "Kain, Zeitschrift für Menschlichkeit".

36) Vgl. den biographischen Anhang.

Arbeiter"), so zeichnet sich bereits ab, daß die FAUD das Ergebnis des Zusammenwachsens der intellektuellen Kräfte der anarchistischen Tradition und der organisatorischen Grundlagen der lokalistischen Gewerkschaftsminorität war. Das Verhältnis zwischen der "Freien Vereinigung" der Lokalisten und dem "Sozialistischen Bund" war bis zum ersten Weltkrieg ungeklärt geblieben³⁷; von seiten der "Freien Vereinigung" erkannte man Landauer als Theoretiker an, warf ihm aber intellektuellen Hochmut gegenüber der Bewegung vor; Landauer verwarf die Gewerkschaftsbewegung - auch in ihrer revolutionärsten Form -, da sie zwangsläufig mit dem Kapitalismus paktieren müsse und von der irrigen Vorstellung lebe, an irgend einem Endpunkt der Entwicklung eine neue Sozialordnung einführen zu können. Dem stellte er seine revolutionär-genossenschaftliche Idee entgegen, die unmittelbares Handeln und den Sozialismus partiell schon hier und jetzt ermöglichte³⁸. - So gingen bis zu ihrer gemeinsamen Unterdrückung im ersten Weltkrieg die "Freie Vereinigung" und der "Sozialistische Bund" zwar benachbarte, aber getrennte Wege.

b) Gustav Landauers Kritik an der deutschen Sozialdemokratie

Gustav Landauers politische Tätigkeit und Reflexion war von den Anfängen in den Reihen der "Jungen" nach 1890 bis zu seiner Ermordung im Mai 1919 gekennzeichnet durch den Kampf gegen Theorie und Organisationsform der den Begriff des Sozialismus von 1890 bis 1914 immer machtvoller vertretenden und anscheinend monopolisierenden deutschen Sozialdemokratie. Daß die direkte Kritik an der SPD im Werke Landauers keinen sehr breiten Raum einnimmt, erklärt sich aus der Tatsache, daß Landauer - anders als alle anderen Sprecher der älteren linksradikalen Tradition - sich nicht erst in lange währendem inneren Kampf von ihr loszulösen brauchte. Als junger Intellektueller kleinbürgerlicher Herkunft in den Jahren 1890/91 zur Arbeiterbewegung gestoßen¹, stellte er sich sogleich mit seiner Kritik im Sinne der oppo-

37) Vgl. dazu die Artikelserie: Gustav Landauer und der Sozialismus, in: "Die Einigkeit, Organ der Freien Vereinigung Deutscher Gewerkschaften", 17. Jg. (1913), Nr. 49 ff.

38) Vgl. dazu Landauers Vortrag, den er in der "Freien Vereinigung aller Berufe" in Leipzig unter dem Titel: Syndikalismus, Sozialismus, Genossenschaftswesen hielt, und die anschließende Diskussion, in: "Die Einigkeit", 18. Jg. (1914), Nr. 7. Vgl. auch Helmut Rüdiger, loc. cit., p. 17.

1) Vgl. dazu seinen weitgehend autobiographischen Roman, der 1893 zuerst erschien; Gustav Landauer, Der Todesprediger, Köln 1923. Landauer gibt Aufschluß über die Motivation seines eigenen politischen Engagements, wenn er von den Sozialdemokraten sagt: "Zu ihnen flüchtet sich von den Gebildeten, wer an der Zukunft der bürgerlichen Gesellschaft verzweifelt und doch eine starke Ahnung hat, damit sei die Menschheit noch nicht an ihrem Ziele". (Ibidem, p. 48). Er beschreibt darin im weiteren die Abkehr seines Helden von der durch ihre Führer in die Irre geleiteten sozialdemokratischen Bewegung.

sitionellen "Jungen" an den innerorganisatorischen Machtkompetenzen der sozialdemokratischen Führung und an der von ihnen betriebenen Zentralisierung der Partei links außerhalb der SPD. Aus diesem kritischen Blickwinkel verfolgte er den mächtigen Konsolidierungsprozeß der SPD, in dessen Verlauf sie zur größten Partei des internationalen Proletariats wurde und Millionen von Wählern anzog; im Maße ihres Wachstums aber brauchte sie einen bürokratischen Apparat, bestehend aus hauptamtlichen Sekretären, Redakteuren und Parlamentariern, der wesentlich dazu beitrug², daß die praktische Arbeit der SPD sich immer tiefer in sozialen Reformbestrebungen verstrickte; eine akute revolutionäre Klassenkampfsituation mit allen möglichen Folgen der Illegalität für die Organisation hätte diesem Funktionärskorps die Existenzgrundlage entzogen und konnte ihm so schwerlich wünschenswert erscheinen. Die durch diesen und andere Faktoren bewirkte allmähliche Integration der SPD in die gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung des wilhelminischen Deutschland stand in mehr oder minder offensichtlichem Gegensatz zum revolutionären Pathos der offiziellen Partei-Programmatik, wie sie vor allem repräsentativ formuliert wurde von Karl Kautsky. Im theoretischen Selbstverständnis der SPD schlug sich dieser Integrationsvorgang insofern nieder, als gerade in Kautskys Denken den objektiven Faktoren des sozialen Transformationsprozesses die schlechthin allein entscheidende Bedeutung zukam; von den sozio-ökonomischen Mechanismen des gegenwärtigen Kapitalismus glaubte man, daß sie aus sich heraus, gleichsam automatisch, die Revolution bringen würden³ und hatte damit ein Alibi für mangelnde revolutionäre Initiative, wie sie durch das Programm noch immer gefordert wurde. Eine Art "fatalistischer Fortschrittsoptimismus"⁴ wurde die vorherrschende Haltung in der SPD. - Vor diesem - knapp skizzierten - Hintergrund muß man die linksradikale Opposition Landauers, aber auch der im einzelnen so unterschiedlichen Kritiker wie Robert Michels, Rosa Luxemburg und Anton Pannekoek sehen.

Bereits in seiner Studie aus dem Jahre 1907 über den Revolutions-Begriff⁵ lehnt Landauer in extremer Reaktion auf die mechanistischen Fortschrittsvorstellungen der zeitgenössischen Sozialdemokratie überhaupt die Möglichkeit einer determinierten sozialen Entwicklungsvorgänge unterstellenden wissenschaftlichen Betrachtung der Geschich-

2) Vgl. dazu besonders Wolfgang Abendroth, Das Problem der Beziehungen zwischen politischer Theorie und politischer Praxis in Geschichte und Gegenwart der deutschen Arbeiterbewegung, in: "Die Neue Gesellschaft", 5. Jg. (1958), p. 466 ff.

3) S. dazu Wolfgang Abendroth, loc. cit., und; Erich Matthias, Kautsky und der Kautskyanismus. Die Funktion der Ideologie der deutschen Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg, in: Marxismusstudien Bd. II, Tübingen 1957, p. 151 ff.

4) Erich Matthias, ibidem, p. 193.

5) Gustav Landauer, Die Revolution, Frankfurt a. M. o. J. (1907).

te ab. An diesen - unverkennbar von der damals aktuellen Lebensphilosophie geprägten - Grundsatz⁶ anschließend geht Landauer in seinem 1911 zuerst erscheinenden "Aufruf zum Sozialismus"⁷ in brillant-polemischer Weise mit der Ideologie der deutschen Vorkriegs-Sozialdemokratie zu Gericht, allerdings ohne diese in historischen Relationen zu sehen und ohne ihre parteisozilogische Funktion zu erkennen. Für Landauer war die kritische Abrechnung mit dem "Kautskyanismus" der SPD in seinem "Aufruf" eine Abrechnung mit dem Marxismus schlechthin. Neben der Polemik gegen den Anspruch der Wissenschaftlichkeit in der Ideologie der SPD kreiste Landauers essayistische Kritik vor allem um das Grundparadoxon des "Kautskyanismus", das er folgendermaßen andeutet:

"Ohne Zweifel zwar kann man nur richtig und wertvoll wollen, wenn man genau weiß, was man will; das aber - abgesehen nun davon, daß solches Wissen ganz ein anderes ist als die sogenannte Wissenschaft - paßt schlecht zusammen, daß man auf der einen Seite behauptet, genau zu wissen, wie die Dinge aufgrund sogenannter geschichtlicher Entwicklungsgesetze, die die Kraft von Naturgesetzen haben sollen, notwendig und unweigerlich kommen müssen, ohne daß an dieser Vorherbestimmung Wille oder Tun irgend welcher Menschen auch nur das Geringste ändern könnten; und daß man auf der anderen Seite eine politische Partei ist, die nichts anderes kann als wollen, fordern, Einfluß nehmen, tun, Einzelnes umwandeln"⁸.

Landauers Einblick in den Bürokratisierungsprozeß der SPD blieb auf ein Erkennen der Symptome beschränkt; er kam offenbar nicht über die ressentimenthafte Ablehnung der "Führer" und der Zentralisation hinaus, wie sie die "Jungen" zum Ausdruck gebracht hatten; er beschrieb aber präzise die Inadäquanz der Kautskyschen Parteitheorie für eine revolutionäre Partei. Daß die fatalistischen Momente dieser Theorie Symptome der über den innerparteilichen Bürokratisierungsprozeß bewirkten Integriertheit der SPD waren, darauf lenkte Robert Michels' im gleichen Jahr wie Landauers "Aufruf" erscheinende kritische Parteisozilogie den Blick.

Landauer lief Sturm gegen den Fatalismus angesichts der objektiven Faktoren sozialer Transformation, die er nicht anerkannte, und definierte den Sozialismus im extremen Gegensatz als "die Willens-tendenz geinteter Menschen, um eines Ideals willen Neues zu schaf-

6) Vgl. dazu die im einzelnen ergänzungsbedürftigen Bemerkungen bei Adolf Hemberger, Das historisch-soziologische Verhältnis des westeuropäischen Anarcho-Syndikalismus zum Marxismus, Diss. phil. Heidelberg 1963, bes. p. 35 ff. und p. 152 ff. Viele Passagen in Landauers Revolutions-Schrift gemahnen an Theodor Lessings These von der "Geschichte als Sinnggebung des Sinnlosen".

7) Im folgenden zitiert nach: Gustav Landauer, Aufruf zum Sozialismus, Berlin 1920.

8) Gustav Landauer, Aufruf zum Sozialismus, p. 25.

fen"⁹; ein Satz, in dem das ganze Programm seines "Sozialistischen Bundes" enthalten ist. Mit dieser dem kautskyanischen Fatalismus entgegengesetzten Vereinseitigung, der Hypostasierung der reinen revolutionären Willenskraft, formulierte Landauer das Credo der anarchistischen und syndikalistischen Tradition in der deutschen Arbeiterbewegung, die nach 1918 in der FAUD organisiert war. Seine politischen Ideen wurden von der anarcho-syndikalistischen Bewegung ausgeformt zu den Parolen der "Revolutionierung der Köpfe" und des "Sozialismus als Kulturfrage"¹⁰. Einer der Theoretiker der FAUD bekannte 1925: "Für uns ist wohl sein "Aufruf zum Sozialismus" sein wichtigstes Werk, ja wir halten es überhaupt für das beste, was jemals in Deutschland über Sozialismus geschrieben wurde"¹¹.

3. Die syndikalistische Tendenz in der Arbeiterbewegung

a) Die "Lokalistin" und die "Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften"

Als die deutschen Gewerkschaften zum ersten Kongreß nach dem Fall des Sozialistengesetzes in Halberstadt im März 1892 zusammentraten, stand das Problem der Organisationsform im Mittelpunkt der Diskussion. Den gleichen koalitionsrechtlichen Einschränkungen unterworfen wie die Sozialdemokratie¹, hatten auch die Gewerkschaften ein System von Vertrauensmännern herausgebildet, das die Verbindung zwischen den einzelnen Lokalorganisationen sicherte für gemeinsame Zwecke wie Streiks usw. Dies Vertrauensmännernetz war - da es keine den parlamentarischen Fraktionen der Sozialdemokratie entsprechende integrierende Instanz gab - der einzige Zusammenhalt zwischen den Ortsgruppen gewesen, bis die seit November 1890 geschaffene Generalkommission unter der Führung Carl Legiens schließlich auf dem Halberstädter Kongreß die Gründung großer gewerkschaftlicher Zentralverbände durchsetzte². Diese zentrale Verbandsform war im Rahmen der bestehenden Vereinsgesetze nur möglich bei völligem Verzicht auf politische Tätigkeit, bei entschlossener Selbstbeschränkung

9) Ibidem, p. 4.

10) S. Rudolf Rucker, Prinzipienklärung des Syndikalismus, Berlin 1920, p. 3.

11) "Die Internationale, Organ der Internationalen Arbeiter-Assoziation", Berlin 1. Jg. (1925), Nr. 4.

1) S. o. den Abschnitt über die Bewegung der "Jungen".

2) S. dazu Heinz Josef Varain, Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter der Führung Carl Legiens (1890-1920), Düsseldorf 1956, p. 10 ff.

auf gewerkschaftliche Vertretungsfunktionen³. Die Minderheit der Delegierten in Halberstadt, die für eine lokale Organisationsform eintraten, ("die den bestehenden Vereinsgesetzen keine Handhabe bietet"⁴), war nicht bereit, diese durch den Zentralverband geforderte politische Abstinenz zu üben. Sie glaubten nicht, im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung mit rein gewerkschaftlichen Kampfmitteln die Lage der Arbeitnehmer wesentlich verbessern zu können und forderten also auch den vollen politisch-revolutionären Einsatz der Gewerkschaftsorganisationen. Es ging folglich um mehr als um organisationstechnische Fragen bei der Auseinandersetzung auf dem Halberstädter Kongreß, den 13 lokalistische Delegierte schließlich unter Protest verließen. Im Vergleich zu den Zentralorganisierten blieben die Lokalistens künftig mit einem Mitgliederbestand, der sich bald oberhalb, bald unterhalb von 10.000 bewegte, eine sehr kleine Minorität⁵; "aber ihre Bedeutung lag auch weniger in der zahlenmäßigen Stärke als in ihrer radikal revolutionären Tendenz"⁶. Von 1892 bis 1897 ging der Streit zwischen den Zentralverbänden und dem radikalen Flügel der Lokalisten, die am stärksten in Berlin vertreten waren und unter denen die Berufsgruppe der Maurer am stärksten repräsentiert war, in sehr aggressiver Weise weiter. Mit dem vom 17.-19. Mai 1897 in Halle a. d. Saale einberufenen "Ersten Kongreß der lokalorganisierten oder aufgrund des Vertrauensmännersystems zentralisierten Gewerkschaften Deutschlands" erfolgte die organisatorische Verselbständigung der Lokalisten. Das Hauptreferat des Kongresses über die "Stellung der Gewerkschaften zur Politik" hielt der Regierungsbaumeister a. D. Gustav Keßler⁷, der bereits auf dem Erfurter Kongreß der SPD für das Vertrauensmännersystem und gegen die Zentralisierungsbestrebungen gesprochen hatte; und der bis zu seinem Tode (1904) das geistige Haupt der Organisation blieb. Bei geringem Widerspruch aus der Reihe der 38 Delegierten des Kongresses nahm man eine Resolution Keßlers an, in der die Beweggründe der lokalistischen Dissidenten zu dieser Zeit (1897) besonders klar widerspiegelt sind:

3) S. dazu W. Kulemann, Die Berufsvereine, Bd. II, Jena 1908, p. 46.

4) So in der von der lokalistischen Minderheit beantragten Resolution auf dem Kongreß in Halberstadt, zitiert bei W. Kulemann, op. cit., p. 96.

5) Nach Kulemann (op. cit., p. 45) hatten die Gewerkschaften 1890 insgesamt etwa 350.000 Mitglieder; nach Angabe der Generalkommission waren davon 1891 etwa 10.000 Lokalisten. Die Mitgliederzahl der Zentralverbände vergrößerte sich kontinuierlich und hatte bei Ausbruch des ersten Weltkrieges etwa 2,5 Millionen erreicht, die Entwicklung des Mitgliederbestandes der Lokalisten war - wenn auch mit Schwankungen - rückläufig.

6) So Graf von Saurma-Jeltsch, Der Syndikalismus in Frankreich und die syndikalistischen Tendenzen der deutschen Arbeiterbewegung, Breslau 1920, p. 49.

7) S. den biographischen Anhang.

- I. Eine Trennung der gewerkschaftlichen Bewegung von der bewußten sozialdemokratischen Politik ist unmöglich, ohne den Kampf um die Verbesserung der Lage der Arbeiter auf dem Boden der heutigen Ordnung aussichtslos zu machen und zu lähmen.
- II. Daß die Bemühungen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, den Zusammenhang mit der Sozialdemokratie zu lockern oder zu durchbrechen, als arbeiterfeindliche zu betrachten sind.
- III. Daß Organisationsformen der gewerkschaftlichen Bewegung, die sie in dem Kampfe um die politischen Zielen hindern, als fehlerhaft und verwerflich zu betrachten sind. Der Kongreß sieht in der Form der Organisation, die sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands auf dem Kongreß in Halle a. S. 1890 gegeben hat, mit Rücksicht auf die bestehende Vereinsgesetzgebung auch für die gewerkschaftliche Organisation die zweckmäßigste und beste Einrichtung zur Verfolgung aller Ziele der Gewerkschaftsbewegung⁸.

Die Reaktion auf die Neugründung war seitens der SPD nicht gerade enthusiastisch; aber die Partei wahrte in den ersten Jahren Neutralität im Streit zwischen den Zentralisten und den Lokalisten; "was anders auch nicht gut möglich war, denn sie hatte gerade in den Lokalgewerkschaften viele ihrer ältesten und erprobtesten Genossen"⁹.

Die oberste Instanz der Organisation, die sogenannte Geschäftskommission, hatte lediglich koordinierende Funktionen; sie berief die Kongresse ein und gab seit 19. Juli 1897 das Presseorgan "Die Einigkeit" heraus, das bis zu seinem Verbot im August 1914 regelmäßig erschien. Die lokalen Organisationen hatten in öffentlicher Versammlung einen Vertrauensmann zu wählen, der die örtlichen Angelegenheiten regelte und die Organisation auf Kongressen vertrat. Streikinitiative und Streik- und Agitationsfonds blieben zuerst bei den Ortsvereinen. Auf dem 5. Kongreß im September 1901 beschloß man dann die Einrichtung eines Zentral-Streikfonds bei der Geschäftskommission, zu dem alle Organisationen proportional ihrer Mitgliederzahl beitragen sollten, doch schon auf dem folgenden Kongreß im September 1903 gingen Streikinitiative und Streikfonds wieder zu den lokalen Organisationen zurück, da offenbar die Zahlungen an die Geschäftskommission ausgeblieben waren. Tarifverträge lehnte man grundsätzlich ab und in den Unterstützungskassen sah man - wie die "Jungen" - nur eine Gefahr der "Versumpfung" der revolutionären Bewegung¹⁰.

8) Zitiert bei W. Kulemann, op. cit., p. 98. Kulemann hatte durch Fritz Kater Zugang zu allen Kongreßprotokollen der Lokalisten-Bewegung.

9) So Rudolf Rocker, Biographie von Fritz Kater, p. 15.

10) So Keßler auf dem 2. Kongreß (12. - 14. 4. 1898). S. W. Kulemann, op. cit., p. 99. S. auch Fritz Kater, Wie sollen wir uns organisieren?, Berlin 1898.

Der das politische Ziel deutlich annoncierende Name "Föderation der sozialistischen Gewerkschaften Deutschlands" wurde vom 4. Kongreß (Mai 1900) abgelehnt und statt dessen nannte man die Gesamtorganisation ab September 1901 "Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften", unter welchem Namen sie bis 1914 bestand und 1918 wieder in die Öffentlichkeit trat und den organisatorischen Kristallisationskern der FAUD bildete. - Als das Verbindungsverbot der einzelstaatlichen Vereinsgesetze ab 1. Januar 1900 entfiel, war eigentlich für die Zentralverbände politische Abstinenz kein zwingendes Gebot mehr und für die Lokalisten wäre auch politisches Engagement in zentralistischer Organisationsform möglich gewesen. Es erfolgte jedoch keine Annäherung zwischen beiden Organisationen. Besonders in Berlin, der Hochburg der Lokalisten, kam es zu erbitterten Auseinandersetzungen; dort erließen die Generalkommission der Zentralgewerkschaften und die Geschäftskommission der Lokalisten unabhängig von einander Streikaufrufe und ziehen sich wechselseitig des Streikbruchs. Die sozialdemokratische Parteiführung sah sich veranlaßt zu vermitteln; am 22. März 1903 kam es unter ihrem Vorsitz zu Verhandlungen zwischen den Vertretern der Zentralverbände und Vertretern der lokalistischen Minorität, die vom radikalen Flügel in der Partei gestützt wurde¹¹. - Der Druck der zentralistischen Massenorganisation auf die Parteiführung war jedoch jetzt so groß, daß August Bebel und andere sozialdemokratische Führer rund heraus die Verschmelzung der "Freien Vereinigung" mit den Zentralverbänden forderten. Die Verhandlungen waren ergebnislos, die Verschmelzungsaufforderung der SPD blieb jedoch auch in den folgenden Jahren bestehen und wurde schließlich ultimatив.

Die "Freie Vereinigung", die sich bis dahin als gewerkschaftliche Avantgarde der Sozialdemokratie verstand, hatte nun neben ihrem Kampf mit den Zentralverbänden auch noch gegen die sozialdemokratische Parteibürokratie anzurennen, die dem mäßigenden gewerkschaftlichen Einfluß erlag. Ihre Funktion wurde z. B. in der für die Entwicklung der SPD bedeutsamen Massenstreikdebatte (1904-1906) offenbar. Der 5. Kongreß der Zentralverbände hatte im Mai 1905 erklärt, daß er den Generalstreik, wie er von Anarchisten und Leuten, die ohne jegliche Erfahrung auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes seien, vertreten werde, für indiskutabel halte¹². Im September desselben Jahres beschäftigte sich der Parteitag der SPD in Jena mit dem Thema des

11) So W. Kulemann, op. cit., p. 102.

12) Hierzu und zum folgenden s. von Saurma-Jeltsch, op. cit., p. 46 ff. Besonders die historischen Berichte im FAUD-Organ: "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 41 u. 52, 2. Jg. (1920), Nr. 1; "Parlamentarismus oder direkte Aktion? Dokumente aus der Geschichte des deutschen Syndikalismus, der deutschen Sozialdemokratie und der deutschen Zentralverbände".

politischen Massenstreiks und nahm nach einer Rede Bebels eine Resolution für den Massenstreik an¹³. Daraufhin kam es im Februar 1906 im Berliner Gewerkschaftshaus der Zentralverbände zu einer Geheimkonferenz zwischen Vertretern der Generalkommission und der Parteiführung, welche gegen den Sinn der Parteresolution zusicherte, sie hätte nicht die Absicht, den politischen Massenstreik zu propagieren, sondern sie wollte, soweit es möglich sei, ihn zu verhindern suchen. Es war dies eine Übergehung des Mitgliederwillens, der in dem Parteitagsbeschuß ausgedrückt war, durch die bürokratische Führung der SPD, die im Prinzip den "Verrat der Arbeiterführer" vom August 1914 vorwegnahm. Der "Freien Vereinigung" kam die Rolle der Kritik an dergleichen Erscheinungen naturgemäß zu. Das Protokoll jener Sitzung kam in die Hände der Lokalisten; sie veröffentlichten es zuerst in ihrem Publikationsorgan unter dem Titel "Ein Blick hinter die Kulissen" und mit dem Appell an die - in der Tat übergangenen - organisierten Arbeitermassen: "Achtet auf Eure Tribunen!"¹⁴. Sie verursachten damit große Erregung und viel Aufsehen. Legien dekretierte auf dem Mannheimer Parteitag der SPD im September 1906 in Reaktion darauf: "Diese Organisation hat mit der Sozialdemokratie nichts mehr zu tun!"¹⁵ - Von der SPD brüskiert und von deren Konzessionen an den gewerkschaftlichen Reformismus enttäuscht, bestand die Tätigkeit der "Freien Vereinigung" künftig vor allem darin, die Anpassungstendenzen in der SPD und die bürokratischen Selbstherrlichkeiten in der Führung der beiden proletarischen Massenorganisationen anzuprangern¹⁶.

Mit der Brüskierung durch die SPD kam eine merkliche programmatische Verunsicherung in die Bewegung. Man konnte sich nicht mehr vorbehaltlos mit der Taktik der Partei identifizieren, und in dieser Situation machte sich die anarchistische Strömung in der "Freien Vereinigung" bemerkbar. Schon auf dem 2. Kongreß im April 1898 hatte ein Berliner Vertreter (Andreas Kleinlein¹⁷) gefordert, man solle den Anarchisten mehr entgegenkommen; der Kongreß lehnte aber den Antrag, auch Personen, die nicht sozialdemokratisch engagiert seien, in die Organisation aufzunehmen, mit sechzehn gegen elf Stimmen ab¹⁸.

13) Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Jena, vom 17.-23. September 1905, Berlin 1905; s. die Rede Bebels p. 285 ff., Die Abstimmung zum Massenstreik, p. 343.

14) "Die Einigkeit", 10. Jg. (1906), Nr. 25. Vgl. zu dieser "Indiskretion" der "Einigkeit" auch Bebel auf dem Mannheimer Parteitag; s. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Mannheim vom 23.-29. September 1906, Berlin 1906, p. 227 f.

15) Protokoll der SPD, Mannheim, p. 242.

16) Ein Beispiel solcher Enthüllungsliteratur: Karl Roche, Aus dem roten Sumpf, oder: Wie es in einem nicht ganz kleinen Zentralverband hergeht, Berlin 1909.

17) S. Kleinleins Schrift: Der Syndikalismus in Deutschland, Brüssel 1912.

18) S. W. Kulemann, op. cit., p. 99.

Erst als Gustav Keßler am 29. Juli 1904 starb, der das Selbstverständnis der "Freien Vereinigung" als gewerkschaftliche Avantgarde der Sozialdemokratie geprägt hatte, trat diese Strömung hervor. Der Sprecher, der mit seiner "anarcho-sozialistischen" Konzeption bis 1907 die Programmatik der "Freien Vereinigung" bestimmte und ihren Übergang vom sozialdemokratischen Programm (1897) zum revolutionär-syndikalistischen Programm (1908) einleitete, war der Berliner Arzt Dr. Raphael Friedeberg¹⁹. - Friedeberg war seit den achtziger Jahren in der Sozialdemokratie tätig, hatte am "Sozialistischen Akademiker" (Januar 1885 - Dezember 1896) mitgearbeitet und war der erste Besitzer der "Sozialistischen Monatshefte" von Januar 1897 ab, die zu jener Zeit noch keine revisionistische Tendenz hatten. Durch das ohnmächtige Verhalten der SPD bei der Einschränkung des bestehenden Wahlrechts in Sachsen im Jahre 1896 war er zur Ablehnung des Parlamentarismus gekommen, und als Keßler 1903 bei zunehmender Entfernung der "Freien Vereinigung" von der SPD sich antiparlamentarisch zu äußern begann, trat Friedeberg mit den Lokalisten in Kontakt²⁰. - Wenige Tage nach Keßlers Tod trat er dann am 4. August 1904 im Berliner Gewerkschaftskartell mit einem Referat über "Parlamentarismus und Generalstreik" hervor²¹. Dies bald als Druckschrift²² verbreitete Referat war zugleich der Beitrag der Lokalisten zur Massenstreikdiskussion in der SPD. Für Friedeberg war - wie für die "Jungen" - die deutsche Arbeiterbewegung "verflacht" durch die Praxis des Parlamentarismus:

"Die irrtümliche Auffassung vom Wesen des Staates, ganz besonders aber die Überschätzung des Parlamentarismus haben allmählich das Proletariat vom Boden des eigentlichen Klassenkampfes abgedrängt. Die Trennung der proletarischen Bewegung in politische Partei und Gewerkschaftsbewegung, die daraus erwachsende Neutralisierung der Gewerkschaften, welche heute fast ausschließlich in der Verbesserung des Arbeitsvertrages ihre alleinige Aufgabe erblicken, hat dem Klassenkampf den Todesstoß gegeben"²³.

Das parlamentarische Vertretungssystem schien Friedeberg zwangsläufig zur politischen Trägheit zu erziehen, den persönlichen Einsatz des einzelnen Arbeiters zu hemmen: "Der Parlamentarismus ... beruht darauf, daß ich das, was ich an Einfluß ausüben will, einem ande-

19) S. den biographischen Anhang.

20) So Fritz Kater in einem Brief vom 6.11.1932 an Dr. Max Nettlau, in: Korrespondenz Fritz Kater - Dr. Max Nettlau.

21) S. dazu "Parlamentarismus oder direkte Aktion?", im: "Syndikalist" 1. Jg. (1919), Nr. 41.

22) Raphael Friedeberg, Parlamentarismus und Generalstreik, Berlin o.J. (1904) (Verlag "Die Einigkeit"). Die Schrift erschien 1905 in französischer, 1907 in ungarischer, im gleichen Jahre in schwedischer Übersetzung. S. Nettlau-Nachlaß, p. 198.

23) Ibidem, p. 31. Auszugsweise auch zitiert im: "Syndikalist" 1. Jg. (1919), Nr. 41.

ren übertrage"²⁴. Der Parlamentarismus hatte nach seiner Meinung wohl geringe Verbesserungen bringen können für die Lage der Arbeiterklasse, aber seine Zeit war nun abgelaufen. Die revolutionäre Einzelinitiative galt es von nun ab zu entwickeln:

"Die wahre Macht des Proletariats beruht auf der möglichst großen Zahl völlig freier, vom Geist des Klassenkampfes durchdrungener Persönlichkeiten, wie sie niemals der auf einem Vertretungssystem beruhende Parlamentarismus, wohl aber eine vom Geist des Sozialismus getragene Gewerkschaftsbewegung heranbilden kann. ---

Geistige und sittliche Entwicklung der Einzelpersonlichkeit; selbständige Organisation der Konsumtion und wenn möglich der Produktion; Massenaktionen mit voller Verantwortlichkeit jedes Einzelnen - Streiks, Maifeier, Boykott - das sind die Vorbedingungen der endgiltigen Befreiung des Proletariats. Die Befreiung selbst, die Aufhebung der Klassenherrschaft, wird erfolgen durch den Generalstreik"²⁵.

Friedeberg sah die subjektive Seite, die Stellung des Individuums im proletarischen Emanzipationskampf, bei den anarchistischen Theoretikern gründlicher durchdacht als bei den maßgeblichen Marxisten seiner Zeit. Er empfahl nachdrücklich die Lektüre der anarchistischen Presse und der Schriften Kropotkins u. a.²⁶. In den Überlegungen Friedebergs wird - wie bei Gustav Landauer - überall das Unbehagen an dem Phänomen spürbar, das man später den "Kautskyanismus" der Sozialdemokratie²⁷ genannt hat. In Reaktion auf die Aktionsträgheit der SPD nahm er die voluntaristischen Impulse des Anarchismus auf und suchte sie für die gerade höchst aktuelle Massenstreikidee fruchtbar zu machen. Friedebergs Agitation für den Massen- und Generalstreik hatte einen nicht unwesentlichen Anteil daran, daß der Jenaer Kongreß der SPD (September 1905) die Massenstreikfrage auf das Programm setzte²⁸.

24) Raphael Friedeberg, Parlamentarismus, p. 20.

25) Raphael Friedeberg, Parlamentarismus, p. 32.

26) Ibidem, p. 29.

27) S. oben den Abschnitt über Gustav Landauers Kritik an der SPD. Friedeberg nahm gewissermaßen Landauers Kritik der SPD voraus in einem Aufsatz "Historischer Materialismus und Klassenkampf" vom April 1907, in welchem er u. a. ausführte: "Je mehr nun materielle Einwirkungen und psychische Erfahrungstatsachen im Menschenhirn niedergeschlagen werden, das Gehirn des Menschen gleichsam verselbständigt wird, desto falscher wird der Marxismus, desto mehr wird der historische Materialismus ersetzt werden durch einen "Historischen Psychismus"". Es werden "desto mehr die psychischen Faktoren bestimmend, die allmählich den materiellen als selbständige Macht entgegentreten. Der historische Psychismus besagt, daß die seelischen Beziehungen ihrerseits die stärkste Kraft auf die materiellen Verhältnisse ausüben...". Zitiert bei Max Nettlau, Nachlaß, p. 199 B.

28) Vgl. dazu Carl E. Schorske, German Social Democracy 1905-1917, the Development of the Great Chism, Cambridge-Mass. 1955, p. 49.

Seine Agitation legte allerdings immer den Akzent auf den Generalstreik, der nach anarchistischen Vorstellungen der unmittelbare Auftakt zur sozialen Revolution sein sollte. Die radikalen Oppositionellen in der SPD um Rosa Luxemburg hatten nicht geringe Mühe, den Unterschied zwischen dieser genuin anarchistisch-syndikalistischen Idee und dem politischen Massenstreik als Mittel des Klassenkampfes den Sozialdemokraten klarzumachen²⁹. Auch in der späteren Agitation der "Freien Vereinigung" kam diese Unterschiedlichkeit nie klar zum Ausdruck.

In einer anderen Großversammlung im Berliner Gewerkschaftskartell im August 1905, an der rund 3000 Personen teilnahmen³⁰, bezeichnete Friedeberg wiederum die Propaganda und die Herbeiführung des Generalstreiks als die zur Zeit wichtigste Aufgabe des deutschen Proletariats und forderte die Bildung einer neuen "anarcho-sozialistischen" Partei. Unter seinem Einfluß stand das neue Programm der "Freien Vereinigung", das deren siebter Kongreß (16. -19. April 1906) annahm, und in dem die Forderung des Massen- bzw. Generalstreiks aufgenommen war. Programmatisch gefordert wurde:

"Die Bildung und der Ausbau solcher Gewerkschaften, die sowohl den auf Verbesserung der Lebenshaltung und Arbeitsbedingungen gerichteten Tageskampf führen, wie auch die auf Beseitigung der Klassenherrschaft gerichteten Bestrebungen unterstützen, die begründet sind in der sozialistischen Weltanschauung und ihren Ausdruck finden in der Propaganda für die Idee des Massen- resp. Generalstreiks"³¹.

Die Formulierung dieser programmatischen Generalformel deckte sich fast wörtlich mit derjenigen der "Confédération Générale du Travail" (CGT), die in der Charte d'Amiens vom Oktober des gleichen Jahres auftaucht. Ein ausdrückliches Bekenntnis zur Idee des revolutionären Syndikalismus ging jedoch zu dieser Zeit (1906) noch nicht damit einher. - Als im Jahre 1907 wiederholt Aufrufe zu einer linksradikalen Parteineugründung erfolgten und als es zur Ablehnung der Unterstützung sozialdemokratischer Kandidaten im Wahlkampf kam³², drängte das ge-

29) S. dazu Klara Zetkins Intervention auf dem Jenaer Parteitag: "Während der politische Massenstreik die Konzentration der jeweilig verfügbaren politischen, wirtschaftlichen, geistigen und sittlichen Macht des Proletariats auf ein ganz bestimmtes, eng begrenztes Augenblicksziel fordert, will der anarchistische Generalstreik mittels der allgemeinen Arbeitsniederlegung die ganze kapitalistische Ordnung aus den Angeln heben". S. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Jena vom 17. -23. Sept. 1905, Berlin 1905, p. 334.

30) S. W. Kulemann, op. cit. p. 104. S. auch: "Der Syndikalist" I. Jg. (1919), Nr. 41.

31) Programm der "Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften" und die Resolution betreffend Streiks und Aussperrungen nebst Begründungen, hrsg. von der Geschäftskommission, Berlin 1906, p. 3. Die wichtigsten Passagen auch bei W. Kulemann, op. cit. p. 105 f.

32) S. z. B. "Die Einigkeit", II. Jg. (1907), Nr. 28. Vgl. auch W. Kulemann, op. cit. p. 107.

spannte Verhältnis der "Freien Vereinigung" zur SPD zur Zerreißprobe. Der Essener Parteitag der SPD (September 1907) verurteilte "die von den vielen Mitgliedern der lokalistischen Gewerkschaften im Gegensatz zum Parteiprogramm betriebene Agitationsweise"³³; er forderte zum geschlossenen Übertritt in die Zentralverbände auf und beauftragte den Parteivorstand mit weiteren Verhandlungen. Da die Geschäftskommission der "Freien Vereinigung" gemäß den Beschlüssen des siebten Kongresses der Lokalisten weitere Verhandlungen ablehnte, wandte sich der Parteivorstand direkt an die einzelnen Berufsverbände. Ultimative Formulierungen, von denen Rocker berichtet³⁴, tauchen zwar in den offiziellen Texten nicht auf, sind aber in der Verhandlungspraxis durchaus wahrscheinlich. - In dieser Situation berief die Geschäftskommission im Februar 1908 einen außerordentlichen Kongreß ein. Als Sprecher der knappen Majorität des Kongresses, die gegen die Fusionierung mit den Zentralverbänden war, trat der Maurer Fritz Kater³⁵ auf, der als Redakteur der "Magdeburger Volksstimme" im engsten Kontakt mit den "Jungen" gewesen war³⁶, und der auf dem Erfurter Kongreß der SPD (1891) gegen deren Ausschluß gestimmt hatte; er war lange Jahre Vertrauensmann der deutschen Maurer gewesen, bevor er mit Gustav Keßler 1897 die Bildung der "Freien Vereinigung" bewirkte, zu deren hauptberuflichem Organisationsleiter er ab 1903 benannt wurde. Kater hatte Angebote, höhere Funktionärsposten in der Partei oder in den Zentralverbänden anzunehmen, ausgeschlagen und trat nach zwanzigjähriger aktiver Mitgliedschaft im März 1908 aus der SPD aus, da - wie er auf dem Kongreß ausführte - die Sozialdemokratie unter dem Einfluß der Zentralverbände den grundsätzlichen Teil des Erfurter Programms in der Praxis aufgegeben habe. Die Praxis des französischen revolutionären Syndikalismus, die man seit dem Kongreß der CGT von Amiens (1906)³⁷

33) Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Essen vom 15. -21. September 1907, Berlin 1907, p. 409.

34) Rudolf Rocker, Biographie von Fritz Kater, p. 15, berichtet von dem Ultimatum des Essener Parteitages an die "Freie Vereinigung", sich in Jahresfrist den Zentralverbänden anzuschließen; bei Nichteinhalten des Ultimatus sollten die Führer der Organisation aus der SPD ausgeschlossen werden.

35) S. den biographischen Anhang.

36) Dazu Rudolf Rocker, Biographie von Fritz Kater, p. 11. Rocker berichtet z. B., daß Kater von der SPD-Leitung finanzielle Hilfe versagt wurde, als er 1891 eine politische Haft verbüßen mußte, da "er zu offen mit den "Jungen" sympathisierte". Kater hatte ein Reichstagsmandat abgelehnt, "weil er nicht meinte, daß man einen Militärstaat wie Deutschland auf parlamentarischem Wege reformieren könne". (Ibidem, p. 12).

37) S. dazu Eugen Naef, Zur Geschichte des französischen Syndikalismus, Zürich 1953, p. 75 ff. Auch: Colette Chambelland, Le Syndicalisme Ouvrier Français, Paris 1956, p. 37 ff. Auf dem Kongreß in Amiens setzte sich der revolutionäre gegen den reformistischen Syndikalismus in Frankreich durch und dominierte mindestens bis 1912. Die Charte d'Amiens,

in vielen europäischen Ländern diskutierte, schien Kater am ehesten den alten sozialrevolutionären Forderungen gerecht zu werden; sie war ihm "zu einer neuen Offenbarung geworden"³⁸. Seine Kongreßrede war die endgültige Wendung der "Freien Vereinigung" zum revolutionären Syndikalismus, obwohl Kater selbst sich erst nach dem ersten Weltkrieg ideologisch ganz von der Sozialdemokratie unter dem Einfluß Rudolf Rockers zu lösen vermochte³⁹. Er stellte in seiner Kongreßrede⁴⁰ die Klassenkampfmethoden der CGT als vorbildlich hin:

"Der Kampf kann ... nach ihrer Meinung nicht durch die Beteiligung an der Gesetzgebung geführt werden; sie verstehen darunter nicht, daß sie irgendeiner politischen Partei angehören müssen, sondern sie meinen den Klassenkampf auf wirtschaftlichem, auf ökonomischem Gebiete durch Generalstreik, action directe, Sabotage, die sog. passive Resistenz usw. führen zu müssen"⁴¹.

Wenn man die auf dem siebten Kongreß gefaßten Entschlüsse richtig verstehe, so unterscheide sich die "Freie Vereinigung" in keiner Weise von den französischen und italienischen revolutionären Gewerkschaften. Gleichzeitig aber lehnte Kater das Etikett "Syndikalismus" ab, denn: "Wir haben es nicht nötig, unsere deutschen Gewerkschaften mit fremdsprachlichen Namen zu belasten"⁴². Mit dieser recht hausbackenen Begründung verdeckte Kater allerdings lediglich seine Furcht um das Fortbestehen der Organisation. Aus dieser Furcht war es auch zum Bruch mit Dr. Friedeberg gekommen, der sich "weiter nach links", d. h. ganz zum Anarchismus hin entwickelt hatte. Kater meinte - zumal in einer Situation, in der eine sehr starke Minorität für die Eingliederung der "Freien Vereinigung" in die Zentralgewerkschaften war - einen solchen plötzlichen Firmenwechsel der nach wie vor in sozialdemokratischer Tradition verwurzelten Mitgliederzahl nicht zuzumuten zu können, ohne den Bestand der gesamten Bewegung zu gefährden⁴³. - In der Tat kam es auf dem Kongreß zur Spaltung; die Abstimmung

die von diesem Kongreß angenommen wurde, ist das klassische Programm der französischen Gewerkschaftsbewegung. Sie wird - mit einigen Abstrichen am revolutionären Pathos - noch heute als Grundlage der sozialistischen Gewerkschaftsarbeit anerkannt.

38) So Rudolf Rocker, Biographie von Fritz Kater, p. 16.

39) Rocker beschreibt diese endgültige Bekehrung Katers während einer gemeinsam verbrachten Schutzhaftzeit 1920 im Berliner Gefängnis in seinen Memoiren: Rudolf Rocker, Memoiren Bd. II, p. 135 ff.

40) S. "Einigkeit" 12. Jg. (1908), Nr. 5. Selbständige Veröffentlichung: Das Programm der "Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften" und die Resolution betreffend Streiks und Aussperrungen nebst Begründung, Berlin 1908.

41) Ibidem, p. 12.

42) Ibidem, p. 12.

43) Vgl. dazu Katers Brief an Max Nettlau: "Ich konnte und durfte aus Gründen der Verantwortlichkeit unserer Bewegung gegenüber solche plötzlichen Sprünge nicht mitmachen.

ergab 91 Stimmen gegen die Auflösung der "Freien Vereinigung" und 48 Stimmen dafür. Von den rund 17.000 Mitgliedern der "Freien Vereinigung" im Jahre 1907 traten etwa 8.000 in die Zentralverbände über; darunter die "Freie Vereinigung der Maurer", die bislang die stärkste Berufsgruppe der Lokalisten gestellt hatte⁴⁴; die restlichen etwa 9.000 Mitglieder bekannten sich zu dem in Katers Kongreßrede aufgestellten, am Syndikalismus orientierten Programm. Die Entwicklung des Mitgliederbestandes bis zum ersten Weltkrieg war weiter rückläufig; sie stand 1914 etwa bei 6.000⁴⁵. Die rege Propagandatätigkeit der Organisation wurde ab Oktober 1911 verstärkt durch ein weiteres Publikationsorgan, das im Verlage Fritz Katers in Berlin mit dem Namen "Der Pionier"⁴⁶ erschien. Der Redakteur des Blattes, Fritz Köster, der mit Kater bereits an der im Sinne der "Jungen" oppositionellen "Magdeburger Volksstimme" gearbeitet hatte, dann zu den "Unabhängigen Sozialisten" gehört hatte, kündigte in seiner programmatischen Einführung des Blattes an:

"Euch sozialdemokratischen Führern aber wird der Nachweis geliefert, daß Ihr die so einfache Lehre des Sozialismus unterschlagen und die Massen des arbeitenden Volkes zu dem Wahn verführt habt, durch Euch, durch Vertreter, durch gesetzliche Flickerei könne das Volk von seinen Leiden erlöst werden. Genau wie Kirche und Pfaffen die Grundlehre des Christentums verhunzten und die Gläubigen den Machthabern auslieferten, genau mit derselben Nichtswürdigkeit habt Ihr die revolutionären Instinkte in den Massen ertötet und fühlt Euch als besoldete Erhalter des Systems genau so wohl wie Eure schwarzen Kollegen von der Kirche"⁴⁷.

Als verantwortlicher Vorsitzender einer Bewegung und Vertrauensmann vieler Tausender Mitglieder derselben mußte ich mir sagen, wenn die Bewegung nicht urplötzlich gänzlich zerschlagen werden soll, dann muß die 1904 und 1905 beschlossene geistige Einstellung sich erst zu einem großen Teil in der Gesamtbewegung verwurzeln ... Hätten meine engeren Freunde und ich nicht so gehandelt, dann wette ich tausend gegen eins, es gäbe heute in Deutschland keine anarcho-syndikalistische Bewegung und auch keine IAA." Brief von Fritz Kater an Dr. Max Nettlau vom 6. Nov. 1932, in: Korrespondenz Fritz Kater - Dr. Max Nettlau.

44) S. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Nürnberg vom 13.-19. September 1908, Berlin 1908, p. 17 ff. Die "Freie Vereinigung der Maurer" trat mit 2112 Mann in den Zentralverband über. Etwa 100 Mann blieben bei der "Freien Vereinigung" und gründeten einen neuen Lokalverband in Berlin.

45) Bei diesen Zahlenangaben wie bei den folgenden handelt es sich in der Regel um Interpolationen aus verschiedenen, bisweilen sehr gegensätzlichen Mitteilungen.

46) "Dieser Pionier, unabhängiges sozialrevolutionäres Organ", 1. Jg. (1911) ff.

47) "Der Pionier" 1. Jg. (1911), Nr. 1. Es erschienen u. a. Beiträge in den vier Jahrgängen des "Pionier" von D. F. Nieuwenhuis, B. Wille, J. Most, P. Kropotkin, P. Ramus, F. Brupbacher, F. Oerter.

'Die Diktion des Blattes war viel aggressiver als die der "Einigkeit" und war in unverkennbarer Weise anarchistisch geprägt. Es kam sogar zu ideologisch und persönlich bedingten Spannungen zwischen Fritz Kater als Redakteur der "Einigkeit" und dem radikaleren Anarchisten Fritz Köster⁴⁸, die sich noch später innerhalb der FAUD desintegrierend auswirkten. - In der weiteren Agitation der "Freien Vereinigung" bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges nahm die antireligiöse Propaganda einen wichtigen Platz ein. Ebenso - nach der im französischen revolutionären Syndikalismus unter dem Stichwort "malthusianisme" verbreiteten Methode - die Aufklärungsarbeit über die proletarische Geburtenbeschränkung. Schließlich wurde die antimilitärische Propaganda in ständiger Verbindung mit dem von Domela Nieuwenhuis in Amsterdam gegründeten Internationalen Antimilitaristischen Büro intensiviert, was zur Folge hatte, daß die "Einigkeit" und der "Pionier" ebenso wie der "Freie Arbeiter" der Anarchisten schon Mitte August 1914 verboten wurden. - Weite Kreise erreichte die Agitation der "Freien Vereinigung", die neben den Millionenverbänden der SPD und der "Freien Gewerkschaften" verschwindend klein war, nicht. Auch kann man nicht behaupten, daß durch sie der revolutionäre Syndikalismus romanischer Ausprägung in Deutschland Fuß gefaßt hätte⁴⁹; es waren vor allem - wie besonders am Verhalten Katers im Jahre 1908 offenbar wurde - zwar enttäuschte, aber nach wie vor genuine Sozialdemokraten, die mit gewisser Unterstützung aus dem anarchistischen Lager in einer Situation der Orientierungslosigkeit (nach dem Ausschluß aus der SPD) zu der nächstliegenden neuen politischen Theorie griffen und sich unter diesem neuen Emblem sammelten. Der revolutionäre Syndikalismus spielte in Deutschland erst eine selbständige Rolle nach 1918 - in einem Augenblick, als er in Frankreich bereits seine Rolle ausgespielt hatte und dem reformistischen, der deutschen Zentralverbandspraxis näherstehenden Syndikalismus gewichen war⁵⁰.

48) Darüber Fritz Köster in der "Schöpfung", 1. Jg. (1921), Nr. 59.

49) Der direkte Einfluß des französischen revolutionären Syndikalismus war gering, seine Kenntnis oberflächlich. Vgl. dazu die Literaturliste in der "Einigkeit", 17. Jg. (1913), Nr. 17, Beilage. Der Literaturbericht nennt eine einzige Broschüre über den französischen revolutionären Syndikalismus; F. Challaye, Revolutionärer und reformistischer Syndikalismus, Tübingen 1913. Im selben Jahre kam noch hinzu die als Leipziger Habilitationsvorlesung publizierte Darstellung; Kurt A. Gerlach, Theorie und Praxis des Syndikalismus, Leipzig 1913. S. dazu "Einigkeit" 18. Jg. (1914), Nr. 3, Beilage. Diese Schriften waren nur einem engeren Kreis von Militanten der "Freien Vereinigung" bekannt.

50) In Frankreich spaltete sich die revolutionäre Minorität im Dezember 1921 vom Stamm der CGT ab und konstituierte sich als "Confédération Générale du Travail Unitaire" (CGTU). Vgl. Colette Chambelland, op. cit., p. 59 f.

b) Robert Michels' kritische Parteisoziologie

Zwar nicht im organisatorischen Rahmen der "Freien Vereinigung", aber in Verbindung mit ihr und aus dem gleichen Empfinden des revolutionären Ungenügens an der SPD erfolgte die intellektuelle Rezeption der revolutionär-syndikalistischen Theorie in Deutschland¹ durch Dr. Robert Michels². Seine kritische Parteisoziologie ist in diesem Zusammenhang - wie Landauers Kritik an der SPD - vor allem als Reaktion auf die zunehmende Befestigung und Bürokratisierung der deutschen Sozialdemokratie interessant. Michels, seit 1902 in der SPD tätig, stand seit Anfang 1904 in ständigem freundschaftlichen Kontakt mit den intellektuellen Theoretikern des französischen revolutionären Syndikalismus um Georges Sorel³. In den Jahren seiner Tätigkeit in der deutschen Arbeiterbewegung (1902-1907) bildete er in Marburg/Lahn den Mittelpunkt einer oppositionellen Gruppe in der SPD, die sich zusammenfand "in der Betonung eines lebendigeren Idealismus in der Partei, in der Negation der Mittelparteien und des Bündniswesens, in der Abneigung gegen den Parlamentarismus sowie in dem leidenschaftlichen Appell an die Jugend"⁴. Die Gruppe, die innerhalb der sozialdemokratischen Organisation keine nennenswerte Rolle spielte, hatte die Sympathien der Linksradikalen in der SPD um Rosa Luxemburg. Das Verhältnis Michels' zu der Organisation, die seinen Bestrebungen am ehesten entsprach - der "Freie Vereinigung" -, schwankte in ähnlicher Weise zwischen Anziehung und Abstoßung wie das der intellektuellen Theoretiker (Sorel, Lagardelle, Berth) in Frankreich gegenüber den militanten Praktikern (Pouget, Pelloutier u. a.) und der Bewegung selbst⁵. 1906 erkannte er den Lokalisten zu, der Geist, der in diesen Gewerkschaften lebe, sei durch und durch sozialistisch. Der Gewerkschaftler bürgerlicher Mentalität, "diese häufige Erscheinung in den zentralistischen, neutralen Verbänden", könne bei ihnen, deren

1) Die intellektuelle Rezeption erfolgte in dem von Max Weber und Werner Sombart herausgegebenen "Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik". Vgl. dort; Hubert Lagardelle (neben Edouard Berth ein Lieblingsschüler Georges Sorels) "Die syndikalistische Bewegung Frankreichs", Bd. XXVI (1908); "Die gegenwärtige Lage des Syndikalismus", ibidem. - Christian Cornelissen (Herausgeber des "Bulletin International du Mouvement Syndicaliste" und ständiger Mitarbeiter der "Einigkeit") "Die neuste Entwicklung des Syndikalismus" Bd. XXXVI (1913).

2) Zur politischen Biographie Robert Michels' s. Werner Conzes Nachwort zum Neudruck der zweiten Auflage von: Robert Michels, Soziologie des Parteiwesens.

3) S. Robert Michels, Eine syndikalistisch gerichtete Unterströmung im deutschen Sozialismus (1903-1907), in: Festschrift für Carl Grünberg zum 70. Geburtstag, Leipzig 1932, p. 343 ff.

4) Ibidem, p. 353.

5) Vgl. dazu am besten; Robert Goetz-Girey, La pensée syndicale française, militants et théoriciens, Paris 1948, p. 30 ff.

Unterstützungseinrichtungen aus prinzipiellen Gründen nur äußerst schwach entwickelt seien, nur vereinzelt angetroffen werden⁶. Im Februar desselben Jahres konstatierte er auf einem internationalen Gewerkschaftskongreß in Paris die ohnmächtige Situation der deutschen Lokalist-Bewegung, die in den Prinzipien des Föderalismus und der direkten Massenaktion dem französischen revolutionären Syndikalismus am nächsten käme, gegenüber den mächtigen zentralistischen Gewerkschaftsverbänden⁷. Rückblickend war sein Urteil über die "Freie Vereinigung" noch strenger; sie "konnte auf keine großen Persönlichkeiten zählen, sie war völlig schwunglos und wirklich jedes Mal nur "lokal"⁸. Dr. Friedeberg erkannte er als sozialistischen Theoretiker nicht an. Friedeberts antimarxistischer Psychismus und seine antiparlamentarische Generalstreiks-idee seien zu einseitig und zugleich zu sehr improvisiert und wenig ausgebaut gewesen, um eine starke zentripetale Wirkung auszuüben⁹.

Michels selbst ging es weniger um die Formulierung neuer programmatischer Ideen als um die Erklärung des Mißverhältnisses zwischen den riesigen Ausmaßen der deutschen Arbeiterpartei und ihrem revolutionären Unvermögen¹⁰. Als junger radikal gestimmter bürgerlicher Intellektueller zur SPD gekommen, stieß er sich bald in der politischen Praxis überall an der Trägheit der Arbeitermassen und an der Machtvollkommenheit der bürokratisierten Organisationsspitze. In Frankreich hatte vor allem die Enttäuschung an der durch den Namen Millerands gekennzeichneten parlamentarischen Betätigung der Arbeiterbewegung zum Aufleben des revolutionären Syndikalismus seit etwa 1904 geführt¹¹. Ganz entsprechend verstand Michels seine oppositionelle Tätigkeit in der SPD als "organische Reaktion aus Überdruß an der Parteipolitik und ihren Folgen, Rebellion gegen die Mittelmäßigkeit der berufsmäßigen Parteileitung ... Kampf der Ideologie gegen die Selbstzweck gewordene Organisation"¹². Von dieser Grundhaltung aus unternahm er die kritische Analyse der deutschen Sozialdemokratie. - In einem ersten, umfangreichen Aufsatz aus dem Jahre 1906¹³

6) Robert Michels, Die deutsche Sozialdemokratie, 1. Parteimitgliedschaft und Zusammensetzung, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. XXIII (1906), p. 497.
7) S. H. Lagardelle, A. Labriola, R. Michels, Syndicalisme et Socialisme, Paris 1908. Dort Michels' Rede (p. 21-34): Le Syndicalisme et le Socialisme en Allemagne. Michels' Rede wurde auch in deutscher Sprache veröffentlicht im Organ der "Freien Vereinigung"; s. "Einigkeit", 10. Jg. (1906), Nr. 21-25.

8) Robert Michels, Eine syndikalistisch gerichtete Unterströmung ..., loc. cit., p. 361.

9) Robert Michels, Eine syndikalistisch gerichtete Unterströmung, loc. cit., p. 360.

10) Er verglich die deutsche Sozialdemokratie gelegentlich drastisch mit einem Riesen, der trotz seiner Gliedmaßen keine Jungfrau zu schwängern imstande sei. Ibidem, p. 350.

11) Vgl. Eugen Naef, op. cit., p. 42 ff.

12) Robert Michels, Eine syndikalistisch gerichtete Unterströmung, loc. cit., p. 353.

13) Robert Michels, Die deutsche Sozialdemokratie, loc. cit.

kam er im Anschluß an die Kritik aus dem Kreise der "Jungen"¹⁴ zu der Beobachtung des kleinbürgerlichen Charakters der gegenwärtigen SPD. Der ist allerdings nicht - wie die "Jungen" es monierten - durch den Massenzulauf aus kleinbürgerlichen Sozialschichten zu erklären; Michels weist im Gegenteil an verbandsstatistischem Material eine im Vergleich mit der italienischen Arbeiterbewegung z. B. sehr große proletarische "Sozialeinheitlichkeit" der Sozialdemokratie nach. Eine gewisse Rolle im Vorgang der "Verkleinbürgerung" schreibt er jenen Existenzen zu, "die durch den Lohnkampf der Arbeiterschaft und die politischen Repressalien des Unternehmertums zu selbständigen kleinen Leuten, zu "Kleinbourgeois", gemacht werden"¹⁵. Die wesentliche Ursache dieses Prozesses ist hier jedoch nicht zu suchen. Sie liegt darin, daß sowohl die sozialdemokratische Partei, als die Gewerkschaften ein ihrer Riesenhaftigkeit entsprechendes Bedürfnis nach "Männern besitzen, die ihren ausschließlichen Beruf darin finden, diese Monstre-Maschinen zu bedienen: Preßredakteure, Parteisekretäre, Buchhalter, Buchhändler und andere Beamte"¹⁶. Im bürokratischen Apparat der Partei oder der Gewerkschaft erfahren die besten Elemente des Proletariats eine "radikale Metamorphose ihrer gesellschaftlichen Funktionen"¹⁷. Sie werden von "Handarbeitern" zu "Kopfarbeitern", und diese soziale Statusveränderung entfremdet sie zwangsläufig dem Proletariat, führt sie dem "Kleinbürgertum", in Ausnahmefällen dem "Mittelbürgertum" zu.

Welche Folgen diese "Verkleinbürgerlichung durch den bürokratischen Apparat der Partei" für die politische Taktik der SPD und ihre Stellung im internationalen Sozialismus hatte, versuchte Michels nach seinem 1907 erfolgten Austritt aus der Partei in einem anderen ausführlichen Aufsatz zu zeigen¹⁸. Er konstatiert eine Umkehrung der internationalen Bedeutung der SPD von langjähriger Vorbildlichkeit als Arbeiterpartei in Europa schlechthin zum Verlust jeglicher Ausstrahlungskraft auf das europäische Proletariat. Als "weitaus größte, mächtigste, reichste, straffst organisierte Partei des internationalen Proletariats"¹⁹ ist sie politisch nicht weniger machtlos als irgendeine ihrer geringeren Schwesterparteien. Diese Umkehrung der SPD von der Vorhut zur Nachhut der internationalen Arbeiterbewegung zeigt Michels an ihrem Verhalten zu den beiden neuen, verjüngenden

14) Er zitiert Hans Müllers "Klassenkampf in der Sozialdemokratie" (1892); ibidem, p. 550.

15) Robert Michels, Die deutsche Sozialdemokratie, loc. cit., p. 353.

16) Ibidem, p. 541.

17) Ibidem, p. 541.

18) Robert Michels, Die deutsche Sozialdemokratie im internationalen Verbands. Eine kritische Untersuchung, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. XXV (1907), p. 148 ff.

19) Robert Michels, ibidem, p. 171.

Ideen im internationalen Sozialismus bald nach der Jahrhundertwende: der Generalstreikidee und dem proletarischen Antimilitarismus. Die deutsche Sozialdemokratie war die Arbeiterpartei in Europa, die sich beiden Ideen am härtesten verschloß. Die sozialrevolutionäre Stagnation der deutschen Arbeiterbewegung ist bedingt durch äußere Faktoren wie die Existenz einer "ungemein selbstbewußten und politisch fähigen feudalen Klasse", das Vorhandensein eines dieser Klasse "treu ergebenden Beamtenstandes" und das Fehlen eines "wirklichen bürgerlichen Liberalismus" als Schrittmacher des Proletariats usw.²⁰. Der tiefste Grund für die Schwäche der SPD liegt aber "in der parteipolitischen Quintessenz der Sozialdemokratie selber als einer ausschließlichen Zeitungsleser- und Wählerpartei mit großem bürokratischen Apparat"²¹, der für die Aufnahme neuer - und etwa gar wie im Falle des Generalstreiks spontaneistischer, also die Bewegung der Massenbasis intendierender - Ideen unfähig ist.

Diese in der praktischen Erfahrung mit der SPD der Jahre 1902 bis 1907 gefundene Einsicht in den - von ihm negativ bewerteten - oligarchischen Charakter einer modernen Massenpartei hypostasierte Michels dann in dem im Jahre 1911 erscheinenden Werk zur "Soziologie des Parteiwesens" zum "ehernen Gesetz der Oligarchie"²². Obwohl die verbandssoziologischen Kategorien dieses vorwiegend beschreibenden Werkes²³ noch einigermaßen grob sind, wird es doch heute allgemein als unbestrittene Pionierleistung anerkannt²⁴. - Im Zusammenhang dieser Darstellung ist der Symptomcharakter des Werkes wichtig; es indiziert den abgeschlossenen Prozeß der Bürokratisierung der SPD und es stellt mit Nachdruck die Frage nach der innerparteilichen Demokratie, die dann während des ersten Weltkrieges die psychologische Disposition für die Entstehung der linkskommunistischen und syndikalistischen Organisationen schuf. Michels hat von seinen syndikalistischen Voraussetzungen her in seiner kritischen Parteisoziologie in anderer und präziserer Form das geleistet, was Gustav Landauer in seinem "Aufruf zum Sozialismus" von seinen anarchistischen Grundlagen her begonnen hatte; beide Werke sind die Hauptstücke der nicht-marxistischen linken Kritik an der SPD vor dem ersten Weltkrieg. - Die Kenntnis der Michelsschen Analysen kann bei den intel-

20) Ibidem, p. 229 f.

21) Ibidem, p. 229.

22) Robert Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, Stuttgart 1925.

23) In seinem in die Monographie eingearbeiteten Aufsatz über die SPD aus dem Jahre 1906 bemüht sich Michels immerhin um verbandsstatistische empirische Beweisführung.

24) S. dazu Werner Conze, in: Robert Michels, Soziologie des Parteiwesens, p. 379-406. Michels' Untersuchung ist die erste verbandssoziologische Studie nach: Ostrogorski, La Démocratie et l'Organisation des Partis Politiques, Paris 1903.

lektuellen Führern des Syndikalismus und des Linkskommunismus nach 1918 mit Sicherheit angenommen werden²⁵. Erstaunlicher ist es, daß aus den breiteren Mitgliederschichten der Sozialdemokratie schon vor dem Weltkriege Stimmen laut wurden, die das Bürokratisierungsphänomen in einer Weise kritisierten, die zwar weniger brillant war als Michels' Darstellungen, aber im Ansatz völlig damit übereinstimmte. So berichtete ein Sprecher in der Diskussion des Jenaer Parteitages (September 1913) von der in den Werkstätten und Fabriken weit verbreiteten Meinung: "Unsere Führer haben sich den bürgerlichen Idealen schon zu sehr genähert, sie versuchen zu bremsen"²⁶. Ein anderer Redner des gleichen Parteitages versuchte zu erklären, warum "das innere Leben der Partei unbefriedigend geworden"²⁷ sei:

"Durch das Zusammenfassen der Organisation, durch die Zentralisierung, die wir den Gewerkschaften abgesehen haben, geht naturgemäß für den einzelnen Genossen die Übersicht verloren und mehr und mehr wird der angestellte Beamte und Sekretär derjenige sein, der allein den ganzen Mechanismus beherrscht; dadurch wird er eine autoritäre Person ... Dazu kommt noch, daß die einzelnen Genossen sich darauf verlassen, daß ihr Beamter schon alles zum Besten leiten wird und daß sie sich nicht so sehr um die Dinge zu kümmern brauchen. Man wartet die Ordre des Bezirkskommandos ab, und wenn sie erfolgt ist, wird mobil gemacht, vorher nicht. Durch das Verlassen auf die Initiative der Verwaltungsbeamten und des Parteivorstandes wird die Initiative der einzelnen Organisationen und der einzelnen Mitglieder beschränkt"²⁸.

Das latente Unbehagen in der sozialdemokratischen Mitgliedschaft an den eigenen Führern, das sich in diesen Stimmen im September 1913 zum Ausdruck brachte, ergriff bald nach dem "Verrat der Arbeiterführer" im August des folgenden Jahres größere Arbeiterkreise und wurde schließlich innerhalb der Arbeiterbewegung zur bewegenden politischen Kraft.

25) Vgl. z. B. die "Arbeiterpolitik", 1. Jg. (1916), Nr. 5, das Organ der Bremer Linksradiكالen; "Das Schicksal jedes Führertums in der Geschichte hat sich auch an der Bürokratie der Arbeiterbewegung bewährt. Zuerst Vertrauensmänner und gelegentliche Führer in Wort und Tat, dann mit ständiger Führerschaft, dem Beamtentum, bekleidet, wurden sie von Dienern zu Meistern der Organisation. Schon vor mehreren Jahren wurde auf diese Entwicklung hingewiesen. Der frühere Genosse, nachher syndikalistischer Schriftsteller, Robert Michels (jetzt Professor der Soziologie in Italien) hat in einer scharfen Analyse die Psychologie des Arbeiterführertums untersucht, allerdings ohne irgendwelche positiven Ergebnisse für die Arbeiterbewegung".

26) Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Jena vom 14. - 20. September 1913, Berlin 1913, p. 287.

27) Ibidem, p. 246.

28) Ibidem, p. 247.

4. Die spontaneistische Tendenz in der Arbeiterbewegung

a) Rosa Luxemburgs Spontaneitätsprämissen

Die marxistische Kritik im Sinne der von Robert Michels genannten beiden Erneuerungsbewegungen in der internationalen Arbeiterbewegung im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts - der politischen Massenstreikidee und dem proletarischen Antimilitarismus - wurde innerhalb der SPD vor allem durch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht repräsentiert¹. In der Diskussion über den politischen Massenstreik, die von 1904 bis 1906 in der SPD mit Vehemenz geführt wurde, tauchen zuerst die politischen Prinzipien auf, deren Weiterentwicklung - besonders während des ersten Weltkrieges - zu den taktischen Postulaten der Linkskommunisten nach 1918 hinführte. Obwohl ihre vorbehaltlose Befürwortung des politischen Massenstreiks und ihre radikale Oppositionshaltung Rosa Luxemburg und ihren Mitstreitern sehr bald den Vorwurf des "Anarchosozialismus", später des "Syndikalismus", einbrachte, hat die durch sie mitbegründete Tradition des Linkskommunismus vor dem Weltkrieg keine direkten Berührungspunkte mit der Tradition des älteren Radikalismus, der anarchistischen und der syndikalistischen Tendenz, in der deutschen Arbeiterbewegung. - Rosa Luxemburg², die während ihrer Studienzeit in der Schweizer Emigration eine führende Rolle in der polnischen Arbeiterbewegung errang und zu den Mitbegründern der polnischen Sozialdemokratie gehörte, war 1897 nach Deutschland übersiedelt und zählte dort in sehr kurzer Zeit zu den wortführenden Intellektuellen im Kampfe gegen die aufkommende revisionistische Tendenz in der Sozialdemokratie. In diesem Kampf mit dem Bernsteinschen Revisionismus, den sie im Namen des orthodoxen Marxismus führte, arbeitete sie ihre eigene politische Vorstellungswelt heraus. Sie kritisierte die übertriebenen Hoffnungen Bernsteins auf die Wirksamkeit der rapide wachsenden Gewerkschaftsbewegung. Hatte Bernstein behauptet, daß es den Gewerkschaften schließlich gelingen werde, den Kampf um die Lohnrate so zu steigern, daß diese die kapitalistische Profitrate aufhebe und die Ausbeutung damit abgeschafft sei, so bewies sie, daß ein solches Ergebnis nur mög-

1) Folgende Darstellung erhebt nicht den Anspruch einer systematischen Gesamtdarstellung des politischen Denkens Rosa Luxemburgs vor 1914, sondern stellt bewußt nur die Prinzipien ihrer politischen Theorie heraus, die für die Entstehung und Entwicklung des späteren Linkskommunismus relevant sind. Vgl. ergänzend die Arbeiten von Paul Frölich und neuerdings von Peter Nettl. Zum proletarischen Antimilitarismus, der in dieser Arbeit nicht berücksichtigt werden kann, s. Walter Bartel, Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg, Berlin 1958.

2) Zur politischen Vorgeschichte Rosa Luxemburgs s. Paul Frölich, Rosa Luxemburg, Gedanke und Tat, Hamburg 1956, p. 25-56.

lich sei bei einer ökonomischen Rückentwicklung auf eine Vorstufe des organisierten Kapitalismus³. Die Gewerkschaften verrichteten eine "Sisyphosarbeit", die allerdings nötig sei, um dem Arbeiter "die ihm nach der jeweiligen Marktlage zufallende Lohnrate"⁴ zu sichern. - Als die Gewerkschaften diese legitime Funktion im Rahmen der "Burgfriedens"-Politik im ersten Weltkrieg aufgaben, blieb für die in der von Rosa Luxemburgs Denken geprägten radikalen Tradition verwurzelten Arbeiter lediglich der negative Aspekt dieser Kritik übrig: der Eindruck der sinnlosen "Sisyphosarbeit", also der Überlebtheit der Gewerkschaften. - Rosa Luxemburg wies auf die Grenzen des Parlamentarismus hin. Während der Revisionismus in ihm das erfolgversprechende Arbeitsfeld sah (und während die Praxis der SPD in der Tat auf ihn fixiert war), erinnerte sie daran, daß er "vielmehr die bestimmte historische Form der Klassenherrschaft der Bourgeoisie und ihres Kampfes mit dem Feudalismus"⁵ sei; als Plattform für die Entfaltung sozialistischer Propaganda sei jedoch das Parlament interessant auch für die Vertreter des Proletariats. - Als es in der Novemberrevolution 1918 den Anschein hatte, als sei die bürgerliche Gesellschaft vor ihrem Zusammenbruch angelangt, da schien diese Plattform den mit linksradikalem Denken vertrauten Arbeitern überflüssig. - Die Vermittlungswege von Rosa Luxemburgs Kritik an den Gewerkschaften und am Parlamentarismus zum Postulat des Antiparlamentarismus und zur antigewerkschaftlichen Haltung des Linkskommunismus nach der Novemberrevolution sind vielfältig und kompliziert und werden im Folgenden nachgezeichnet. Daß eine theoretische Kontinuität herleitbar ist, wird durch diese schematische Gegenüberstellung bereits augenscheinlich.

Den folgenreichsten Ansatz ihrer politischen Theorie formulierte Rosa Luxemburg in der Auseinandersetzung mit Lenin, als sie 1904 auf dessen Schrift über die Organisationsprinzipien der russischen Sozialdemokratie antwortete⁶. Lenin hatte angesichts der wilden Richtungskämpfe in der unter den schwierigen Bedingungen des zaristischen Regimes sich entwickelnden russischen Arbeiterbewegung die strenge Zentralisierung der sozialdemokratischen Organisation gefordert. Die politische Initiative der Partei sollte bei einer kleinen, gut geschulten und verantwortlichen Führungsgruppe liegen, deren Wille für die Mitgliederbasis verbindlich zu sein hatte. Rosa Luxemburg, unter dem unmittelbaren Eindruck des Bürokratisierungsprozesses in der Führung

3) Vgl. dazu Paul Frölich, *ibidem*, p. 77 ff.

4) *Ibidem*, p. 79, Zitat.

5) Zitiert bei Paul Frölich, *op. cit.*, p. 83.

6) S. Rosa Luxemburg, Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie, in: "Die Neue Zeit", 22. Jg. (1904), Bd. II, p. 484-492 und p. 529-535.

der bereits traditions- und mitgliederreichen deutschen Sozialdemokratie, wandte sich entschieden gegen Lenins "Ultrazentralismus". Am Beispiel spontaner Massenstreiks in der jüngsten Vergangenheit in Rußland zeigte sie, daß die schöpferische Initiative der proletarischen Massen für den Vollzug des Klassenkampfes einzig richtunggebend sein könne und in der Regel die vorgefaßten taktischen Grundsätze der Führung über den Haufen werfe. Die Kampfaktik der Sozialdemokratie werde überhaupt nicht "erfunden", sondern sei das Ergebnis einer fortlaufenden Reihe schöpferischer Akte des experimentierenden, oft elementaren Klassenkampfes. Die dabei naturgemäß konservative Eigenschaft der Parteileitung, die das jeweils neu gewonnene Kampfmittel bis in die äußerste Konsequenz auszubauen und dann dasselbe als Bollwerk gegen weitere Neuerungen umzukehren neige (wie dies mit der parlamentarischen Taktik durch die SPD-Führung geschehen war), dürfe nicht bestärkt werden durch das Einsetzen einer allgewaltigen Parteiführung. Während Lenin meinte, nur im zerfahrenen Individualismus befangene und zum Opportunismus drängende "sozialistische Literaten" könnten eine straffe Zentralisierung der Partei ablehnen, behauptete Rosa Luxemburg, daß man diesem Typus gerade leichtes Spiel mache, wenn man die Bewegung "in den Panzer eines bürokratischen Zentralismus" zwänge und "die kämpfende Arbeiterschaft zum gefügigen Werkzeug eines "Komitees" herabwürdigt"⁷. Der objektive Gang der Geschichte, als Geschichte miteinander kämpfender Klassen, vollziehe sich in der Bewegung der Massen und nicht durch Dekrete einer Parteibürokratie; folglich pointiert Rosa Luxemburg ihren Gedanken von der schöpferischen Qualität der spontanen Massenbewegung: "Fehlritte, die eine wirkliche revolutionäre Arbeiterbewegung begeht, sind geschichtlich unermesslich fruchtbarer als die Unfehlbarkeit des allerbesten "Zentralkomitees"."⁸

Sie gewann ihre Spontaneitäts-Prämissen, also ihre Überzeugung von der Notwendigkeit spontaner und allgemeiner Massenbewegungen für das Gelingen des proletarischen Emanzipationskampfes, durch die aufmerksame Beobachtung und Analyse der aktuellen Klassenbewegungen. Sie hatte mit lebhaftem Interesse die europäische politische Streikbewegung verfolgt, die 1902 in Belgien gegen das bestehende Pluralwahlssystem eingeleitet worden war und die sich in der Gestalt von Sympathie- und Parallelstreiks in Schweden (1902), Holland (1903), Italien (1904) und anderen Ländern fortsetzte. Wie Michels feststellte, stieß diese Bewegung in der deutschen Sozialdemokratie auf den stärksten Widerstand. Karl Liebknecht hatte bereits auf dem Bremer Parteitag im September 1904 im Auftrage seines Wahlkreises die Diskus-

7) Rosa Luxemburg, Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie, loc. cit., p. 532.

8) Rosa Luxemburg, Organisationsfragen ... loc. cit., p. 535.

sion dieses neuen taktischen Phänomens beantragt⁹, sein Antrag wurde aber abgelehnt. Die Erörterung des politischen Massenstreiks war in den Mitgliederschichten schon seit gut einem Jahr im Gange, bevor die Parteileitung sich auf dem Jenaer Parteitag (September 1905) unter dem unmittelbaren Eindruck der revolutionären Ereignisse in Rußland und dem einer mächtigen Streikbewegung der Bergarbeiterschaft im Ruhrgebiet gezwungen sah, dazu Stellung zu nehmen. Die Resolution des Parteitages zu diesem Punkt war zwar positiv - im Gegensatz zu der des vorausgegangenen Kongresses der "Freien Gewerkschaften" -, aber Bebels Begründungsrede ließ erkennen, daß man sich des neuen Kampfmittels nur in der Defensivstellung und als gelegentliche Ergänzung zur parlamentarischen Arbeit zu bedienen gedachte¹⁰. Obwohl Rosa Luxemburg und ihre Anhänger für die Resolution stimmten, entsprach das von Bebel umrissene Verständnis des Massenstreiks natürlich nicht ihren Vorstellungen. Nachdem die von der "Freien Vereinigung" denunzierte Geheimabsprache zwischen Partei- und Gewerkschaftsführung bekannt geworden war, konnte es nicht mehr erstaunen, daß der Mannheimer Kongreß der SPD im September 1906 die von Karl Kautsky - zu dieser Zeit noch Anhänger Rosa Luxemburgs - formulierte Resolution für den Massenstreik nicht sanktionierte¹¹. Rosa Luxemburg hatte, um die Erfahrung der polnischen Revolutionsbewegung des Jahres 1906 reicher, gerade noch rechtzeitig zum Kongreß eine Schrift über ihr Verständnis des Massenstreiks veröffentlicht¹², die die Basis für alle weitere Diskussion und für die Entwicklung der Tradition des jüngeren Linksradikalismus bildete.

Rosa Luxemburg wandte sich in dieser Schrift zuerst gegen das Odium des Anarchistischen, das dem Begriff des Massenstreiks anhaftete. Sie stellte den ahistorischen und voluntaristischen Charakter des Anarchismus bloß, für den zwei Bedingungen zum siegreichen revolutionären Kampf genügten: "Zunächst die blaue Luft und dann der gute Wille und der Mut, die Menschheit aus dem heutigen kapitalistischen Jammertal zu erretten"¹³. In der detaillierten Analyse der Geschichte und Vorgeschichte der russischen revolutionären Massenstreikbewegungen des Jahres 1905 zeigte sie die konkret aufweisbaren Bedingungen dieser modernen Form des Klassenkampfes; die objektiven historischen Ursachen für die zeitgemäße Praxis des Massenstreiks sollte

9) S. dazu: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Bremen vom 18.-24. Sept. 1904, Berlin 1904, p. 178 f., 189 f., 192 ff.

10) Vgl. dazu die Analyse der Ausführungen Bebels in: Carl E. Schorkse, op. cit., p. 42 ff.

11) Zum genauen Ablauf der Diskussion s. ibidem, p. 49 ff.

12) Im folgenden zitiert nach: Rosa Luxemburg, Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, Leipzig 1919.

13) Rosa Luxemburg, Massenstreik ... p. 6.

sie dann später noch wiederholt im Zusammenhang mit ihren Imperialismus-Studien untersuchen¹⁴. - Neben dem anarchistischen Mißverständnis des Massenstreiks wandte sich Rosa Luxemburg gegen dessen Verharmlosung zur bloßen politischen Demonstration, wie sie in Bebel's Rede zur Massenstreik-Resolution des Jenaer Parteitages zum Ausdruck gekommen war¹⁵. Der Massenstreik war für sie kein beliebig inszenierbares Kampfmittel, sondern "die Bewegungsweise der proletarischen Masse, die Erscheinungsform des proletarischen Kampfes in der Revolution"¹⁶. Er war - wie das russische Beispiel zeigte - als eine möglicherweise lange Abfolge von spontan losbrechenden Kämpfen mit dem Kapital vorzustellen; er war weder vor auszuplanen noch von vornherein einzugrenzen. - Im Massenstreik waren die Kategorien des Wirtschaftlichen und des Politischen nicht mehr zu unterscheiden; "in einer revolutionären Massenaktion sind politischer und ökonomischer Kampf eins"¹⁷. Die organisatorische Schlußfolgerung, daß in einem solchen Kampfe "die künstliche Schranke zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie als zwei getrennten, ganz selbständigen Formen der Arbeiterbewegung"¹⁸ hinweggeschwemmt werde, war seit Ende des Weltkrieges unter dem Stichwort "Einheitsorganisation" eines der wichtigsten Postulate der linksradikalen Bewegung. Rosa Luxemburg dachte allerdings an ein Aufgehen der Gewerkschaften, die sie als bloßes Epiphänomen der Sozialdemokratie darstellte, in der Partei, und nicht an die Auflösung der Partei zugunsten politisch-wirtschaftlicher Kampforganisationen, wie sie nach 1918 im syndikalistischen und linkskommunistischen Bereich entstanden. - Die Vorstellung, daß man politische Massenstreiks nur mit organisierten Arbeitern durchführen könne, hielt Rosa Luxemburg für völlig verkehrt. "Soll der Massenkampf einen Erfolg haben, so muß er zu einer wirklichen Volksbewegung werden, d. h. die breitesten Schichten des Proletariats in den Kampf ziehen"¹⁹. Sie wandte sich gegen die in den deutschen Arbeiterorganisationen vorherrschende Meinung, man müsse so lange organisieren, bis man stark genug sei, um unter der Leitung einer Parteizentrale losschlagen zu können. Auch diese maßlose Überschätzung der Organisationsarbeit war nach ihrer Meinung durch den Entwicklungsgang der russischen Revolution bloßgestellt worden. Das latente proletarische Klassenbewußtsein werde im Falle von Massenstreiks "ein praktisches, aktives" auch ohne die

14) Vgl. dazu ihr ökonomisches Hauptwerk: Rosa Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, Berlin 1913.

15) S. Rosa Luxemburg, Massenstreik ..., p. 30 ff.

16) Ibidem, p. 31.

17) Ibidem, p. 57.

18) Ibidem, p. 57.

19) Rosa Luxemburg, Massenstreik ..., p. 46 f. Hervorhebung im Original.

organisatorische "Schulung", auf die die deutsche Sozialdemokratie so einseitig ihre Bemühungen konzentrierte²⁰. Es sei abzusehen, daß in einer revolutionären Situation in Deutschland gerade die nichtorganisierten und zurückgebliebensten Schichten sich als die ungestümsten und radikalsten Kräfte erweisen würden. Die hier gestellte Frage nach der Rolle der Organisation in der Revolution wurde 1912 in der Kontroverse zwischen Pannekoek und Kautsky wieder aufgegriffen und nach 1918 zwischen der KPD (S) - Zentrale und der linken Opposition der KPD der neuen politischen Situation entsprechend als Frage, ob die Diktatur des Proletariats als "Parteidiktatur" oder als "Klassendiktatur" zu verstehen sei, weiter diskutiert. - Rosa Luxemburg stellte bei ihrer Berücksichtigung der unorganisierten Massen keineswegs die Existenzberechtigung der Partei in Frage; sie forderte allerdings von der sozialdemokratischen Partei, der "aufgeklärtesten, klassenbewußtesten Vorhut des Proletariats"²¹, eine aktiv-revolutionäre Funktion; die Partei habe nicht darauf zu warten, daß "jene spontane Volksbewegung vom Himmel fällt", sie müsse im Gegenteil "der Entwicklung der Dinge vorauslaufen, sie zu beschleunigen suchen"²². - Gerade dieser Forderung wurde die SPD am wenigsten gerecht. Als Ursache ihrer revolutionären Unzulänglichkeit führte Rosa Luxemburg - etwa gleichzeitig mit Robert Michels - das Bürokratisierungsphänomen in den Arbeiterorganisationen an; in der Analyse der "Freien Gewerkschaften", deren mäßigendem Einfluß die SPD auf dem Mannheimer Parteitag (1906) endgültig erlag, stellte sie fest:

"Die Spezialisierung ihrer Berufstätigkeit als gewerkschaftlicher Leiter, sowie der naturgemäß enge Gesichtskreis, der mit den zersplitterten ökonomischen Kräften in einer ruhigen Periode verbunden ist, führen bei den Gewerkschaftsbeamten nur zu leicht zum Bureaukratismus und zu einer gewissen Enge der Auffassung. Beides äußert sich aber in einer ganzen Reihe von Tendenzen, die für die Zukunft der gewerkschaftlichen Bewegung selbst höchst verhängnisvoll werden könnten. Dahin gehört vor allem die Überschätzung der Organisation, die aus einem Mittel zum Zweck allmählich in einen Selbstzweck, in ein höchstes Gut verwandelt wird, dem die Interessen des Kampfes untergeordnet werden sollen. Daraus erklärt sich auch jenes offen zugestandene Ruhebedürfnis, das vor einem größeren Risiko und vor vermeintlichen

20) Ibidem, p. 48.

21) Rosa Luxemburg, Massenstreik ..., p. 49.

22) Ibidem. Diesen Aspekt der Luxemburgschen Spontaneitätstheorie hebt besonders Paul Frölich in polemischer Wendung gegen den Vorwurf des "Spontaneitätsfatalismus" hervor, der gegen sie erhoben wurde; s. Paul Frölich, Zum Streit über die Spontaneität, in: "Aufklärung" 2. Jg. (1952), 2. Heft, p. 105 ff.

Gefahren für den Bestand der Gewerkschaften, vor der Ungewißheit größerer Massenaktionen zurückschreckt"²³.

Trotz dieser klaren Einsicht und trotz der negativen Beurteilung des bürokratischen Charakters der deutschen Arbeiterorganisationen, in dem sie das Haupthindernis für die aktiv-revolutionäre Funktion der SPD sah, machte Rosa Luxemburg weder jetzt (1906) noch später konkrete organisatorische Reformvorschläge etwa antiautoritärer oder föderalistischer Art. Schon Pannekoek ging vor 1914 von ihren Voraussetzungen her einen Schritt über Rosa Luxemburg hinaus mit seinem Organisationsbegriff²⁴. Nach dem "Verrat der Arbeiterführer" im August 1914 beteiligten sich weite Kreise der Linksradi-kalen an der Diskussion der Organisationsfrage; die Ergebnisse dieser Diskussion sollten sich dann unmittelbar prägend in den Satzungen der linkskommunistischen und syndikalistischen Organisationen niederschlagen.

Mit der Massenstreik-Schrift von 1906 waren Rosa Luxemburgs taktische Prinzipien im wesentlichen ausformuliert, auf die sich die deutschen Linkskommunisten während und nach dem Kriege beriefen. Es folgte, äußerlich durch Rosa Luxemburgs Lehrtätigkeit in der Parteihochschule der SPD seit 1907 bedingt, eine Reihe ökonomischer Studien, die mit Karl Marx' Kategorien die jüngste imperialistische Entwicklungsphase des Kapitalismus zu analysieren versuchten²⁵. - In der parteipolitischen Tagespraxis bildeten sich in den Jahren bis zum Ausbruch des Weltkrieges drei Strömungen heraus: Die Parteilmehrheit um das sogenannte marxistische Zentrum, dessen Exponent Karl Kautsky wurde; der rechte Flügel der Revisionisten, deren Exponent Eduard Bernstein war, zeigte kaum verhüllte Anpassungstendenzen; der linke Flügel, zu dem Franz Mehring, Klara Zetkin, Karl Liebknecht, Karl Radek und Anton Pannekoek gehörten, scharte sich um Rosa Luxemburg. 1910 war die Kluft zwischen dem Parteizentrum und dem linksradi-kalen Flügel so groß, daß es zur offenen Brückierung Rosa Luxemburgs kam, als man es ablehnte, einen Aufsatz zur preußischen Wahlrechtsbewegung in der Parteipresse zu veröffentlichen²⁶. Obwohl Karl Kautsky in der Folgezeit die Linksradi-kalen in der SPD als "Massenaktionäre", "Anarchosyndikalisten" und "Russen" diskriminierte,

23) Rosa Luxemburg, Massenstreik . . . p. 64. Vgl. auch im gleichen Sinne den Brief Rosa Luxemburgs an Klara Zetkin von Anfang 1907, zitiert in: Paul Frölich, Rosa Luxemburg, p. 156.

24) S. u. den Abschnitt über Anton Pannekoeks Theorie der revolutionären Massen und seinen Organisationsbegriff.

25) S. dazu die kompetente Zusammenfassung in: Paul Frölich, Rosa Luxemburg, p. 181 ff.

26) S. dazu Paul Frölich, Rosa Luxemburg, p. 207 ff., und: Carl E. Schorske, op. cit., p. 180 ff.

kam es dennoch bis zum Weltkrieg nicht zur Spaltung in der SPD, während sich die Linksradi-kalen in der niederländischen Sozialdemokratie um Anton Pannekoek bereits 1909 vom Zentrum abspalteten und eine eigene Organisation gründeten. In dieser unterschiedlichen organisatorischen Konsequenz aus den Differenzen der Linksradi-kalen mit der Mehrheit der Partei zeichnet sich bereits die Stellungnahme zur USPD ab, die während des Krieges die Linksradi-kalen selbst in zwei Lager spaltete: Der "Spartakus"-Bund mit Rosa Luxemburg als Repräsentantin schloß sich trotz vieler Vorbehalte der USPD an, die "Internationalen Sozialisten Deutschlands" (ISD) mit Anton Pannekoek als intellektuellem Mentor lehnten diesen Anschluß entschieden ab.

Rosa Luxemburgs Spontaneitätsprämissen wurden nicht erst während und nach dem ersten Weltkrieg in linkskommunistischem Sinne weitergeführt; schon vor 1914 bekannte sich zu ihr eine Reihe der späteren linkskommunistischen Führer und vertrat politische Postulate, die durchaus nicht mehr mit ihren Ideen identisch waren. - In Berlin gab seit Februar 1911 Franz Pfemfert²⁷ die politisch-kulturelle Zeitschrift "Die Aktion"²⁸ heraus, in der alles, was links vom Zentrum der SPD stand, zu Worte kam: "Die Aktion tritt, ohne sich auf den Boden einer bestimmten politischen Partei zu stellen, für die Idee der Großen Deutschen Linken ein"²⁹. Pfemfert versuchte insbesondere, die "Intelligenz zu organisieren", die Intellektuellen auf dem Wege eines militanten Kulturradikalismus der Arbeiterbewegung zu verbünden. "Die Aktion", erklärte er, "hat den Ehrgeiz, ein Organ des ehrlichen Radikalismus zu sein"³⁰. In seinen politischen Glossen solidarisierte sich Pfemfert offen mit den Bestrebungen der Linksradi-kalen um Rosa Luxemburg³¹, drängte aber anders als diese auf eine organisatorische Verselbständigung der linken Radikalen: "Was wir jetzt innerhalb der Arbeiterpartei beobachten, diese Gärung, es wäre albern, wärs ein Kampf gegen Richtungen. Eine neue (syndikalistische) Arbeiterpartei ist im Werden . . ." ³² - Pfemferts späterer linkskommunistischer Kampfgefährte, der Lehrer Otto Rühle³³, zählte zu den mit den Linksradi-kalen der SPD sympathisierenden Intellektuellen und vertrat vor

27) S. den biographischen Anhang.

28) "Die Aktion, Zeitschrift für freiheitliche Politik und Literatur", hrgg. von Franz Pfemfert, 1. Jg. (1911) ff.

29) "Die Aktion", 1. Jg. (1911), Nr. 2.

30) Ibidem. Vgl. auch dazu: Harry Pross, Literatur und Politik, Geschichte und Programme der politisch-literarischen Zeitschriften im deutschen Sprachgebiet seit 1870, Freiburg i. B. 1963, p. 80 ff.

31) Vgl. dazu besonders die spätere Zusammenstellung seiner Vorkriegsglossen: Franz Pfemfert, Die deutsche Sozialdemokratie vor 1914, Berlin 1918.

32) "Die Aktion", 2. Jg. (1912), Nr. 11.

33) S. den biographischen Anhang.

1914 in zahlreichen Schriften³⁴ und Monographien³⁵ ein radikales sozialdemokratisches Schulprogramm. Er war seit 1911 sächsischer Landtagsabgeordneter der SPD, seit 1912 sozialdemokratisches Mitglied des Reichstages und sprach sich nach dem August 1914 nach Karl Liebknecht als erster Reichstagsabgeordneter offen gegen die Kriegskredit-Bewilligung durch die SPD aus. - Ab September 1913 gab Julian Borchardt³⁶, ebenfalls mit der linksradikalen Rosa Luxemburg sympathisierend, in Berlin seine Zeitschrift "Lichtstrahlen"³⁷ heraus, die wie die "Aktion" allen politischen Kräften als Plattform diente, die links vom sozialdemokratischen Zentrum standen. Borchardt war nach dem August 1914 der erste, der eine selbständige oppositionelle Arbeiterpartei forderte und die linksradikale Gruppierung der "Internationalen Sozialisten Deutschlands" (ISD) lancierte, die während der Kriegsjahre vor allem wegen der Anlehnung der "Spartakus"-Gruppe an die USPD mit dieser in heftigem Streit lag. - In den Kreisen der Linksradikalen in der SPD debütierte auch Dr. Heinrich Laufenberg³⁸ in der Arbeiterbewegung, der zuerst der katholischen Zentrumspartei angehört hatte, dann zur SPD übergewechselt war³⁹ und 1907 durch Franz Mehrings Vermittlung nach Hamburg gerufen wurde, um die Geschichte der dortigen Arbeiterbewegung zu schreiben^{39a}. Er wurde 1912 wegen seiner linksradikalen Forderungen durch ein Parteiverfahren aller Parteiämter enthoben. In seiner im Februar 1914 erschienenen Monographie über den politischen Streik⁴⁰ zog er eine erste Summe der linksradikalen Massenstreik-Diskussion. Er untersuchte das Phänomen des Streiks mit politischer Zielsetzung von den englischen Chartisten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zur russischen Revolution von 1905⁴¹. In einem Überblick über den Stand der gegenwärtigen Diskussion des politischen Streiks in Deutschland referierte er kritisch das syndikalistische Programm, das er in Arnold Rollers (ali-

34) S. z. B.: Otto Rühle, Die Volksschule wie sie ist, Berlin 1909, und; Otto Rühle, Die Volksschule wie sie sein sollte, Berlin 1911.

35) Seine bedeutendste pädagogische Monographie: Otto Rühle, Das proletarische Kind. Eine Monographie, München 1911 (2. Auflage München 1922).

36) S. den biographischen Anhang.

37) "Lichtstrahlen, Monatliches Bildungsorgan für denkende Arbeiter". Herausgeber und verantwortlicher Redakteur Julian Borchardt, 1. Jg. (1913) ff.

38) S. den biographischen Anhang.

39) Vgl. dazu seine Renegatenschriften: Heinrich Laufenberg, Kann ein Katholik Sozialdemokrat sein?, Düsseldorf 1905, und; Heinrich Laufenberg, Lug und Trug oder christliche Reaktion und christliches Geschäft. Ein Vademekum für Herrn Kaplan Kaiser zu Viersen, Düsseldorf 1907.

39a) Heinrich Laufenberg, Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgebung, Hamburg 1911 (2 Bde).

40) Heinrich Laufenberg, Der politische Streik, Stuttgart 1914.

41) Ibidem, p. 4-50.

as Siegfried Nachts) Schriften ausgedrückt sah⁴². Die treffendste Analyse und die adäquatesten taktischen Schlußfolgerungen fand er in Rosa Luxemburgs Massenstreik-Schrift. Er war mit ihr einer Meinung, daß der politische Streik "das Kennzeichen einer bestimmten Gesellschafts-epoche, der imperialistischen Periode des Kapitalismus"⁴³ bilde; er vermißte aber bei Rosa Luxemburg eine genauere Bestimmung der westeuropäischen und nationalen Besonderheiten des Klassenkampfes, also der Bedingungen des politischen Streiks außerhalb Rußlands. In der Frage des Verhältnisses Organisation- Masse trat er vor dem "Verrat der Arbeiterführer" im August 1914 noch eher für die Notwendigkeit der höchstmöglichen Ausdehnung und Stabilisierung der Organisation und gegen eine zu hohe Veranschlagung der spontanen revolutionären Fähigkeiten der unorganisierten Masse ein⁴⁴. - Diese partiellen Vorbehalte gegenüber den Spontaneitätspremissen Rosa Luxemburgs unterschieden ihn auch von den Linksradikalen um die "Bremer Bürgerzeitung", die in dieser Hinsicht über Rosa Luxemburg hinausgingen; sie standen unter dem Einfluß des Holländers Dr. Anton Pannekoek, des für die Entstehung und für die Geschichte des deutschen Linkskommunismus bedeutendsten sozialistischen Theoretikers.

b) Anton Pannekoeks Spontaneitätstheorie und sein Organisationsbegriff

Die intellektuellen Wortführer des späteren Linkskommunismus gehörten ausnahmslos vor 1914 dem Kreis um Rosa Luxemburg an oder sympathisierten mit ihm. Der einzige von ihnen, der bereits vor dem ersten Weltkrieg eine selbständige theoretische Rolle spielte, war der Holländer Dr. Anton Pannekoek, der vor seiner Berufung an die Parteihochschule der SPD im Jahre 1905 als Astronom in Holland gearbeitet hatte. Pannekoek bildete mit den Schriftstellern Herman Gorter und Henriette Roland-Holst seit 1902 eine radikale Opposition gegen revisionistische Tendenzen innerhalb der niederländischen Sozialdemokratie. In der Diskussion der Fragen des politischen Massenstreiks (ab 1903) und des Problems der persönlichen Führung in der Partei (ab 1905) festigte sich diese Opposition und gab ab 1907 eine eigene Zeitschrift "De Tribune" heraus. Aus der Abspaltung dieses ra-

42) Er zitiert Passagen aus Rollers Schrift über die direkte Aktion, ohne ihn als Autor zu nennen; s. ibidem, p. 50 f. Zu Roller s. oben den Abschnitt über die "Unabhängigen Sozialisten" und die anarchistischen Gruppierungen.

43) Heinrich Laufenberg, Der politische Streik, p. 61.

44) S. ibidem, p. 229-237. Dort u. a. : "Es wäre eine in der Geschichte unerhörte Erscheinung, wenn ein Proletariat, das Jahrzehnte hindurch alle Kräfte auf den Aufbau starker Organisationen verwandt hat, im Augenblick entscheidender Kämpfe Führung und Initiative den unorganisierten Massen überließe". Ibidem, p. 236.

dikalen Flügels bildete sich 1909 die SDP, zu der einige hundert von den etwa dreißigtausend Mitgliedern der holländischen sozialdemokratischen Partei (SDAP) übergangen¹; die SDP bildete im Dezember 1918 die Grundlage für die Bildung der kommunistischen Partei der Niederlande.

Pannekoeks politische Theorie hatte bestimmenden Einfluß auf die linksradikale, von Johannes Knief² redigierte "Bremer Bürgerzeitung"; deren Fortsetzung während des ersten Weltkrieges, die Bremer "Arbeiterpolitik", bereitete über die Gruppierung der ISD einen wesentlichen Teil der linkskommunistischen Opposition in der KPD (S) unmittelbar vor. Während wichtige Momente aus Rosa Luxemburgs politischem Denken, insbesondere ihre Spontaneitätsprämissen, am Entstehen des Linkskommunismus sicherlich bedeutenden Anteil hatten, sie selbst aber aufgrund ihrer dialektischen Fähigkeiten gegenüber den Vereinseitigungen der linkskommunistischen Taktik kritisch blieb, liegt in der persönlichen politischen Entwicklung Pannekoeks wie in der Entwicklung der von ihm inspirierten "Bremer Linken" eine ungebrochene Kontinuität zwischen dem Linksradikalismus vor 1914 und dem Linkskommunismus nach 1918 vor. - Durch die Beobachtung der europäischen Massenstreikbewegung ab 1902 und besonders unter dem Eindruck der russischen Revolution von 1905³ war Pannekoek im Anschluß an Rosa Luxemburg zu dem Schluß gekommen, eine neue Phase der Arbeiterbewegung habe begonnen; eine Phase, die sich durch riesige revolutionäre Massenaktionen auszeichne. Er hatte sich somit gleichsam der radikalen Pflichtübung zu unterwerfen, d. h. zum Parlamentarismus und zu den Gewerkschaften kritisch Stellung zu nehmen. Er analysierte den Parlamentarismus als "die normale Form der politischen Herrschaft der Bourgeoisie"⁴, räumte jedoch ein, daß das Parlament als Ort, wo allen sichtbar die antagonistischen Klassenenergien des Bürgertums und des Proletariats aufeinanderstoßen, "eines der wirksamsten Aufklärungsmittel für die Arbeiterklasse"⁵ sei. Die Aufklärungsarbeit des Proletariats sei gegenwärtig weitgehend abge-

1) Die Darstellung folgt den mündlichen Auskünften von Herrn Frits Kief (Amsterdam). Vgl. auch seinen Aufsatz; Frits Kief, Gorter als politicus onderschat, in: De Gids, 128. Jg. (1965), Nr. 1/2, p. 77-81. S. außerdem in: "Proletarier, Zeitschrift für Kommunismus", hrsg. vom Organisations-Büro der KAI, 2. Jg. (1922), p. 16 ff.; Die marxistische revolutionäre Arbeiterbewegung in Holland.

2) S. den biographischen Anhang.

3) Pannekoek hatte 1905 sogar an eine unmittelbar bevorstehende westeuropäische Revolution geglaubt; vgl. dazu: Robert Michels, Die deutsche Sozialdemokratie im internationalen Verbände, loc. cit., p. 207.

4) Anton Pannekoek, Die taktischen Differenzen in der Arbeiterbewegung, Hamburg 1909, p. 68 f.

5) Ibidem, p. 76.

schlossen und damit seien die grundlegenden Voraussetzungen für revolutionäre Massenaktionen gegeben. Er prangerte die bürokratischen Erstarrungserscheinungen des "Nurparlamentarismus" und der Gewerkschaften an⁶. Die Aufgaben der Gewerkschaften liegen "innerhalb des Kapitalismus, sie gehen nicht über den Kapitalismus hinaus"⁷. Sie sind jedoch andererseits im permanenten Kampf um die Wahrnehmung proletarischer Interessen gegenüber dem Kapital die "natürlichen Organisationen für die Arbeiterklasse", die den Arbeitern "den praktischen Elementarunterricht im Klassenkampf"⁸ geben und damit zur Ausbildung der proletarischen Disziplin beitragen. In historischer Perspektive war auch diese Erziehung eigentlich nur Vorbereitungsarbeit für die Massenaktionen, die nun an der Tagesordnung waren.

Diese Aktualität der Frage der Massenaktionen ist kein Zufall:

"Einerseits ist sie eine Wirkung der steigenden Macht des Proletariats, andererseits ist sie eine notwendige Wirkung der neuen Erscheinungsform des Kapitalismus, die wir mit dem Namen Imperialismus bezeichnen"⁹.

In diesem imperialistischen Stadium des Kapitalismus, in dessen Analyse Pannekoek völlig abhängig blieb von Rosa Luxemburgs Imperialismus-Studien, sind die objektiven Anstöße zu Massenaktionen durch erhöhte Kriegsgefahr, wachsenden Steuerdruck, den zunehmenden Geist der Gewalttätigkeit in der Bourgeoisie, den Stillstand der Sozialleistungen, durch Teuerungen usw. gegeben. In der Polemik Pannekoeks mit Karl Kautsky in der "Neuen Zeit" (1912) ging es um das Problem, das in der Tat nahe lag: Wer denn für das Zustandekommen von Massenaktionen in Betracht komme. - Kautsky hatte errechnet¹⁰, daß in Deutschland ohne Kinder und ohne die landwirtschaftliche Bevölkerung etwa dreißig Millionen Menschen für revolutionäre Massenaktionen in Frage kämen; davon seien nur 10 % organisierte, der Rest unorganisierte, zum größten Teil noch in Ideengängen der Bauernschaft, des Kleinbürgertums und des Lumpenproletariats befangene Arbeiter. Kautsky vermochte es nicht, "in einer so bunt gemischten Masse einen einheitlichen Klassencharakter"¹¹ zu entdecken, ohne den ein proletarisch-revolutionäres Aktionsziel nicht denkbar sei. Zwischen Kropotkins Ver-

6) Anton Pannekoek, Die taktischen Differenzen, p. 78 ff. und p. 88 ff.

7) Ibidem, p. 90.

8) Ibidem, p. 92 f.

9) Anton Pannekoek, Massenaktion und Revolution, in: "Die Neue Zeit", 30. Jg. (1912), Bd. I, p. 541; die Abhandlung erschien in zwei Fortsetzungen; ibidem, p. 541-550, p. 585-593, p. 609-616.

10) Karl Kautsky, Die Aktion der Masse, in: "Die Neue Zeit", 30. Jg. (1912), Bd. I, p. 43-49, p. 77-84, p. 106-117.

11) Karl Kautsky, Die Neue Taktik, in: "Die Neue Zeit", 30. Jg. (1912), Bd. II, p. 656.

herrlichung der schöpferischen Fähigkeiten der Masse¹² und Le Bons verächtlicher Einschätzung dieses neuen gesellschaftlichen Phänomens¹³ vergleichend kam er zu dem Schluß, daß man zwar weiterhin mit Aktionen der Massen zu rechnen habe, aber "solchen Ereignissen gegenüber kann man nichts tun, als danach trachten, daß sie uns nicht völlig unvorbereitet treffen"¹⁴. Die Interessen der organisierten Masse und die der unorganisierten Masse seien nicht die gleichen. Pannekoek hatte erklärt, ob bei dergleichen Massenaktionen zugleich Männer im Parlament säßen, die als ihre Wortführer aufträten, sei zwar alles andere als wertlos, aber doch nebensächlich; "die bestimmende und entscheidende Macht liegt draußen"¹⁵. Kautsky trat dem entgegen mit der Parole: "Gewinnung aller Machtpositionen, die wir aus eigener Kraft zu erobern und festzuhalten vermögen"¹⁶, und dachte dabei insbesondere an die Institution des Parlaments. Er wandte sich schließlich unmittelbar gegen die Genossen in der SPD von der "Bremer Bürgerzeitung", "die Pannekoek sehr nahestehen" und die "den Instinkt der Massen ohne Unterschied, ob proletarisch oder ob bürgerlich als den richtigen Kompaß jeder revolutionären Bewegung hinstellen"¹⁷. - Pannekoek argumentierte gegen Kautskys Feststellung der "bunt gemischten Masse"; er versuchte nachzuweisen, daß Kautsky in nicht zulässiger Weise erstens die Frauen der organisierten Arbeiter der unorganisierten Masse zuzähle, zweitens den unorganisierten und noch in bürgerlichen Traditionen befangenen Arbeitern den Klassencharakter abspreche. Außerdem werde klar, "in wie hohem Maße schon der Charakter des großindustriellen Lohnarbeiters auf die für die Massenaktionen in Betracht kommenden Massen seinen Stempel"¹⁸ drücke, wenn man sich vor Augen führe, daß z. B. 1907 15 % der deutschen Arbeitnehmer in Kleinbetrieben, 29 % in Mittelbetrieben und 56 % in Groß- und Riesenbetrieben angestellt gewesen seien.

Pannekoek sah letztlich Kautskys Furcht vor proletarischen "Kraftproben" in der Form revolutionärer Massenaktionen darin begründet, daß er eine zu mechanistische Auffassung von der Organisation habe. Für Kautsky bestehe die Organisation nur in dem wirklichen, konkreten Verbände oder Verein und werde nur durch die äußere Bindung ih-

12) Vgl. besonders Peter Kropotkin, Die französische Revolution, Leipzig 1909.

13) Vgl. Gustave Le Bon, Psychologie des Foules, Paris 1895.

14) Karl Kautsky, Die Aktion der Masse, loc. cit., p. 117.

15) Anton Pannekoek, Marxistische Theorie und revolutionäre Taktik, in: "Die Neue Zeit", 31. Jg. (1912), Bd. II, p. 369.

16) Karl Kautsky, Die Aktion der Masse, loc. cit., p. 117.

17) Karl Kautsky, Die neue Taktik, loc. cit., p. 657.

18) Anton Pannekoek, Marxistische Theorie und revolutionäre Taktik, loc. cit., p. 276.

rer Statuten zusammengehalten; diese äußere Form sehe er in der revolutionären Aktion gefährdet und mit ihrem Wegfallen alles verloren¹⁹.

"Die Organisation besteht aber nicht bloß in der Angehörigkeit zum Verband oder zum Verein und in dem Zahlen der Beiträge. Das Wesentliche der Organisation ist nicht diese äußere Form, sondern der Organisationsgeist, der Geist der Zusammengehörigkeit, wodurch die Arbeiter überall zusammen als geeinigte Masse auftreten, wodurch das organisierte Handeln ihnen zur zweiten oder richtiger noch zur ersten Natur geworden ist"²⁰.

Die Basis dieses Organisationsverständnisses ist die freiwillige Disziplin der Massen in der Aktion bei unbegrenzter Freiheit in der Diskussion. Die wirtschaftliche Umwälzung der jüngsten Vergangenheit habe bereits den Geist des Proletariats in diesem Sinne der freiwilligen Disziplinierung umgestaltet; so ist das neue Organisationsverständnis bereits "Ausdruck und Wirkung einer tiefen geistigen Umwälzung des Proletariats"²¹. Kautskys Vorstellungen von Organisation entsprechen einem abgeschlossenen Stadium der Entwicklung der Sozialdemokratie; seine, Pannekoeks, Position entspricht "vor allem der Geistesverfassung der jungen Arbeitnehmergeneration, wie sie sich in dem letzten Jahrzehnt ausgebildet hat"²². - Aufgrund dieser neuen Organisationskonzeption muß auch das Verhältnis der Partei zur Masse definiert werden. Die organisierten Massen haben in ihrer Unterwerfung unter die Parteidisziplin einen Teil ihrer revolutionären Willenskraft der Partei gleichsam übertragen. Was die Massen dabei an Initiative und spontaner Aktionskraft verlieren, sei kein wirklicher Verlust, sondern komme an einer anderen Stelle in anderer Form als Initiative und Aktionskraft der Partei wieder zum Vorschein; es finde gleichsam eine Transformation der Energie statt²³. Wenn die Partei es als ihre Aufgabe ansieht, die Massen so lange als möglich von Aktionen abzuhalten, so kommt das einem wirklichen Verlust an Initiative und spontaner Aktionskraft der Massen gleich. Sie hat vielmehr "in der Tat die Aufgabe, revolutionäre Aktionen zu veranstalten, weil sie Trägerin eines wichtigen Teiles der Aktionskraft der Massen ist"²⁴. Da

19) S. Anton Pannekoek, ibidem, p. 279 ff. Peter von Oertzen (Betriebsräte in der Novemberrevolution... , p. 49, Anm. 3) weist gelegentlich zutreffend darauf hin, daß Pannekoek gerade in diesem Aufsatz die Kritik Karl Korsch's am Marxismus Kautskyscher Prägung in verblüffender Weise vorwegnimmt.

20) Anton Pannekoek, Die Machtmittel des Proletariats, Vortrag gehalten vor Stuttgarter Arbeitern, Stuttgart o. J. (1910), p. 7 f.

21) Anton Pannekoek, Marxistische Theorie und revolutionäre Taktik, loc. cit., p. 371.

22) Ibidem, p. 281.

23) Vgl. ibidem, p. 372.

24) Anton Pannekoek, Marxistische Theorie und revolutionäre Taktik, loc. cit., p. 372; die Hervorhebung ist im Original.

die Partei, die Sachwalterin eines Teils der revolutionären Energien, nicht den ganzen Willen des gesamten Proletariats in sich aufgenommen hat, kann sie allerdings nicht willkürlich und zu beliebiger Zeit los-schlagen. Im geeigneten Moment hat sie die Initiative und die Führung der unorganisierten Massen der Arbeiterklasse zu übernehmen; deren Macht ist zusammengesetzt aus ihrer Zahl und ökonomischen Bedeutung, aus ihrem Klassenbewußtsein und aus Disziplin²⁵. Erst aufgrund der aktuellen vollen Herausbildung dieser Machtmomente der Arbeiterklasse ergibt sich der Massenstreik als einzig angemessene Kampfweise der Gegenwart.

Zweifellos ging Pannekoek mit seiner Theorie der revolutionären Massen und besonders mit seinem Organisationsverständnis weit über das hinaus, was Rosa Luxemburg an Spontaneitätsprämissen vertreten hatte, und zwar nicht ganz ohne diese zu radikalieren und zu vergrößern²⁶. Von Rosa Luxemburgs Mahnung, den äußeren Organisationsapparat nicht zu fetischisieren, schritt er weiter und verflüchtigte den Organisationsbegriff zu einem "Geist der Zusammengehörigkeit", der sich tendenziell im Gesamtproletariat durch den Zwang der jüngsten, imperialistischen Entwicklung des Kapitalismus realisiere und der schließlich in der revolutionären Aktion die geeignetsten Formen des Zusammenschlusses von selbst finden werde. - Pannekoek radikalisierte oder vulgarisierte jedoch nicht nur Rosa Luxemburgs theoretische Ansätze, er ging auch über den orthodoxen Marxismus, den diese vertrat, hinaus. Wenn später in den theoretischen Selbstverständigungsversuchen der KAPD die Theorien Joseph Dietzgens²⁷ eine wichtige Rolle spielten, so hatte Pannekoek auch dafür die Voraussetzungen schon vor dem ersten Weltkrieg geschaffen durch seine Hinweise auf die notwendige Ergänzung der Marx'schen Ökonomik durch Dietzgens erkenntnistheoretische Ergebnisse:

25) Anton Pannekoek, Die taktischen Differenzen, p. 19; Anton Pannekoek, Die Machtmittel des Proletariats, p. 5. ff.

26) Kautsky verglich gelegentlich Pannekoeks "Vulgärmarxismus" mit dem der "Jungen" am Ende der Zeit des Sozialistengesetzes. S. Karl Kautsky, Die neue Taktik, loc. cit., p. 664.

27) Joseph Dietzgen (1828-1888), Sohn eines Gerbers, erarbeitete im Selbststudium und unter dem Einfluß des "Kommunistischen Manifests" von Karl Marx und Friedrich Engels und beeinflusst durch Feuerbach eine eigene Erkenntnistheorie; Hauptwerk: "Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit, eine abermalige Kritik der reinen praktischen Vernunft" (1869); von seinen sozialdemokratischen Parteigenossen wurde er zuletzt kritisiert wegen seines Eintretens für die amerikanischen Anarchisten; Dietzgen lebte von 1884 bis zu seinem Tode (1888) in den USA. Vgl. auch die aus dem Kreise um Pannekoek entstandene Dietzgen-Biographie von Henriette Roland-Holst; Joseph Dietzgens Philosophie gemeinverständlich erläutert in ihrer Bedeutung für das Proletariat, München 1910.

"Marx hatte dargelegt, wie die Welt, die Gesellschaft, die Wirtschaft wirkt, indem sie auf den Menschenkopf einwirkt und ihm einen bestimmten Inhalt bietet. Dietzgen legte dar, wie der Geist selbst wirkt, indem er diesem Inhalt seine besondere geistige Form gibt"²⁸.

Da dem subjektiven Faktor im sozialen Transformationsprozeß eine immer größere Wichtigkeit zukomme, wird - nach Pannekoek - Dietzgens Werk mit wachsender Notwendigkeit das Marx'sche Werk ergänzen müssen²⁹.

Pannekoek war derjenige unter den Radikalen innerhalb der SPD, der sich aus der Massenstreik-Diskussion heraus theoretisch am weitesten nach links entwickelte. Kautsky versäumte dann auch nicht, ihn der "syndikalistischen Verirrung" zu zeihen³⁰. In der Kritik am Parlamentarismus und an den "Freien Gewerkschaften" gingen die Linksradikalen in der SPD streckenweise mit den deutschen Syndikalisten der "Freien Vereinigung" gemeinsam einher. Pannekoek gestand der "Freien Vereinigung" zu:

"Wenn die Syndikalisten die revolutionäre Aktivität predigen, so ist das sicher ein gutes und notwendiges Prinzip; auch ist es richtig, daß die Quelle aller Aktionskraft in den Mitgliedern steckt, die die Ausbeutung direkt erleiden, und daß also der Einfluß der Mitglieder gestärkt werden muß"³¹.

Zu den für den Syndikalismus schlechthin wesentlichen Postulaten des Föderalismus, des nurgewerkschaftlichen Kampfes und der ausschließlichen Methode der direkten Aktion bestand zwar eine nicht zu übersehende Affinität am äußersten Flügel der sozialdemokratischen Linksradikalen; sowohl die traditionale Herkunft des Ideengutes des jüngeren Linksradikalismus als seine politischen Zielvorstellungen waren jedoch klar unterschieden vom Syndikalismus, wie er von der "Freien Vereinigung" propagiert wurde. Eine gewisse Annäherung zwischen sozialdemokratischem Linksradikalismus und dem deutschen Syndikalismus erfolgte während des ersten Weltkrieges. Die Tradi-

28) S. Anton Pannekoek, Dietzgens Werk, in: "Die Neue Zeit", 31. Jg. (1913), Bd. II, p. 37-47.

29) Von ganz anderen Voraussetzungen her leitete Pannekoek in Ansätzen hiermit eine Regenerationsbewegung im Marxismus ein, die nach 1918 im Rekurs auf die Hegelschen Grundlagen in Marx' Denken in den Werken Karl Korsch's und Georg Lukacs' zur Entfaltung kam. Wie bei Pannekoek wird bei Korsch und Lukacs "gegenüber der Vorstellung, daß die soziale Bewegung allein durch die Macht der massiven Produktivkräfte und Institutionen zustande komme ... die Rolle des "subjektiven Faktors" wiederentdeckt." S. Kurt Lenk, Ideologie, Kritik und Wissenssoziologie, Neuwied 1961, p. 37.

30) S. Karl Kautsky, Der jüngste Radikalismus, in: "Die Neue Zeit", 31. Jg. (1913), Bd. I, p. 436 ff.

31) Anton Pannekoek, Der deutsche Syndikalismus; in Auszügen abgedruckter Zeitungsaufsatz im: "Pionier", 3. Jg. (1913), Nr. 52.

tion des sozialdemokratischen Radikalismus entfaltete sich in dieser Periode mächtig in der Oppositionsbewegung gegen die "Burgfriedens"-Politik der SPD und mündete erst jetzt in selbständige Organisationsbildungen. Die ältere radikale Tradition des Syndikalismus und Anarchismus hingegen verschwand nach der organisatorischen Zerschlagung der "Freien Vereinigung" im August 1914 zunächst in der Versenkung. Sowohl für die Rekonstituierung der "Freien Vereinigung" wie für das Entstehen der linkskommunistischen Tendenz nach 1918 bildeten sich die sozialen Grundlagen in der Opposition gegen die Kriegspolitik der deutschen Sozialdemokratie und der "Freien Gewerkschaften".

III. DIE SOZIALEN GRUNDLAGEN: DER KAMPF GEGEN DIE "BURGFRIEDENS"- POLITIK DER "INSTANZEN" VON 1914 BIS 1918

1. Die sozialdemokratische "Opposition innerhalb der Organisation" und die Diskussion der Organisationsfrage auf dem Gründungskongreß der USPD

Beim Ausbruch des ersten Weltkrieges wurde das Ergebnis jenes Entwicklungsprozesses offenbar, den die Linksradikalen unterschiedlicher Observanz von 1890 bis 1914 mit ihrer Kritik bloßzustellen versucht hatten. Die offizielle, nach wie vor revolutionär-marxistische Ideologie der SPD stand in krassem Widerspruch zu deren tatsächlicher Integration in die bestehende kapitalistische Ordnung¹. Der Bürokratisierungsprozeß innerhalb der Arbeiterorganisationen war kontinuierlich fortgeschritten und hatte wesentlich zu diesem Anpassungsvorgang beigetragen. Während um 1890 die Tätigkeit in den proletarischen Organisationen in der Regel ehrenamtlich war, wurde sie 1914 von Funktionsapparaten ausgeführt, die ihren eigenen sozialen Gesetzmäßigkeiten folgten. Die SPD wurde 1914 verwaltet von 267 Redakteuren, 89 Geschäftsführern, 413 Mann kaufmännischen Personals, 2646 Mann technischen Personals². Die Zahl der Angestellten bei den Zentralverbänden der "Freien Gewerkschaften" stieg von 269 im Jahre 1900 auf 2867 bei Kriegsausbruch 1914, d. h. um mehr als das Zehnfache, während sich die Mitgliederzahl lediglich um weniger als das Vierfache vergrößerte³.

Der wahre Charakter der Partei- und Gewerkschaftsorganisation manifestierte sich in der eigenmächtigen Entscheidung ihrer verselbständigten Führungsschichten für die sogenannte "Burgfriedens"-Politik während des ersten Weltkrieges, die in spektakulärer Weise am 4. August 1914 durch die Bewilligung der Kriegskredite im Parlament eingeleitet wurde⁴. Die "Freien Gewerkschaften" hatten bereits in einer Vorstandskonferenz am 2. August 1914 eine ähnlich eigenmächtige, den

1) Vgl. Wolfgang Abendroth, Das Problem der Beziehung zwischen politischer Theorie und politischer Praxis, loc. cit., p. 467 ff.

2) Nach Ossip Karl Flechtheim, Die kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik, Offenbach 1948, p. 5.

3) S. Gerhard A. Ritter, Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich, op. cit., p. 169 f.

4) Zu den geschichtlichen Grundlagen der "Burgfriedens"-Politik vgl. besonders: Arthur Rosenberg, Die Entstehung der Weimarer Republik, p. 67 ff.

Willen der breiten Mitgliederschichten gar nicht erst befragende Entscheidung für den Burgfrieden getroffen. Die Reaktion der Mitgliederschichten in den Arbeiterorganisationen auf die Folgen dieser Entscheidung, die man als "Instanzen-Politik" kennzeichnete, gab die entscheidenden Impulse für die organisatorische Verselbständigung der bisherigen linksradikalen Opposition in der SPD während der folgenden Jahre.

Bereits am 4. August hatte sich eine kleine Minderheit der SPD-Reichstagsabgeordneten in der Fraktionssitzung gegen die Bewilligung der Kriegskredite ausgesprochen; sie hatten dann aber im Parlament aus Fraktionsdisziplin dennoch zugestimmt. Wie zu erwarten, spielten die Linksradikalen in der SPD die führende Rolle in der bald einsetzenden offenen Oppositionsbewegung. Im September 1914 reiste Karl Liebknecht nach Holland und Belgien und bezeugte dort den ausländischen Genossen, daß die Opposition gegen die "Burgfriedens"-Politik der SPD-Reichstagsmehrheit lebendig sei. Im Dezember 1914 verglich der andere langjährige Mitkämpfer Rosa Luxemburgs, Franz Mehring, in einem Brief an englische Genossen die gegenwärtige Situation in der SPD mit der im ersten Jahr nach dem Sozialistengesetz; die Parole heiße jetzt wie damals: "Mit den Führern, wenn diese wollen, ohne die Führer, wenn sie untätig bleiben, trotz den Führern, wenn sie widerstreben!"⁵ - Es zeigten sich jedoch auch bald Ansätze zur Opposition in weiteren Kreisen als denen der Linksradikalen; seit Mitte September 1914 ließ das SPD-Organ "Vorwärts" in Berlin keinen Zweifel an seiner Verurteilung der Kriegspolitik der Mehrheit; ihm folgten bald überall im Reich lokale Publikationsorgane der SPD⁶.

Die Ursachen der Gegnerschaft gegen die "Burgfriedens"-Politik waren bei dieser weiteren Opposition, deren Sprecher sich vor allem aus den Reihen des früheren marxistischen Zentrums um Kautsky rekrutierten, jedoch keineswegs identisch mit denen der Linksradikalen. Karl Liebknecht z. B. war prinzipiell gegen den gegenwärtigen Krieg; der einzig wirksame Kampf für den Frieden sei der Kampf für den Sozialismus innerhalb der kriegführenden imperialistischen Nationen. Die weitere Opposition befürwortete den Krieg als nationalen Verteidigungskrieg, verurteilte jedoch dessen imperialistischen Charakter und war gegen jede Annexionsneigung. - Liebknecht hatte bereits im Dezember 1914 als erster öffentlich im Reichstag gegen die Bewilligung der Kriegskredite gestimmt. Nachdem sich einzig Otto Rühle im März 1915 ihm angeschlossen hatte, folgte erst im Dezember (1915) eine Gruppe von achtzehn weiteren Reichstagsabgeordneten der SPD seinem

5) Zitiert bei: Eugen Prager, Geschichte der USPD, Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 1921, p. 49.

6) S. Carl E. Schorske, German Social Democracy, op. cit., p. 295 ff.

Beispiel, als durch trügerische Siegesmeldungen von der Westfront die Stimmung für einen Annexionsfrieden sich bis in die Reihen der SPD breit gemacht hatte. Anfang 1916 traten diese Kräfte aus der alten Fraktion aus und schlossen sich als "Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft" zuerst zu einer - wie sie selbst formulierten - "Opposition innerhalb der Organisation" zusammen. - Die wachsende Zahl der Kriegskreditverweigerungen wurde zum Index für das Erstarren der Opposition auch in den Mitgliederschichten. Prinzipiell zwar unversöhnt, wurden die beiden oppositionellen Strömungen, die "Arbeitsgemeinschaft" und der größere Teil der Linksradikalen, der im März 1916 sich illegal auf Reichsebene als "Spartakus"-Bund zusammengeschlossen hatte, dennoch schließlich im April 1917 unter ein organisatorisches Dach zusammengetrieben. Die organisatorische Verselbständigung war beschleunigt worden während des Jahres 1916 durch die immer kühner auftretenden annexionistischen Forderungen des rechten Flügels der SPD und durch gewaltsame Maßnahmen der Parteibürokratie gegen oppositionelle Parteiblätter im Schutze der Militärbehörden (z. B. den "Vorwärts-Raub" im Oktober 1916)⁷. Auf eine Sonderkonferenz der beiden oppositionellen Strömungen im Januar 1917 reagierte die Parteiführung sehr empfindlich und übernahm ihrerseits bald die Initiative zum Ausschluß der Opposition aus der Partei. Mit unterschiedlichem Enthusiasmus und verschiedenen Erwartungen schlossen sich die "Arbeitsgemeinschaft" und der "Spartakus"-Bund Ostern 1917 in Gotha zur "Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands" (USPD) zusammen⁸.

In welchem Ausmaße und in welcher Weise das Masse-Führer-Problem vom August 1914 bis April 1917 in der gesamten Opposition aktualisiert worden war, zeigt sehr deutlich die Diskussion der Organisationsgrundlagen auf dem Gründungskongreß der USPD. Ein Teil der Opposition (Kautsky, Bernstein u. a.) war ausschließlich durch die Kriegskredit-Gegnerschaft definiert und trug zur Organisationsfrage, die auf dem Kongreß im Mittelpunkt stand, wenig bei. Ein größerer Teil hingegen (Haase, Ledebour u. a.), der schließlich seine Organisationsgrundlinien im wesentlichen durchsetzte, verwarf zwar grundsätzlich die Organisationsform der SPD, schob jedoch die Neugestaltung der Organisation und des Programms nach den im Kriege neu gewonnenen Erkenntnissen bis nach Beendigung des Krieges auf. Bis dahin sollte das Organisationsstatut der SPD (dem allerdings ihre reale Organisation seit langem nicht mehr entsprach) die Grundlage der Partei bilden; es wurde nachdrücklich betont: "Die Parteigenossen sind verpflichtet, es in demokratischem Geiste anzuwenden und

7) Vgl. dazu im einzelnen Eugen Prager, op. cit., p. 81 ff.

8) Vgl. besonders Carl E. Schorske, op. cit., p. 312 ff.

besonders danach zu trachten, allen wichtigen Entscheidungen eine demokratische Grundlage zu geben⁹. Der Vertreter der "Arbeitsgemeinschaft" zeigte sich in seinem Organisations-Referat besorgt darum, daß "das Beamtenelement nie wieder ein Übergewicht erhält"¹⁰. "In der neuen Organisation darf das Beamtentum nicht dominieren"¹¹. Durch die Besoldung von höchstens einem Drittel der führenden Funktionäre glaubte er, dem verhängnisvollen Bürokratisierungsprozeß vorbeugen zu können. Die Stimmung in den Kreisen der weiteren Opposition war eindeutig gegen die Bürokratisierung in der Partei und für eine gemäßigte Dezentralisierung; jedoch waren ihre Vertreter in Gotha nicht bereit, hierarchische Organisationsvorstellungen, soweit sie ihnen für die Aktionskraft der Partei unabdingbar schienen, völlig preiszugeben. Maßnahmen wie die, daß die Exekutive der Partei keine Ernennungsbefugnis für die Bezirks- und Ortssekretariate haben sollte, daß man ihr den Erwerb von Eigentumsrechten an den Presseeinrichtungen der Partei verbot, daß den besoldeten Mitgliedern nur beratende Stimmen zuerkannt werden sollten, waren offensichtlich aus den unmittelbaren tagespolitischen Erfahrungen mit dem Apparat der SPD diktiert. Die aus diesen heftigen Auseinandersetzungen mit der Parteispitze hervorgegangene, stark ressentimentbeladene Ablehnung¹² politischer Führerschaft war in den Mitgliederschichten die allgemeinste und verbreitetste Form der Opposition und blieb bis 1921 der konstanteste sozialpsychologische Faktor für den Massenzulauf zu den linksradikalen Organisationen.

Über dieses mehr reaktive Verhalten in der Organisationsfrage gingen die Linksradikalen mit ihren Forderungen weit hinaus. Fritz Rück¹³, der von der stärksten linksradikalen Gruppierung, dem "Spartakus"-Bund, gestellte Korreferent zur Organisationsfrage hatte auf einer Konkretisierung der Forderung nach demokratischer Organisationspraxis bestanden; so war als eine mögliche Konkretisierung die

9) S. Protokoll über die Verhandlungen des Gründungs-Parteitag der USPD vom 6.-8. April 1917 in Gotha, hrsg. von Emil Eichhorn, Berlin 1921, p. 35.

10) Ibidem, p. 18.

11) Ibidem, p. 18.

12) Das Maß erbitterter Feindschaft, das durch die Parteibürokratie bei den Oppositionellen hiermit verursacht wurde, wird in den zeitgenössischen Darstellungen der Vorgänge durch Mitbetroffene stark reflektiert. Vgl. Heinrich Ströbel (Redakteur des alten "Vorwärts"): Die deutsche Revolution, ihr Unglück und ihre Rettung, Berlin 1922, besonders p. 22 ff.; Eugen Prager (Redakteur des USPD-Organs "Die Freiheit"), op. cit.

13) Fritz Rück (1895-1959) kam als junger Soldat zur "Spartakus"-Gruppe; Gründungsmitglied der KPD, seit 1924 in der Rechtsopposition der KPD; 1929 zur SPD; 1933 Emigration in die Schweiz, dann Korrespondent Schweizer Zeitungen in Schweden; 1950 Rückkehr in die Bundesrepublik, Redakteur bei der IG Druck und Papier. Nach: Hanno Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Diss. phil. Marburg/Lahn 1962, p. 369.

Urabstimmung in die endgültige Redaktion der Organisationsgrundlinien aufgenommen worden:

"Um das Schwergewicht der politischen Aktion in die Massen zu verlegen, ist bei allen wichtigen Entscheidungen, die die Haltung der Partei für längere Zeit festlegen, eine Urabstimmung herbeizuführen, vorausgesetzt, daß die technischen Möglichkeiten dazu vorhanden sind"¹⁴.

Sowohl dieser Paragraph als auch die Schlußbestimmung der Organisationsgrundlinien, die eine "weitgehende Selbständigkeit und Aktionsfreiheit der Orte, Kreise und Bezirke" fordert, sind Konzessionen der USP-Majorität an die Radikalen. Rück hatte von der Aufnahme beider Punkte den Beitritt der "Spartakus"-Gruppe zur neuen Organisation abhängig gemacht. Er führte im einzelnen zur Organisationsfrage aus:

"Den lokalen Organisationen muß die weitestgehende Aktionsfreiheit gewährt werden. Die Initiative darf nicht gehemmt werden. Zu den Grundlinien betont der Redner, daß das "Vorläufige" mehr hervorgekehrt werden muß. Vielleicht werden wir später ganz andere Grundlagen der Organisation haben als die Wahlkreise ... Es muß unbedingt immer wieder betont werden, daß die Organisation nicht Selbstzweck sein darf. Die Organisation muß deshalb noch elastischer gestaltet werden ... Es dürfen nicht mehr die Instanzen entscheiden, den Arbeitern selbst muß Gelegenheit gegeben werden, eine andere Taktik, eine revolutionäre Taktik, einzuschlagen"¹⁵.

Diese Überlegungen scheinen auf den ersten Blick lediglich Rosa Luxemburgs in der Vorkriegszeit aufgestellte Spontaneitätsprämissen zu paraphrasieren¹⁶. Unübersehbar neu ist jedoch die Wendung des Massenaktions-Postulats ins Föderalistische; "weitestgehende Selbständigkeit und Aktionsfreiheit" der lokalen Organisationen hatte Rosa Luxemburg niemals gefordert; diese Parolen sind wörtlich von den Syndikalisten her bekannt. Obwohl Rück selbst in seinem späteren politischen Werdegang einen ganz anderen Weg nahm, kann man in seiner Rede tatsächlich ein frühes Zeugnis für die linkskommunistische Ausformung der Luxemburgschen Ideen innerhalb des "Spartakus"-Bundes selbst sehen. - Rigoroser als die der USP-Mehrheit waren die antibürokratischen Maßnahmen, die von den Radikalen vorgeschlagen wurden. Zum Teil wollte man überhaupt keine besoldeten Parteiangestellten mehr; andere wollten den Anteil der Exekutive an den Mitgliederbeiträgen auf 5 % einschränken usw.¹⁷; diese Motivationen bestimmten dann

14) S. Protokoll des Gründungsparteitages der USPD, p. 19-23.

15) S. ibidem, p. 22 f.

16) So Werner T. Angress, Stillborn Revolution, the Communist bid for power in Germany 1921-23, Princeton-New Jersey 1963, p. 11.

17) S. Carl E. Schorske, op. cit., p. 318.

noch unmittelbar die Organisationsstatuten der KAPD und der AAUD und koinzidierten mit den Organisationsvorstellungen der FAUD. -

Erstaunlich ist schließlich in Rück's Ausführungen die Bemerkung, daß man "später vielleicht ganz andere Grundlagen der Organisation" haben werde als die Wahlkreise. An Räteorganisationen kann Rück dabei fünf Monate vor der russischen Oktoberrevolution schwerlich gedacht haben; wie immer er sich auch die zukünftigen Grundlagen der Organisation vorgestellt haben mag, seine Überlegung zeigt, in welchem Maße alle bisherigen Organisationsvorstellungen in Fluß geraten waren. In welcher Weise die Diskussion in den einzelnen linksradikalen Gruppen verlief und wo die linkskommunistische Tendenz in erkennbarem Gegensatz zum "Spartakus"-Bund zu treten beginnt, muß im Folgenden untersucht werden.

2. Die Diskussion der Organisationsfrage in der "Spartakus"-Gruppe

Angesichts der heftigen Diskussion der Organisationsfrage auf dem Gründungskongreß der USPD (April 1917) und besonders angesichts der rigorosen Stellungnahme Fritz Rück's, der im Namen der "Spartakus"-Gruppe sprach, ist es bemerkenswert, daß in Rosa Luxemburgs Kritik an der deutschen Sozialdemokratie das Ressentiment der "verratenen" Massen gegen ihre Führer nur in sehr allgemeinen Wendungen zum Ausdruck kommt und daß sie keine organisatorischen Schlußfolgerungen daraus zieht. In Rosa Luxemburgs "Junius"-Broschüre¹ ist die Erbitterung über das historische Versagen der zweiten Internationale und im engeren Sinne der SPD als deren Führerin der vorherrschende Grundton der Kritik. Der gegenwärtige Krieg wird geäußert als "Konkurrenzkampf des bereits zur vollen Blüte entfalteten Kapitalismus um die Weltherrschaft, um die Ausbeutung der letzten Reste der nichtkapitalistischen Weltzonen"². Die "Burgfriedens"-Politik wird eingehend analysiert und verurteilt. Mit der Annahme des Burgfriedens habe die Sozialdemokratie für die Dauer des Krieges den Klassenkampf verleugnet. Damit aber verleugne sie die Basis ihrer eigenen Existenz. Die Frage, was die Opposition zu tun habe, beantwortete Rosa Luxemburg, indem sie - bei ausführlicher Zitierung ihrer Massenstreik-Schrift - ihre Spontaneitätsvorstellungen wiederholte.

1) Rosa Luxemburg, Die Krise der Sozialdemokratie, Bern 1916. Die Schrift verfaßte Rosa Luxemburg im April 1915 während einer Gefängnishaft; sie wurde 1916 unter dem Decknamen "Junius" veröffentlicht.

2) Rosa Luxemburg, Die Krise der Sozialdemokratie, p. 63.

Sie lehnte jede Art konspiratorischer Vorbereitung revolutionärer Aktionen ab:

"Ob große Volkskundgebungen und Massenaktionen, sei es in dieser oder jener Form, wirklich stattfinden, darüber entscheidet die ganze Menge ökonomischer, politischer und psychischer Faktoren, die jeweilige Spannung der Klassengegensätze, der Grad der Aufklärung, die Reife der Kampf Stimmung der Massen, die unberechenbar sind und die keine Partei künstlich erzeugen kann"³.

In den seit Dezember 1914 illegal erscheinenden Zirkularen der Gruppe um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht kann man die Bemühungen um die Schaffung einer neuen revolutionären Internationale und um die Abgrenzung gegen die weitere Opposition, die "Arbeitsgemeinschaft", verfolgen⁴. Obwohl Rosa Luxemburg eine der ersten gewesen war, die auf die Bürokratisierungserscheinungen in der SPD aufmerksam gemacht hatte, findet sich weder in der "Junius"-Broschüre noch in den "Spartakus"-Briefen eine Analyse der parteiinternen Gegensätze aus der Perspektive der Führer-Masse-Problematik. Daß dieser Aspekt in ihren Publikationen während des Krieges fehlte, erklärt sich aus ihrem Kampf mit den eigenen Anhängern, die - durch das repressive Verhalten der SPD-Spitze und die Unentschlossenheit der "Arbeitsgemeinschaft" erbittert - auf die organisatorische Verselbständigung drängten⁵. Aus der Furcht, daß die Linksradikalen der Agitationsbasis innerhalb der Partei beraubt und ins Sektenwesen abgedrängt würden, vermied sie es, durch Beiträge zum Masse-Führer-Problem diese Kerbe zu vertiefen. In welchem Maße es zutrifft, daß Rosa Luxemburg - wie der spätere Linkskommunist Laufenberg sagte - sich niemals vom Organisationsvorbild der SPD frei machte, ist mit Sicherheit nicht zu entscheiden. Daß sie von ihren Spontaneitätsprämissen her keineswegs gewillt war, aus dem ihr sehr wohl bewußten Oligarchieproblem in den Arbeiterorganisationen föderalistische Organisationsgrundsätze abzuleiten, ist hingegen sicher und wird in ihren "Leitsätzen über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie"⁶ offensichtlich; Laufenberg wollte später gerade in diesen Leitsätzen "die

3) Rosa Luxemburg, Die Krise der Sozialdemokratie, p. 60.

4) Spartakus-Briefe. Hrgg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1958. - Vgl. besonders Zirkular Nr. 12; Die Dezembermänner von 1915, und; Zirkular Nr. 15; Die Gegensätze in der Opposition, ibidem, p. 86 ff und p. 118 ff.

5) Vgl. dazu Paul Frölich, op. cit., p. 265. Frölich vertrat zu jener Zeit als Redakteur der Bremer "Arbeiterpolitik" selbst diese Forderung.

6) Abgedruckt im Anhang der "Junius"-Broschüre, op. cit., p. 96 ff.

straff zentralistische und autoritäre Grundanschauung des Spartakus-Bundes" ausgedrückt sehen.

Daß Rosa Luxemburgs Organisationsvorstellungen nicht in der gesamten "Spartakus"-Gruppe gültig waren, zeigen die Gefängniszeichnungen Karl Liebknechts, die später von der KPD totgeschwiegen und von den Linkskommunisten herausgegeben und herausgestellt wurden⁸. In seinen Überlegungen zu den Meinungsverschiedenheiten in der deutschen Sozialdemokratie, die er 1917 im Untersuchungsgefängnis niederschrieb, unterschied Liebknecht drei Sozialschichten innerhalb der SPD. Erstens die besoldeten Funktionäre, die Kleingewerbetreibenden usw., "alles, was unmittelbar durch Besitz oder Bildung an die heutigen Gesellschaftszustände geknüpft ist"; "die Instanzen, die Bureaukratie ist ihr gegebener Repräsentant"⁹; sie bilden die soziale Grundlage der Politik der Parteimehrheit. Zweitens: "Die besser situierten gelernten Arbeiter, Handwerker usw. Ihnen ist die Größe des Risikos einer ernsthaften Auseinandersetzung mit den herrschenden Klassen nicht klar"; "sie wollen protestieren und "kämpfen" - und können sich nicht entschließen, den Rubikon zu überschreiten"¹⁰. Sie sind die soziale Basis für die Haltung der "Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft". Drittens: "Die besitzlose Masse der ungelerten Arbeiter, das Proletariat im eigentlichen, engen Sinne"¹¹. Einzig diese Schicht hat am bestehenden Staat nichts zu verlieren. "Diese Massen, das Proletariat, vertreten wir"¹², d.h. der "Spartakus"-Bund. - In der Tradition der radikalen Bürokratie-Kritik Robert Michels' und Anton Pannekoeks zeigt Liebknecht dann, daß die erste der genannten Schichten (besoldete Funktionäre usw.) nicht anders kann, als lediglich gemäßigte Formen des Klassenkonfliktes anzustreben, "die die "Organisation" und - ihre Stellungen, ihre Existenzen, nicht aufs Spiel setzen. Die Organisation ist ihnen Selbstzweck, nicht Mittel zum revolutionären Zweck"¹³. Als organisatorische Maßnahmen gegen das Übel der besoldeten Bürokratie, zu der er auch die Parlamentarier zählt, schlug er im einzelnen folgendes vor:

7) Heinrich Laufenberg/Fritz Wolffheim, Kommunismus gegen Spartakismus. Eine reinliche Scheidung, Hamburg 1920, p. 4.

8) S. Karl Liebknecht, Politische Aufzeichnungen aus seinem Nachlaß, geschrieben in den Jahren 1917-18, unter Mitarbeit von Sophie Liebknecht herausgegeben, mit Vorwort und Anmerkungen versehen von Franz Pfemfert, Berlin 1921 (Aktions-Verlag).

9) Karl Liebknecht, Politische Aufzeichnungen aus seinem Nachlaß, p. 25.

10) Ibidem, p. 25 f.

11) Ibidem, p. 26.

12) Ibidem, p. 26. Hervorhebung im Original.

13) Ibidem, p. 27.

"Beseitigung der besoldeten Bureaukratie oder ihre Ausschaltung von allen Beschlüssen, ihre Einschränkung auf technische Hilfsarbeit; Verbot der Wiederwahl aller Funktionäre nach bestimmter Dauer ...; Beschränkung der Zuständigkeit der Instanzen; Dezentralisation; Urabstimmung für wichtige Fragen (Veto und Initiative) ... Die Erziehung der Massen und jedes Einzelnen zur geistigen und moralischen Selbständigkeit, zur Autoritäts-Ungläubigkeit, zur entschlossenen Eigen-Initiative, zur freien Aktionsbereitschaft und -fähigkeit, bildet die einzige sichernde Grundlage für die Entwicklung einer ihren historischen Aufgaben gewachsenen Arbeiterbewegung überhaupt, so (zu ergänzen:-wie (?), der Verf.) die wesentliche Voraussetzung für die Austilgung der bürokratischen Gefahr"¹⁴.

Es ist unschwer zu erkennen, daß Rückss Forderungen auf dem USPD-Gründungskongreß sich unmittelbar von Liebknechts Überlegungen herleiten oder doch, daß beide übereinstimmend in ähnlichen Wendungen eine verbreitete Stimmung artikulierten. Liebknecht schien auch weniger Bedenken gegen eine organisatorische Verselbständigung der Linksradiكالen zu haben als Rosa Luxemburg; jede organisatorische Gemeinsamkeit mit den Anhängern der "Burgfriedens"-Politik lehnte er entschieden ab, organisatorische Verbindungen mit der "Arbeitsgemeinschaft" machte er abhängig von der völligen Freiheit des Handelns für den "Spartakus"-Bund im Rahmen einer solchen Verbindung¹⁵. Die Förderung der Initiative der Massen war ihm oberster Gesichtspunkt in seinen organisatorischen Entwürfen:

"Diese Initiative in den Massen zu fördern, ist gerade in Deutschland, dem Land des passiven Massen-Kadavergehorsams die dringendste Erziehungsaufgabe, die gelöst werden muß selbst auf die Gefahr hin, daß vorübergehend alle "Disziplin" und alle "strammen Organisationen" zum Teufel gehen. Dem Individuellen ist weit größerer Spielraum zu geben als in Deutschland bisher Tradition"¹⁶.

Es wäre zu viel gesagt, wollte man in organisatorischer Hinsicht eine Gegensätzlichkeit zwischen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg aufgrund der bisher aufgezeigten Unterschiede behaupten; eine Akzentverlagerung in der Kritik beider an der deutschen Sozialdemokratie ist jedoch unverkennbar: Rosa Luxemburg dachte vor allem im historischen Maßstab; für sie war der Zusammenbruch der zweiten Internationale ein epochales Geschehen, das es zu erklären galt¹⁷. Lieb-

14) Karl Liebknecht, Politische Aufzeichnungen aus seinem Nachlaß, p. 28 f. Hervorhebung im Original.

15) S. ibidem, p. 30 f.

16) Ibidem, p. 31.

17) Vgl. dazu die Kritik der "Junius"-Broschüre durch die Bremer Linksradiكالen, die in dem Satz endet: "Auf historische Reminiszenzen baut man keine Arbeiterpolitik auf, sondern nur auf dem Boden harter Tatsachen, die "Junius" übersehen hat". "Arbeiterpolitik" 1. Jg. (1916), Nr. 6-8: Im Fangnetz der Widersprüche.

knecht, der große Agitator und proletarische Volksheld, sah in weniger umgreifenden Kategorien; er erklärte den Zusammenbruch der SPD im August 1914 - sicherlich nicht weniger zutreffend als Rosa Luxemburg - aus dem in der Opposition allgemein verbreiteten Gefühl heraus, von den "Instanzen" verraten worden zu sein; er formulierte aus dieser Perspektive radikalere organisatorische Konsequenzen, als sie bei Rosa Luxemburg zu finden sind. Diese Unterschiede zwischen Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts Kritik spiegeln recht genau zwei Tendenzen innerhalb der "Spartakus"-Gruppe (auch Gruppe "Internationale" nach ihrem ersten, sofort verbotenen Publikationsorgan genannt), die in der Bremer "Arbeiterpolitik" im März 1917 so charakterisiert wurden: Wenn einige Führer der Gruppe "Internationale" das Bestreben zeigten, die alte Führertaktik in der neuen Bewegung wieder aufleben zu lassen, so bewiese das noch lange nicht, daß dieses Streben von den Anhängern dieser Gruppe geduldet werde. Vielmehr seien zahlreiche Anzeichen dafür zu finden, daß die Anhänger der Gruppe "Internationale" im Reich Selbständigkeit genug besäßen, "um derartige Führergelüste zu erstricken"¹⁸. - Sprecher dieser Anhänger des "Spartakus"-Bundes waren Liebknecht mit seinen Gefängnisaufzeichnungen von Anfang 1917 und Rück mit seinen Äußerungen im April 1917. - Die KAPD nahm später beide Führer des "Spartakus"-Bundes für sich in Anspruch; sie konnte sich auf Karl Liebknecht mit mehr Recht berufen als auf Rosa Luxemburg.

3. Die "Bremer Linke" um die "Arbeiterpolitik"

Der Linkskommunist Heinrich Laufenberg beschrieb 1920 die Gegensätze innerhalb der Linksradikalen während des Krieges, d. h. die Gegensätzlichkeiten zwischen der "Spartakus"-Gruppe und den übrigen Gruppierungen auf der äußersten Linken der Sozialdemokratie:

"Bei der Kritik des politischen Bankrotts der Sozialdemokratie sahen wir in Hamburg in Gemeinschaft mit Knief in Bremen den Schwerpunkt der politischen Katastrophe nicht in der formalen Parlamentsabstimmung, sondern in der Vergewaltigung der Organisationen durch ihre Instanzen im Interesse der Kriegspolitik, darin daß die Instanzen der Partei sofort ihren bürokratischen Machtapparat und ihre Presse einsetzten, um die Unterwerfung der Organisationen im Lande unter den Burgfrieden und somit unter die durch ihn schlecht genug verhüllte Militärdiktatur zu erzwingen"¹⁹.

18) "Arbeiterpolitik" 2. Jg. (1917), Nr. 10.

19) Heinrich Laufenberg/Fritz Wolffheim, Kommunismus gegen Spartakismus, p. 2.

Rosa Luxemburg und der "Spartakus"-Gruppe warf er vor, die Politik der Mehrheitssozialdemokratie im Grunde fortgeführt zu haben, da sie die Organisationsform der SPD niemals prinzipiell in Frage gestellt hätten. Die von den übrigen Linksradikalen in Hamburg und Bremen u. a. verlangte Politik habe hingegen die Zerschlagung der von oben nach unten zentralisierten Organisationen intendiert und die gleichzeitige Aufrichtung proletarischer Organisationen von unten nach oben "in Formen, die das Wesen des proletarischen Staates widerspiegeln"². Alle jene Differenzen, die im Herbst 1919 zur Sprengung der KPD (S) geführt hätten, seien demnach schon in den verschiedenen Haltungen der beiden Flügel im Linksradikalismus bei Ausbruch des Krieges angelegt gewesen. - Wie oben bewiesen, ging diese Gegensätzlichkeit schon im Krieg mitten durch den "Spartakus"-Bund hindurch; auch vergrößert Laufenberg die sehr wichtige Initialrolle der "Lichtstrahlen"-Gruppe in Berlin zu erwähnen. Fügt man diese Korrekturen hinzu, so ist Laufenbergs Behauptung zutreffend: Die linksradikale Tendenz, an die später die linkskommunistischen und zum Teil syndikalistischen Organisationen anschließen, ist bereits zwischen 1914 und 1918 mit klaren Fronten herausgebildet; sie wird repräsentiert durch die "Bremer Linke" um die von Johannes Knief und Paul Frölich³ redigierte "Arbeiterpolitik", durch die Gruppe um die in Berlin von Julian Borchardt herausgegebenen "Lichtstrahlen" und durch die Hamburger Linksradikalen um Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim⁴. Die beiden ersten Gruppen, die bedeutendsten, bekannten sich seit Ende 1915 zu dem gemeinsamen Etikett "Internationale Sozialisten Deutschlands" (ISD), nachdem sie auf der Zimmerwalder Konferenz eine gemeinsame und vom "Spartakus"-Bund verschiedene Haltung zur neu zu gründenden Internationale eingenommen hatten. - Die Gegensätzlichkeiten zwischen diesen Linksradikalen und der "Spartakus"-Gruppe waren nicht allein auf Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Organisationsform eingegrenzt.

2) Ibidem, p. 2 f.

3) S. den biographischen Anhang.

4) Es erschienen neben den genannten Organen eine Zahl illegaler Zeitschriften im Reiche, die den Linksradikalen als Sprachrohr dienten. Laufenberg und Wolffheim, die beiden späteren KAP-Sprecher für Norddeutschland, gaben den illegal erscheinenden "Kampf" in Hamburg heraus; Karl Minster, später KAP-Führer im Ruhrgebiet und in Frankfurt/Main, gab den illegalen "Kampf" in Duisburg heraus; die Stuttgarter Opposition den illegalen "Sozialdemokrat"; in Hamburg erschien außerdem das illegale Blatt "Vorbote" mit dem gleichen Namen wie die von Pannekoek in der Schweiz herausgegebene Zeitschrift; der "Braunschweiger Volksfreund" wurde von Karl Radek und August Thalheimer redigiert. Vgl. dazu: Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution, Berlin 1929, p. 143: "Alle diese Zeitschriften, insbesondere die "Spartakusbriefe" und die "Arbeiterpolitik" hatten Leser im ganzen Reich und an allen Fronten".

Die in der Vorkriegszeit hervorgetretenen theoretischen Unterschiede zwischen Rosa Luxemburg und Anton Pannekoek wirkten sich jetzt so aus, daß Rosa Luxemburg als Theoretikerin der "Spartakus"-Gruppe Anton Pannekoek als führendem Theoretiker der ISD gegenüberstand; es war nur folgerichtig, daß Pannekoek, bereits vor dem Kriege der radikalere, zum Sprecher der in jeder Hinsicht radikaleren ISD wurde, und daß seine kritische Organisationstheorie in den Gruppen zur Entfaltung kam, die die Ursachen des "Verrats" der SPD vom August 1914 in eben deren Organisationsform suchten. Im August 1914 als holländischer Staatsangehöriger des Landes verwiesen, trug er dennoch wie kein anderer mit zahlreichen Beiträgen in den "Lichtstrahlen" und in der "Arbeiterpolitik" zur theoretischen Selbstverständigung der ISD bei⁵. - Der wesentliche Unterschied zwischen der "Spartakus"-Gruppe und den ISD war - wie es später aus den Reihen der KAPD formuliert wurde -, daß "Spartakus stets eine Taktik geübt hat, bei der die Hintertür zur Sozialdemokratie offen" blieb; die ISD hingegen wollten den glatten und offenen Bruch sowohl mit der Mehrheitssozialdemokratie als mit der USPD, den organisatorischen Bruch, den Bruch mit dem bürokratisch-zentralistischen Organisationsmuster der Sozialdemokratie und den Bruch mit den revolutionären Halbheiten der USP. - Gerade die revolutionäre Unentschlossenheit der USP war nach Meinung Karl Radeks, des Mitarbeiters und Sprechers der Bremer "Arbeiterpolitik", noch in Rosa Luxemburgs "Junius"-Broschüre enthalten⁶. Radek folgte hier Lenins Kritik der "Junius"-Broschüre, in der es u. a. hieß: "Erstens hat "Junius" sich nicht völlig vom Zentrum der deutschen linken Sozialdemokraten freigemacht, die eine Spaltung fürchten und Angst haben, die revolutionären Losungen ganz auszusprechen ..."⁷ Rosa Luxemburgs Furcht vor der sektenhaften Isolierung der deutschen Linksradikalen ließ in der Tat eine solche klare Trennung nicht zu. Angesichts der Frage, ob die Linksradikalen ein Kartellverhältnis mit der "Arbeitsgemeinschaft", also dem "Zentrum", von dem Lenin spricht, eingehen sollten, oder ob sie sich - wie es die ISD forderten - resolut von der SPD trennen und eine eigene Organisation aufbauen sollten, motivierte Rosa Luxemburg ihre Entscheidung für das Zusammengehen mit der "Arbeitsgemeinschaft" im Januar 1917 in folgender Weise:

5) Die mit Karl Horner gezeichneten Artikel in den "Lichtstrahlen" und in der "Arbeiterpolitik" sind sämtlich von Anton Pannekoek verfaßt.

6) Carl Schlicht, Der Ursprung der KPD, zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland, in: "Proletarier, Kommunistische Zeitschrift für revolutionären Klassenkampf", hrsg. von der KAPD, 2. Jg. (1926), p. 97.

7) S. die Kritik der "Junius"-Broschüre in der "Arbeiterpolitik" 1. Jg. (1916), Nr. 6-8; die Kritik ist von Karl Radek verfaßt. (S. Carl Schlicht, loc. cit., p. 71).

8) Lenin, Über die "Junius"-Broschüre, in: "Gegen den Strom", p. 426, zitiert bei: Carl Schlicht, loc. cit., p. 97.

"So löblich und begreiflich die Ungeduld und der bittere Groll sind, aus denen heraus sich heute die Flucht vieler der besten Elemente aus der Partei ergibt: Flucht bleibt Flucht, uns ist sie ein Verrat an den Massen, die in der würgenden Schlinge der Scheidemann und Legien, der Bourgeoisie auf Gnade und Ungnade preisgegeben, zappeln und ersticken. Aus kleinen Sekten und Konventikeln kann man "austreten", wenn sie einem nicht mehr passen, um neue Sekten und Konventikel zu gründen. Es ist nichts als unreife Phantasie, die gesamte Masse der Proletarier aus diesem schwersten und gefährlichsten Joch der Bourgeoisie durch "einfachen" Austritt befreien zu wollen und ihr auf diesem Wege mit tapferem Beispiele voranzugehen. Das Hinwerfen des Mitgliedsbuches als Befreiungssillusion ist nur die auf den Kopf gestellte Verhimmelung des Mitgliedbuches als Machtillusion, beides nur die verschiedenen Pole des Organisationskretinismus, dieser konstitutionellen Krankheit der alten deutschen Sozialdemokratie"⁹.

Das Ergebnis dieser unterschiedlichen Taktik war, daß beim ersten Schritt zur neuen revolutionären Internationale, der Zimmerwalder Konferenz im September 1915, die drei Vertreter des "Spartakus"-Bundes nicht für die von Lenin inspirierte Resolution des linken Flügels der versammelten Delegierten stimmten¹⁰, in der es u. a. hieß:

"Der Sozialpatriotismus und Sozialimperialismus, auf deren Standpunkt in Deutschland sowohl die offen patriotische Mehrheit der früheren sozialdemokratischen Führer wie auch das sich oppositionell gebärdende Zentrum der Partei um Kautsky stehen, ... ist für das Proletariat ein gefährlicherer Feind als die bürgerlichen Apostel des Imperialismus, da er, die Flagge des Sozialismus mißbrauchend, die unaufgeklärte Arbeiterschaft irreführen kann"¹¹.

Zu der sich um Lenin scharenden "Zimmerwalder Linken" bekannten sich Karl Radek als Vertreter der Bremer Linksradikalen, der späteren Gruppe um die "Arbeiterpolitik", und Julian Borchardt als Vertreter der linksradikalen Gruppe um die "Lichtstrahlen". Die Folge dieser unterschiedlichen Stellungnahme war, daß die bereits in den theoretischen Unterschieden zwischen Rosa Luxemburg und Anton Pan-

9) Zitat aus einem Artikel des Duisburger "Kampf" vom 6.1.1917, abgedruckt in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. vom Institut für Marxismus/Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1958, Bd. I (1914-1917), p. 522 ff.

10) S. weitere Tatsachen über die Differenzen zwischen "Spartakus"-Gruppe und der "Zimmerwalder Linken" bei Carl Schlicht, loc. cit., dessen Darstellung sicherlich nicht unparteiisch, aber sehr gut dokumentiert ist.

11) S. den Text der Resolution in: "Verbote, Internationale Marxistische Rundschau" 1. Jg. (1916), Nr. 1, p. 5 f. S. auch: Jules Humbert-Droz, Der Krieg und die Internationale. Die Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal, Wien, Köln, Stuttgart, Zürich 1964, p. 153 ff.

nekoek in der Vorkriegszeit angelegte Spaltung im Lager der deutschen Linksradikele organisatorisch sichtbar zu werden begann: Die deutschen Anhänger der "Zimmerwalder Linken" konfrontierten sich künftig dem "Spartakus"-Bund als "Internationale Sozialisten Deutschlands" (ISD). Herausgeber des kurzlebigen Publikationsorgans der "Zimmerwalder Linken", des deutschsprachig in der Schweiz erscheinenden "Vorboten"¹², war Anton Pannekoek. Das Etikett ISD umschrieb in höherem Maße noch als "Spartakus" mehr eine Tendenz als eine reale Organisation, die unter den Bedingungen des Krieges und der Illegalität schwer aufzubauen war.

Das eine Agitationszentrum der ISD war die Gruppe um die Bremer "Arbeiterpolitik", die die Tradition der linksradikele, von Pannekoek theoretisch geprägten "Bremer Bürgerzeitung" direkt weiterführte¹³ und ab Juni 1916 erschien. Die Taktik der "Bremer Linken" stand spätestens seit der Zimmerwalder Konferenz im September 1915 fest: Resolute Trennung von Unabhängiger und Mehrheits-Sozialdemokratie und Aufbau einer eigenen linksradikele Organisation. Als erster konkreter Schritt dazu galt die Finanzsperre an die zentralen Instanzen der SPD. Dieser Schritt wurde auch in der "Spartakus"-Gruppe erwogen, allerdings nur sehr zögernd und vor allem auf seine juristische Zulässigkeit hin¹⁴. Die "Bremer Linke" war die erste Organisation, die diese Idee am 4. Dezember 1916 in die Tat umsetzte¹⁵; ihrem Beispiel folgten am 18. 12. 1916 die Braunschweiger Linksradikele¹⁶ und am 28. 2. 1917 die Hamburger radikale Oppositionellen¹⁷. Bei diesen wie bei den weiteren Organisationen, die mit der Beitragssperre

12) Es erschienen zwei umfangreiche Nummern des: "Vorboten, Internationale Marxistische Rundschau", Zürich/Bern im Januar und April 1916; Mitarbeiter waren neben Pannekoek; Roland-Holst, Gorter, Sinowjew, Lenin und Radek; vgl. auch Jules Humbert-Droz, op. cit., p. 157.

13) Der Herausgeber der "Bremer Bürgerzeitung", der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Alfred Henke, hatte zuerst den beiden oppositionellen Fraktionskollegen Liebknecht und Rühle seinen Beistand zugesagt, war dann aber zur gemäßigeren Opposition der "Arbeitsgemeinschaft" übergegangen und hatte seinem Blatt eine entsprechende Richtung gegeben.

14) S. Zirkular Nr. 20 (15. 5. 1916) und Zirkular Nr. 21 (28. 5. 1916); Finanzsperre und Organisationsstatut, in: "Spartakusbriefe", op. cit., p. 169 ff. und 189 ff.

15) "Arbeiterpolitik" 1. Jg. (1916), Nr. 25. Ein Seitenhieb auf die "Spartakus"-Gruppe ist die Bemerkung: "Aber das charakterisiert die deutsche Opposition, daß die Sozialpatrioten die Parteigrundsätze mit Füßen treten dürfen, während sie sich darüber den Kopf zerbricht, ob sie auch einen ganz belanglosen Paragraphen des Organisationsstatuts außer Kurs setzen darf. Wann wird die deutsche Arbeiterschaft endlich von ihrem Organisationsfimmel geheilt sein!" Vgl. auch die Beiträge zur Beitragssperre in den folgenden Nummern der "Arbeiterpolitik" bis 2. Jg. (1917), Nr. 8.

16) "Arbeiterpolitik" 1. Jg. (1916), Nr. 27.

17) "Arbeiterpolitik" 2. Jg. (1917), Nr. 9.

die Instanzen bekämpften, hatte dieser Schritt in der Regel den Ausschluß aus der SPD zur Folge. - Obwohl die unterschiedliche Taktik auf der Zimmerwalder Konferenz und im Falle der Beitragssperre klar zu Tage getreten war, gaben die "Bremer Linken" ihre Hoffnungen, den "Spartakus"-Bund dennoch für die Gründung einer linksradikele Partei zu gewinnen, nicht früher auf, als bis dieser sich Ostern 1917 der USPD anschloß¹⁸. Im August 1916 schrieb die "Arbeiterpolitik" noch, gegenwärtig sei ein guter Teil der Gegensätze, die zur Bildung der ISD führten, "die die Bremer Linksradikele veranlaßten, der Internationale-Gruppe nicht beizutreten, nach unserer Meinung - wir sprechen nur im eigenen Namen - überwunden"¹⁹. Umso größer war die Empörung der "Bremer Linken" darüber, daß sich die "Spartakus"-Gruppe zu einem - nach ihren Begriffen - kompromißlerischen Anschluß an die ehemalige "Arbeitsgemeinschaft" und jetzige USPD herließ. Schon deren Verhalten auf der Vorkonferenz der Opposition im Januar 1917 kritisierten die Bremer Radikale: Es sei die historische Aufgabe der Gruppe "Internationale" gewesen, den Scheidungsprozeß zwischen "Zentrum" und Linksradikele durch prinzipielle Kritik an der "Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft" voranzutreiben. Aber weder habe sie sich in ihren Thesen von der Politik der "Arbeitsgemeinschaft" mit der notwendigen kritischen Schärfe abgegrenzt, noch habe sie den Standpunkt des "Sozialpatriotismus" hinreichend bloßgestellt²⁰. Nach vollzogenem Anschluß der "Spartakus"-Gruppe an die USPD setzte die heftigste Kritik von seiten der "Bremer Linken" ein²¹ und permanente Aufrufe zur selbständigen Organisationsbildung der übrigen Linksradikele²². Die Stimmung des "Spartakus"-Bundes im Reiche war keineswegs ungeteilt für den Anschluß an die "Arbeitsgemeinschaft"; die Gruppen in Duisburg, Frankfurt/Main und Dresden hatten sich dagegen ausgesprochen²³; es kam sogar zum Übertritt einer Zahl von dem Anschluß enttäuschter "Spartakus"-Anhänger ins Lager der durch die "Bremer Linken" repräsentierten ISD. Wie in der Organisationsfrage zeigt sich auch hier, daß der "Spartakus"-Bund in gemäßigte Radikale um Rosa Luxemburg und extreme Radikale, die zur Haltung der ISD neigten, gespalten war. Beide, der extreme Flügel der "Spartakus"-Gruppe mit den Anhängern der ISD gemeinsam, bildeten dann das

18) "Arbeiterpolitik" 1. Jg. (1916), Nr. 10; Einheit oder Spaltung der Partei?

19) "Arbeiterpolitik" 2. Jg. (1917), Nr. 2.

20) Ibidem.

21) Vgl. "Arbeiterpolitik" 2. Jg. (1917), Nr. 16; Die Konsequenz von Gotha.

22) S. den Aufruf im dokumentarischen Anhang Nr. II

23) S. "Arbeiterpolitik" 2. Jg. (1917), Nr. 16; im Duisburger Organ des "Spartakus"-Bundes, dem "Kampf", hatte eine lebhafte Diskussion für und gegen den USPD-Anschluß stattgefunden.

Gros der linkskommunistischen Majorität auf dem Gründungsparteitag der KPD (S) am Ende des Jahres 1918.

Seit dem Anschluß der "Spartakus"-Gruppe an die USPD im April 1917 war die Spaltung innerhalb des deutschen Linksradikalismus abermals vertieft. Die Bremer "Arbeiterpolitik" stand für all die Kräfte, die gegen diesen Anschluß und für eine eigene Organisationsbildung eintraten. Daß trotz der Initiative der "Bremer Linken" die Schaffung einer solchen linksradikalen Organisation unter dem ja bereits seit Ende 1915 geläufigen Etikett ISD nicht zustande kam, lag neben der Ungunst der Kriegssituation daran, daß diese politischen Kräfte untereinander wiederum sehr widersprüchlich waren und daß eine klärende Diskussion in der Situation der Illegalität nicht stattfinden konnte. - Nachdem die ISD dann in der KPD (S) aufgegangen waren und bis Anfang 1920 eine führende Rolle in der linkskommunistischen Opposition innerhalb der Partei gespielt hatten, wurde ihre Forderung nach der Gründung einer selbständigen linksradikalen Organisation, unabhängig vom "Spartakus"-Bund, erst in der Nachkriegssituation, nach dem Zuwachs weiterer politischer Kräfte und nunmehr von anderen Protagonisten, realisiert mit der Gründung der KAPD. Auf dem Gründungskongreß der KAPD im April 1920 stand als Name für die neue Organisation das von den Bremer Linksradikalen im November 1918 in "Internationale Kommunisten Deutschlands" (IKD) umbenannte Etikett der bisherigen ISD zur Debatte²⁴.

4. Die Berliner Linksradikalen um die "Lichtstrahlen"

Die "Arbeiterpolitik", die ab Juni 1916 erschien, knüpfte besonders in der Organisations- und Bürokratiekritik an die in den Berliner "Lichtstrahlen" geleistete Vorarbeit an, wenn sie z. B. in folgender Weise die Ursachen des Versagens der deutschen Sozialdemokratie im August 1914 erklärte:

"Eingepfercht in die Formen des preußisch-deutschen Staates mit seiner stetig wachsenden Militärgewalt und seiner immer weiter greifenden Bürokratie, mußte sie (die SPD, d. Verf.), sobald sie zur Massenpartei wurde, dieselben Formen in ihrem Innern entwickeln ... Die Organisierung der Massen wurde die Hauptsorge; sie wurde schließlich zum Selbstzweck. Dann

24) S. unten den Abschnitt über den Gründungskongreß der KAPD. - Eine eingehendere Darstellung der Geschichte der "Bremer Linken" und der ISD als sie im Rahmen dieser Arbeit möglich ist, wird als Dissertation an der FU Berlin von Hansgeorg Conert unter dem Titel "Entstehung, Politik und Theorie der Bremer Linken (IKD)" vorbereitet.

nämlich, als der gewaltige Organisationsapparat die Bürokratie schuf, die aus dem Mittel zum Zweck zum Selbstzweck wurde"¹.

Die "Arbeiterpolitik" wußte sich in dieser Kritik einig nicht nur mit den "Lichtstrahlen", sondern auch mit der Vorkriegskritik der SPD durch Michels und Pannekoek². Programmatisch hieß es zur Entscheidung der SPD im August 1914: "Die Politik der Instanzen hat ihr großes historisches Fiasko erlebt. Es beginnt die Epoche der Arbeiterpolitik"³. - Mit eben diesem Ziel, den Arbeitern die Voraussetzungen zu selbstverantwortlichem Denken und Handeln zu schaffen, gab Julian Borchardt vom September 1913 bis zu ihrem Verbot im April 1916 die "Lichtstrahlen" als "Bildungsorgan für denkende Arbeiter"⁴ heraus. Lediglich gestützt auf den traditionell radikalen Reichstagswahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg (schon Wilhelm Werner hatte als Delegierter von Teltow auf den Parteitag 1890/91 seine Attacken für die "Jungen" durchgeföhchten) blieb diese Zeitschrift immer sehr eng mit der persönlichen Entwicklung und Zielsetzung ihres Herausgebers verbunden. Borchardt stand zu den Spontaneitätsprämissen der äußersten Linken der deutschen Sozialdemokratie vor dem Kriege; er ließ Franz Mehring zu Wort kommen und gleichermaßen Veröffentlichungen der "Freien Vereinigung" rezensieren⁵. Von Anfang an hatten die "Lichtstrahlen" einen besonderen, antiautoritären Akzent. Seine pädagogischen Bemühungen um die Arbeiter begründete Borchardt:

"Wir sind überzeugt, daß höhere Bildung der sozialistischen Massen jenen blinden Autoritätsglauben ausrotten wird, der den Menschen heutzutage beim Militär anezogen wird, und den wir deshalb nicht selten leider auch an Stellen finden, wo er nicht hingehört. Der allerdings wird schwinden wie die Spreu vor dem Winde, wenn alle Menschen das nötige Maß an Bildung besitzen. Und damit wird auch schwinden die Möglichkeit, daß die Masse den Führern ohne eigenes sachgemäßes Urteil folgt, und demzufolge schwindet den Führern die Gelegenheit, sei es in gutem oder bösem Willen, die Masse andere Wege zu führen, als sie geführt sein will"⁶.

1) "Arbeiterpolitik" 1. Jg. (1916), Nr. 1: Niederbruch und Aufstieg.

2) Vgl. besonders "Arbeiterpolitik" 1. Jg. (1916), Nr. 5: Die Reform des Führertums.

3) "Arbeiterpolitik" 1. Jg. (1916), Nr. 1.

4) Die weitere Herausgabe der "Lichtstrahlen" war von der Militärzensur unter der Bedingung erlaubt worden, daß die Zeitschrift ausschließlich belehrenden und feuilletonistischen Inhalt haben werde. Eine Bedingung, der auch Franz Pfemfert "Aktion" während der Kriegsjahre unterworfen war. Im Mai 1916 erschien die Zeitschrift unter dem neuen Titel "Der Leuchtturm", aber mit im wesentlichen dem alten Inhalt. Daraufhin wurde sie ganz verboten. Sie erschien wieder unter dem Namen "Lichtstrahlen" ab November 1918 als "Zeitschrift für Internationalen Kommunismus" in unregelmäßiger Folge bis 1921.

5) S. "Lichtstrahlen" 1. Jg. (1913), Nr. 4 u. Nr. 11.

6) "Lichtstrahlen" 1. Jg. (1914), Nr. 11.

Relativ große verlegerische Unabhängigkeit und das besondere Augenmerk auf autoritäre Organisationsstrukturen machten so die "Lichtstrahlen" unmittelbar nach dem "Verrat der Arbeiterführer" im August 1914 zum Sprachrohr der Empörung über diesen Akt. Nahezu alle Sprecher der radikalen Opposition schrieben zwischen August 1914 und April 1916 in den "Lichtstrahlen". In der September-Nummer von 1914 hielt Borchardt bereits die Vorkriegsbeschlüsse der SPD zur Kriegsfrage neben deren tatsächliches Verhalten im vorausgegangenen Monat und kam zu dem Schluß, daß sich diese Partei ein für allemal unglaubwürdig gemacht habe: "Wer wird in Zukunft den Sozialdemokraten noch glauben?"⁷ - Schon im folgenden Monat legte die Gruppe um Borchardt den Linken in der Sozialdemokratie die organisatorische Verselbständigung nahe, wie sie sich in Holland ja bereits 1909 vollzogen hatte⁸. 1915 setzte die Agitation für die entschlossene Lostrennung von der SPD verstärkt ein, da diese - wie Borchardt in einer im Selbstverlag herausgegebenen Broschüre⁹ nachzuweisen suchte - "abgedankt" habe; die SPD sei eine neue Partei geworden, ihre ursprünglichen revolutionären Ziele könne man nur noch außerhalb ihres Organisationsrahmens vertreten¹⁰. - Also lehnten die Berliner Radikalen um Borchardt auch die Appelle der "Opposition innerhalb der Organisation", der "Arbeitsgemeinschaft", an die Parteiführung ab. Von einem Brief einer Anzahl von Mitgliedern der SPD an den Parteivorstand vom Juni 1915, in dem in scharfen Wendungen die "Burgfriedens"-Politik als eine immer schroffere Abkehr von den bisherigen Grundsätzen der SPD angeprangert wurde, distanzierte sich die Redaktion der "Lichtstrahlen", da sie nicht glaubte, "daß es auch nur den allergeringsten Zweck hat, an die genannten Körperschaften (den sozialdemokratischen Parteivorstand und den Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, d. Verf.) irgendeine Aufforderung zu

7) Neben Borchardt war Pannekoek mit den meisten Artikeln vertreten; es finden sich darin aber auch Beiträge von Karl Radek, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Karl Liebknecht, Otto Rühle u. a.

8) "Lichtstrahlen" 2. Jg. (1914), Nr. 1; Partei und Vaterland.

9) Vgl. "Lichtstrahlen" 2. Jg. (1914), Nr. 2: "Schon seit Jahren hat ... die 'Linke' innerhalb der Partei unbewußt als Feigenblatt für deren Sünden gedient. Will sie nach wie vor sich begnügen, auf die Resolutionen des nächsten Parteitages zu hoffen und inzwischen einträchtig 'mitarbeiten'? ... Vielleicht wird den Männern der 'Linken' ihr Entschluß erleichtert durch den deutlichen Wink mit dem Zaunpfahle, den ihnen der 'Grundstein' jüngst machte, indem er die Frage aufwarf, 'ob die sozialdemokratische Partei die Leute, die ihre Haltung zum Kriege verurteilen und bekämpfen, auf die Dauer in ihren Reihen ertragen kann'.

10) Julian Borchardt, Vor und nach dem 4. August 1914. Hat die deutsche Sozialdemokratie abgedankt?, Berlin 1915.

11) "Lichtstrahlen" 2. Jg. (1915), Nr. 15: Eine neue Partei.

richten"¹². Wie schon bei der Darstellung des Bremer Linksradikalismus gezeigt wurde, war diese Taktik genau im Sinne der Leninschen Resolution auf der ersten Zimmerwalder Konferenz¹³. Nach der Konstituierung der ISD Ende 1915 gab Borchardt den "Lichtstrahlen" den Charakter eines Organs dieser oppositionellen Gruppierung und veröffentlichte z. B. seine Flugschrift über die achtzehn Kriegskreditverweigerer vom 21. 12. 1915 auch in deren Namen¹⁴. Vor dem Anschluß der "Spartakus"-Gruppe an die USPD im April 1917 sah Borchardt keine unüberwindlichen Schranken zwischen den ISD und "Spartakus"¹⁵. Das änderte sich, sobald diese Angliederung ruckbar wurde; im März 1917 fragte er in einem Aufruf der ISD¹⁶ empört im Hinblick auf den Zusammenbruch der sozialdemokratischen Instanzenpolitik von 1914: "Soll da gegen die Wiederholung derselben Vorgänge die Gründung einer neuen Partei helfen, die an Stelle der Führer Scheidemann und Ebert einfach die Führer Haase und Ledebour setzt oder auch die Führer Liebknecht und Luxemburg?"¹⁷ Borchardts persönliche politische Entwicklung hatte zu dieser Zeit (Anfang 1917) bereits eine Wendung genommen, die ihn auch in Widerspruch brachte mit den Bremer Linksradikalen, also dem größeren Teil der ISD, und die ihn künftig als Sprecher der linksradikalen Bewegung disqualifizieren sollte. Aus seiner - im Vergleich mit den analytischen Bemühungen der "Bremer Linken" oder des "Spartakus"-Bundes sehr einseitigen - Analyse des 4. August als "Fiasko der Instanzenpolitik" zog er den radikalen Schluß, daß die herkömmliche hierarchische Organisationsform der Partei schlechthin überholt sei, da in ihr abermals die Arbeiter an selbständigem Denken und Handeln zwangsläufig gehindert würden.

"Worauf es uns ankommt, ist die Beseitigung jeglichen Führertums in der Arbeiterbewegung. Was wir brauchen, um zum Sozialismus zu gelangen, ist reine Demokratie unter den Genossen, d. h. Gleichberechtigung, Selbständigkeit, Wille und Kraft zur eigenen Tat bei jedem Einzelnen. Nicht Führer dürfen wir haben, sondern nur aus-

12) "Lichtstrahlen" 2. Jg. (1915), Nr. 13.

13) Zur Zimmerwalder Konferenz s. Karl Radek, Der erste Schritt, in: "Lichtstrahlen" 3. Jg. (1915), Nr. 1.

14) Internationale Sozialisten Deutschlands, Die Minderheit des 21. Dezember 1915, Berlin 1916. Er sah einerseits in diesem Akt einen "Sieg der oppositionellen Massen, einen Beweis für ihre Stärke, daß sie die auf keinem festen Boden stehenden Führer gezwungen hat, ihr Rechnung zu tragen." (p. 7). - Andererseits sah er voraus, daß von diesen Kräften keine prinzipielle Opposition zu erwarten sei.

15) Er schrieb noch im Januar 1916: "... bleibt endlich eine dritte Gruppe, diejenige, die seinerzeit das vortreffliche Heft 'Internationale' herausgegeben hat. Von ihr trennt mich sachlich gar nichts". In: "Lichtstrahlen" 3. Jg. (1916), Nr. 4.

16) "Arbeiterpolitik" 2. Jg. (1917), Nr. 10: An unsere Gesinnungsgenossen.

17) Ibidem.

führende Organe, die, anstatt ihren Willen den Genossen aufzuzwingen, umgekehrt nur als deren Beauftragte handeln"¹⁸.

Einen dermaßen rigorosen Schluß aus der Führer-Masse-Problematik zu ziehen, waren selbst die Bremer Linksradikele keineswegs bereit; sie hielten Borchardt vor, daß er mit der Aufgabe der Organisationsform der Partei auf politische Aktion überhaupt verzichte. "An die Stelle der Partei setzte er die propagandistische Sekte mit anarchistischen Formen"¹⁹. Es ist in der Tat bemerkenswert, daß dies der erste Fall in der jüngeren Tradition des deutschen Linksradikalismus ist - die ja mit den älteren Traditionslinien des Anarchismus und des Syndikalismus gemeinsam die Initiativrechte des Individuums gegen den Unterordnungsanspruch des Organisationsapparates geltend machte -, in dem höchst bewußt und willentlich von einer oppositionellen Gruppe organisationsverneinende Konsequenzen gezogen wurden. Wie später in der Desintegrationsphase der linkskommunistischen und syndikalistischen Organisationen nach 1921, in der ganz analoge organisationsverneinende Tendenzen auftreten, die revolutionäre Erschöpfung des Proletariats die Basis war, so lag auch Borchardts Schlußfolgerung Resignation zugrunde, der er in einer Schrift vom Juli 1917 Ausdruck gegeben hatte²⁰. Er befand, daß in der deutschen Arbeiterschaft noch alles zu tun bleibe, damit sie sich von ihren Führern befreien und selbstverantwortlich zu denken und handeln lerne: "Fänden sich wirklich ein paar Führer, die zur Revolution aufrufen, so würden ihnen die Volksmassen nicht folgen, weil solch ein Geist gar nicht in ihnen lebt"²¹. Borchardt hatte die Spontaneitätsprämissen, die Überzeugung von der schöpferisch-revolutionären Natur der modernen Massen, aufgegeben. Persönlich hatte Borchardt sich bereits gegen Anfang des Jahres 1917 in den Kreisen der Linksradikele in Mißkredit gebracht durch die Präsentation und Herausgabe eines Buches, in dem u. a. der deutsche U-Bootkrieg gerechtfertigt wurde²². Er wurde künftig von den Linksradikele als Abtrünniger angesehen - "Julian Apostata" -, dem jedoch das historische Verdienst zukam, "in der Zeit des völligen Zusammenbruchs der Sozialdemokratie den Bauarbeitern

18) "Arbeiterpolitik" 2. Jg. (1917), Nr. 10. Die Hervorhebungen sind im Original.

19) "Arbeiterpolitik" 2. Jg. (1917), Nr. 31; Abtrünnig.

20) Julian Borchardt, Revolutionshoffnungen, Berlin 1917. Die Berliner ISD erkannten aufgrund dieser Schrift Borchardt das Recht ab, weiterhin im Namen der ISD zu sprechen. S. "Arbeiterpolitik" 2. Jg. (1917), Nr. 36.

21) Julian Borchardt, Revolutionshoffnungen, p. 7.

22) Es handelte sich um: Karl Erdmann, England und die Sozialdemokratie, Berlin 1917. S. Borchardts Rechtfertigung in der "Arbeiterpolitik" 2. Jg. (1917), Nr. 15. Die Redaktion erkannte die Rechtfertigung nicht an. Vgl. auch: Julian Borchardt, Ich und der U-Bootkrieg, ein Wort der Abwehr, Berlin 1917.

an der Neuen Internationale in seinen "Lichtstrahlen" eine Plattform"²³ geboten zu haben. - Als Borchardt nach der November-Revolution wieder die "Lichtstrahlen" herauszugeben begann, nahmen die "Bremer Linken" - die zwischen der November-Revolution und der Gründung der KPD (S) als "Internationale Kommunisten Deutschlands" (IKD) firmierten - eine skeptisch abwartende Haltung ein²⁴. Das Organ der "Freien Vereinigung" empfahl die Lektüre der "Lichtstrahlen". Borchardt hatte jedoch den Kontakt mit der radikalen Arbeiterbewegung verloren und seine Publikationen wurden in seltsamer Weise beziehungslos zur politischen Gegenwart²⁵. Die IKD hatten sehen wollen, ob sich Borchardt "ins Feuer des proletarischen Klassenkampfes" an der Seite des "Spartakus"-Bundes begeben werde, oder ob er seine Berliner Anhänger wiederum zu einem Debattierklub zusammenfassen wolle. Borchardt entschied sich in der Folge für den Diskutierklub; er blieb bis zu seinem Tode (1932) parteiloser Sozialist.

5. Die Hamburger Linksradikele

Die Hamburger Oppositionellen hatten in der linksradikalen Bewegung während des Krieges insofern eine Sonderstellung inne, als sie sich dem Internationalismus der ISD nicht anschlossen. Diese nationalen Vorbehalte wirkten sich aber erst viel später - nach dem Ausschluß der Wortführer der Hamburger Linksradikele auf dem zweiten Parteitag der KPD (S) im Oktober 1919 - aus. In ihrem Kampf gegen die "Burgfriedens"-Politik der "Instanzen" unterschieden sie sich nicht von den ISD. Laufenberg, der - wie bereits erwähnt - 1907 durch Franz Mehring nach Hamburg gerufen worden war und schon 1912 wegen seines militanten Radikalismus mit den Parteinstanzen aneinander geriet, und Fritz Wolffheim, der bis 1913 Redakteur eines IWW-Organs in den USA gewesen war, bildeten den Mittelpunkt der Opposition aus den Mitgliederzeihen, die den lokalen SPD-Vorständen vorwarfen, in Befolgung der "Burgfriedens"-Parole vorsätzlich die "imperialistische Na-

23) "Arbeiterpolitik" 2. Jg. (1917), Nr. 31.

24) S. "Der Kommunist, Flugzeitung der Internationalen Kommunisten Deutschlands" 1. Jg. (1918), Nr. 7. Dort zum Wiedererscheinen der "Lichtstrahlen": "Da es heute jedoch nicht allein auf Zielangabe ankommt, sondern ebenso auf die Methoden des Kampfes, über die sich das erste Heft nicht verbreitet, so wollen wir abwarten was die "Lichtstrahlen" dazu zu sagen haben, ehe wir uns mit ihnen solidarisch erklären".

25) Vgl. z. B. Julian Borchardt, Der kommunistische Aufbau, Berlin 1919. Julian Borchardt, Die Diktatur des Proletariats, Berlin 1919. Julian Borchardt, Kassandrarufe, Heraus aus Not und Tod! Berlin 1919.

tur dieses Krieges¹ zu verdunkeln. Konkreter Anlaß für das Aufflammen der Opposition war der Regierungs-Aufruf vom 16. 8. 1914 zur allgemeinen Wehrerziehung der Jugend; das "Hamburger Echo", Organ des SPD-Landesverbandes, schloß sich noch im selben Monat diesem Aufruf vorbehaltlos an und wurde dafür gegen die empörten Stimmen aus der Parteimitgliedschaft von den Vorständen in Schutz genommen. Laufenberg und Wolffheim skizzierten die Situation: Mit der einsetzenden Diskussion habe der Gegensatz zwischen den nach der Politik des "Echo" orientierten Führern und den an den alten proletarischen Grundsätzen festhaltenden Massen aufbrechen müssen. "Jede Kritik im Sinne der Massen erschien und mußte erscheinen als Auflehnung gegen die Ansichten und Beschlüsse der Führer"². Eigentliches Ziel der sich in dieser Auflehnung manifestierenden Opposition schien es Laufenberg und Wolffheim zu sein, "zeitgemäße Änderungen in der Organisationsform des deutschen Proletariats hervorzubringen"³. Die Vorschläge zur Organisationsreform, die die Massen zu Trägern der Organisation und der künftigen Aktion machen sollten, waren nicht wesentlich verschieden von denen, die Fritz Rück später im Namen des "Spartakus"-Bundes auf dem Gründungskongreß der USPD vortrug. In allen politischen Fragen von Groß-Hamburg sollte die Landesorganisation als die Repräsentantin der Mitgliedschaft die oberste Instanz sein. Alle politischen Redakteure und alle politischen Beamten hätten sich jährlich in der Landesorganisation zur Wahl zu stellen. Von den Reichstagsabgeordneten verlangte man, daß sie vor allen wichtigen Abstimmungen die Anweisungen der Vertrauensleute entgegennehmen und ihre parlamentarische Tätigkeit dauernd zur Diskussion stellen sollten⁴. - Wenn Laufenberg später behauptete, die Hamburger und die Bremer Opposition habe schon während des Krieges in Organisationsfragen eine von der "Spartakus"-Gruppe grundsätzlich verschiedene Position gehabt⁵, so traf das nur zu, soweit die "Spartakus"-Gruppe durch Rosa Luxemburg repräsentiert war. Ein deutlicherer Unterschied zwischen der Hamburger Opposition und der "Spartakus"-Gruppe ist in der Laufenberg-Wolffheimschen Konzeption des politischen Streiks während des Krieges und in ihrem bereits ausformulierten "Nationalbolschewismus" festzustellen. Von diesen beiden Momenten soll vorerst nur die Idee des politischen Streiks betrachtet werden. - Nachdem sie in einer ersten, im Privatdruck verlegten Broschüre im Sep-

1) Heinrich Laufenberg/Fritz Wolffheim/Carl Herz, Organisation, Krieg und Kritik, Dokumente zu den Hamburger Parteidebatten, Hamburg o.J. (März 1915), p. 8.

2) Ibidem, p. 34.

3) Ibidem, p. 75.

4) Heinrich Laufenberg/Fritz Wolffheim/Carl Herz, op. cit., p. 75.

5) Heinrich Laufenberg/Fritz Wolffheim, Kommunismus gegen Spartakismus, p. 2.

tember 1914 den imperialistischen Charakter des Krieges bloßgestellt hatten⁶, entwickelten die beiden Wortführer der Hamburger Opposition in einer weiteren Publikation und an Laufenbergs Vorkriegsschrift über den politischen Streik anknüpfend ihre Vorstellungen von der Form der fälligen Massenaktionen⁷. Ganz im Rahmen der radikalen Kritik der Vorkriegszeit blieb die Beurteilung des Parlamentarismus: "Als Herrschaftsmittel der Bourgeoisie kann der moderne Parlamentarismus nicht die Abdankung der Bourgeoisie bringen"⁸. Zur Gewerkschaftsfrage hingegen taucht eine neue Idee auf, deren Ursprung ohne jeden Zweifel auf Fritz Wolffheims Tätigkeit für die "Industrial Workers of the World" (IWW) als Redakteur des "Vorwärts der Pacific-Küste"⁹ in San Francisco zurückgeht¹⁰. - Entsprechend den Veränderungen in der modernen Industrie haben auch die Gewerkschaften - nach Meinung Laufenbergs und Wolffheims - ihre Organisation und Taktik zu ändern. Bei der fortschreitenden Zentralisation der Industrie in den Händen weniger kleiner Unternehmergruppen durch Syndizierung und Kartellisierung ganzer Industriezweige können die Arbeitnehmer einzig in der Form des Industrieverbandes dem Kapital wirksam entgegentreten. Die Form des Industrieverbandes, deren Fürsprecher in den "Freien Gewerkschaften" zu jener Zeit erst eine kleine Minderheit darstellten und die sich erst nach dem zweiten Weltkrieg in Deutschland durchsetzte, sollte aufbauen auf Betriebsorganisationen als den untersten Zellen. "Der Form der monopolisierten Industrie entspricht auf seiten der Arbeiter der reine Industrieverband auf der Grundlage der Betriebsorganisationen"¹¹. Der Erfolg der wirtschaftlichen Massenaktionen, die von dieser organisatorischen Grundlage aus geführt werden sollen, werde weniger von der finanziellen Unterstützungskraft der Verbände abhängen als davon, daß es gelinge, auch die unorganisierten Massen in Bewegung zu setzen. Gelingt dies, so wird "der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Aktion ... auf das politische Gebiet verschoben; die wirtschaftliche Teilaktion wird zur politischen Aktion der ganzen Klasse"¹² und richtet sich gegen die politische Macht der Unternehmerklasse.

6) Heinrich Laufenberg/Fritz Wolffheim, Imperialismus und Demokratie, Hamburg o.J. (1914).

7) Heinrich Laufenberg/Fritz Wolffheim, Demokratie und Organisation, Grundlinien proletarischer Politik, Hamburg 1915.

8) Ibidem, p. 48.

9) Vgl. dazu das Vorwort zu Laufenberg/Wolffheim, Demokratie und Organisation, p. 5 ff.

10) Es ist nicht ganz zutreffend, wenn Peter von Oertzen (op. cit., p. 48) in seiner detaillierten Darstellung der deutschen Rätebewegung behauptet, daß sich bei Laufenberg und Wolffheim (trotz des letzteren IWW-Vergangenheit) keinerlei Andeutungen des revolutionären Rätegedankens finden. P. von Oertzen übersieht die drei Kriegsbroschüren Laufenbergs und Wolffheims.

11) Laufenberg/Wolffheim, Demokratie und Organisation, p. 55.

12) Laufenberg/Wolffheim, Demokratie und Organisation, p. 66.

Nicht nur das Betriebsorganisations- und Industrieverbands-Prinzip der IWW, einer amerikanischen Ausprägung des revolutionären Syndikalismus, ist 1915 in Laufenbergs und Wolffheims Programm für die Gewerkschaften enthalten; in der Vorstellung vom Umschlag der wirtschaftlichen in die politische Aktion steckt auch die syndikalistische Idee des Generalstreiks als Einleitung der sozialen Revolution. Die beiden Autoren beteuerten 1915 noch, daß es sich nicht "um die Zerstümmerung der bestehenden Verbände" handele, sondern um deren "durch die Verhältnisse geforderte Umformung"¹³. Auch firmieren diese Ideen noch nicht unter dem Begriff des Unionismus. Da Laufenberg und Wolffheim aber versichern, daß die in den drei Kriegsbroschüren vertretenen Ideen "nicht nur die persönlichen Auffassungen der Autoren zum Ausdruck brachten, sondern die Anschauung der reifsten und klarsten Köpfe innerhalb der Arbeiterschaft selbst"¹⁴, kann es als sicher gelten, daß in Hamburg bereits während der Kriegsjahre unionistische Vorstellungen diskutiert wurden; Hamburg blieb auch später der Umschlagort und das Ausstrahlungszentrum des deutschen Unionismus nach dem Vorbild der "Industrial Workers of the World".

6. Die spontanen Streikbewegungen und die Verselbständigung lokaler Gewerkschaftsorganisationen

Mit der Empörung gegen die "Instanzen"-Politik in der SPD ging die Oppositionsbewegung gegen die Politik der Vorstände der "Freien Gewerkschaften" einher. In der radikalen politischen Opposition zeichneten sich - wie dargestellt - die Grundpositionen der Entstehungsphase der späteren KPD ab. Aus der Opposition in den wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen entstand während des Krieges unmittelbar die Grundlage für die spätere Massenbasis des deutschen Syndikalismus und der sich ihm nähernden linkskommunistischen Gewerkschaftsorganisationen. - Die Vorkriegskritik an den Gewerkschaften aus dem Lager der Radikalen schien nachträglich gerechtfertigt durch das Verhalten der Vorstände der "Freien Gewerkschaften" im August 1914. Man erklärte in weiten Kreisen diesen "Verrat der Gewerkschaftsführer" mit den Schlagworten der "Bürokratisierung", "Apparatisierung" und des "Bonzentums"¹⁵. Neben der freiwilligen Aufgabe des Streikrechts

13) Ibidem, p. 76.

14) Laufenberg/Wolffheim, Kommunismus gegen Spartakismus, p. 3.

1) Vgl. dazu Rudolf Rettig, Die Gewerkschaftsarbeit der Kommunistischen Partei Deutschlands von 1918-1925, unter besonderer Berücksichtigung der Auseinandersetzungen mit den Freien Gewerkschaften, Diss. phil. (masch.) Hamburg 1954, p. 3 f.

durch den "Burgfriedens"-Beschluss vom August 1914 war insbesondere die durch das Hilfsdienstgesetz vom Dezember 1916 bewirkte Aufhebung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer der Gegenstand der Kritik innerhalb der Gewerkschaften². "All diese Beschlüsse der Gewerkschaftsinstanzen seit Kriegsausbruch beruhen nicht auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Mitglieder, sondern entspringen durchweg dem autokratischen Machtbewußtsein dieser Instanzen"³, hieß es Ende Februar 1918 z. B. auf dem außerordentlichen Verbandstag der Kürschner. Die Auflehnung gegen diese autokratischen Maßnahmen war schon 1915 in der internen Auseinandersetzung der einzelnen Gewerkschaften bemerkbar⁴. Im Juni 1917 wurde dann z. B. eine Resolution der 13. ordentlichen Generalversammlung des innerhalb der "Freien Gewerkschaften" schon damals bedeutendsten Metallarbeiterverbandes mit nur 77 gegen 44 Stimmen abgelehnt, in der es u. a. zur "Haltung der Verbandsinstanzen zu den im Krieg aufgeworfenen Fragen" hieß:

"Die Demokratie ist die Grundlage der Organisation. Der Wille der Mitglieder ist das oberste Gesetz. Die Funktionäre können nur das Werkzeug des Willens der Mitglieder sein. Das schließt jede Instanzenpolitik aus. Den Mitgliedern muß innerhalb der Organisation das Recht der freien Meinungsäußerung gewährleistet sein ... Gegen diese Haltung (die Unterstützung der Regierung, d. Verf.), besonders bei Schaffung des Hilfsdienstgesetzes, erhebt die Generalversammlung den allerschärfsten Protest ... Die Generalversammlung protestiert weiter gegen die Versuche der Generalkommission und der Vorständekonferenz, die Gewerkschaften auf die Politik des 4. August festzulegen - diese Versuche führen zu einer unheilvollen Instanzenpolitik und untergraben die demokratischen Grundlagen der Organisation"⁵.

Das profunde Mißtrauen gegen die Arbeiterführer des August 1914, das schon im Zusammenhang mit der Gründung der USPD als der konstan-

2) Das Hilfsdienstgesetz wird von einer zeitgenössischen Polemik aus den Reihen der USPD als "die tatkräftigste Unterstützung der Kriegspolitik von seiten der Gewerkschaften" bezeichnet. S. Hermann Liebmann, Die Politik der Generalkommission; ein Sündenregister der Zentralvorstände der Freien Gewerkschaften Deutschlands und ein Wegweiser für die Zukunft, Leipzig 1919, p. 48. Vgl. dort auch zu den geschichtlichen Ursachen des "Burgfriedens"-Beschlusses.

3) Zitiert bei: Paul Lange, Die Politik der Gewerkschaftsführung von 1914 - 1919, Berlin 1919, p. 23.

4) Vgl. dazu: Emil Lederer, Sozialpolitische Chronik; Die Gewerkschaftsbewegung 1914/16, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. XXXV (1916/17), p. 285 ff.

5) Zitiert bei: Philipp Alexander Koller, Das Massen- und Führerproblem in den "Freien Gewerkschaften", Tübingen 1920, p. 93 f. Diese Publikation erschien als Ergänzungsheft Nr. 17 des Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik; das Archiv setzte die mit Robert Michels' Aufsätzen begonnenen Untersuchungen über das Bürokratisierungsphänomen damit am Beispiel der Gewerkschaften fort.

teste sozialpsychologische Faktor für die Bildung der neuen Linksgruppierungen festgestellt wurde, tritt auch hier klar zu Tage. Die Schlußfolgerungen, die daraus hergeleitet wurden, reichten von der Forderung des bloßen Auswechselns der kompromittierten Führergarnitur der "Freien Gewerkschaften" bis zur quasi-syndikalistischen völligen Selbstbestimmung der lokalen Gewerkschaftsorganisationen. Der größere Teil der Unzufriedenen neigte zweifellos zur gemäßigteren Lösung des Oligarchieproblems entsprechend den gemäßigten Dezentralisierungsforderungen der USP-Mehrheit; die USPD wurde seit ihrer Gründung im April 1917 zum organisatorischen Träger auch der gewerkschaftlichen Oppositionsbewegung. Der Gründungskongreß hatte den systematischen Kampf gegen die Politik der Gewerkschaftsinstanzen innerhalb der Gewerkschaftsverbände gefordert und die Organisierung der auf der Seite der Opposition stehenden Gewerkschaftsmitglieder⁶. In den Kreisen der linksradikalen Gruppen hingegen zeigte man vorerst kein Interesse am Organisieren der gewerkschaftlichen Opposition; so lehnte eine Reichsdelegiertenkonferenz des "Spartakus"-Bundes im Oktober 1918 eine Stellungnahme zur Gewerkschaftsfrage mit der Begründung ab, zur Zeit sei die Haltung der Gewerkschaften für das politische Geschehen von untergeordneter Bedeutung⁷.

Angesichts der Fortdauer des Krieges, der zunehmend schwierigeren Versorgungslage im Reiche und schließlich unter dem Eindruck der revolutionären Ereignisse in Rußland trat im April 1917 die Oppositionsbewegung in den Gewerkschaften in der Form spontaner Streiks im ganzen Reich zuerst offen zu Tage; sie schwoll in den Januarstreiks des folgenden Jahres an und brach nach der Novemberrevolution vollends los. Diese "wilden" Streiks - zwar genau dem syndikalistischen Postulat der direkten Aktion und der Forderung der spontanen Massenaktion, wie sie von den sozialdemokratischen Linksradikalen vor dem Krieg formuliert worden war, entsprechend - entstanden allerdings ganz ohne vorbedachtes Programm als unmittelbare Selbsthilfemaßnahme der Arbeiter aus ihrer wirtschaftlichen Notlage heraus. Daß gegen diese Streiks von seiten der Generalkommission gelegentlich in Zusammenarbeit mit Militärbehörden⁸ repressiv vorgegangen wurde, verstärkte nur die Kluft zwischen den Oppositionellen und den Gewerkschaftsführern.

"Da die gegenwärtigen Massenstreiks im deutschen Reich gegen den Willen der Zentralleitung der deutschen Gewerkschaften entstanden sind und den

6) Vgl. dazu: Rudolf Rettig, op. cit., p. 6 ff.

7) S. Ibidem, p. 9 f.

8) S. dazu: Hermann Liebmann, op. cit., p. 50 ff.

großen Umfang angenommen haben, ergibt sich, daß die Generalkommission das Vertrauen der Massen nicht mehr besitzt"⁹.

Das kam unmißverständlich zum Ausdruck in den Orten, wo die Opposition die Mehrheit bildete; dort verjagte man in der Regel die alten Funktionäre, behielt die Beitragszahlungen an die zentralen Organisationsinstanzen inne und reorganisierte sich auf lokaler Ebene¹⁰. Wie die Methode der direkten Aktion, so war auch dieser "Lokalismus", - die sich somit ergebende faktische Autonomie der untersten Organisationseinheiten - das unmittelbare Ergebnis aus der besonderen Situation der organisierten Arbeiterschaft in Deutschland und nicht das Resultat syndikalistischer oder übriger linksradikaler Agitation. Auf dieser sozialen Basis, der breitgelagerten Disposition zur unmittelbaren Selbsthilfe (direkten Aktion) und lokalen Autonomie als Reaktion auf die durch die "Burgfriedens"-Politik kompromittierten Zentralinstanzen (Föderalismus), erhielten dann nach der ersten revolutionären Enttäuschung in der zweiten Hälfte des Jahres 1919 die syndikalistischen und linkskommunistischen Gewerkschaftsorganisationen Massenzulauf.

Die syndikalistischen und unionistischen Theorien traten zwar erst nach der Novemberrevolution in Erscheinung und dienten der Selbstverständigung der in der Arbeiterbewegung bereits voll ausgeprägten Tendenzen. Doch setzte diese Entfaltung der neuen wirtschaftskämpferischen Ideologien nicht unvermittelt ein. In der Gewerkschaftsopposition wurden Überlegungen über die Aufgaben der Gewerkschaften nach dem Kriege angestellt, die direkt zum Unionismus hinführen mußten oder diesen bereits in Ansätzen vorwegnahmen. Spuren dieser theoretischen Versuche finden sich zahlreich in der Bremer "Arbeiterpolitik". Sie begannen etwa gleichzeitig mit den ersten großen spontanen Streikbewegungen seit Anfang 1917. In einem Beitrag vom März 1917¹¹ wird der Organisationsfetischismus der Gewerkschaften angeführt als Ursache ihrer "Burgfriedens"-Politik und ihrer Unzulänglichkeit für jeden ernsthaften Kampf mit dem Kapital. Gegen die - also bereits zirkulierende - Parole: "Heraus aus den Gewerkschaften!"¹² werden noch Vorbehalte angemeldet, die in den späteren Beiträgen zur Gewerkschaftsfrage fielen. Zu den neuen Formen der gewerkschaftlichen Organisation wird erwogen, daß die Kämpfe mit dem Kapital nach dem

9) So im Februar 1918 der Zentralverband der Handlungsgehilfen, zitiert bei Paul Lange, op. cit., p. 22.

10) Die bereits erwähnte Resolution der Generalversammlung des deutschen Metallarbeiterverbandes im Juni 1917 hatte z. B. das Einbehalten der Beitragsgelder gefordert. Weitere Beispiele für diese Vorgänge bei Philipp Alexander Koller, op. cit., p. 99 f.

11) "Arbeiterpolitik" 2. Jg. (1917), Nr. 12: Gewerkschaftsprobleme.

12) Ibidem.

Kriege einen "ausgeprägten Charakter von spontanen Machtproben haben werden, bei denen schwer organisierbare Elemente den Ausschlag geben: ungelernte, weibliche und jugendliche Arbeiter"¹³. Um solchen Kämpfen gerecht zu werden, "müßte die künftige Organisation beweglicher und anpassungsfähiger gestaltet werden"¹⁴. Die bürokratiefördernden Unterstützungseinrichtungen würden wegfallen und die Berufsorganisation ebenso, da sie durch die Entwicklung der modernen Großindustrie überholt seien. "Die Entwicklung muß über den Industrieverband hinaus zu einer Organisation auf breitester Grundlage geführt werden, die sich, natürlich angepaßt, auf Betriebe gliedert (? , gemeint "stützt", d. Verf.)"¹⁵. Man erkennt das Gewerkschaftsprogramm der Hamburger Linksradikalen wieder, das unter dem Einfluß des ehemaligen IWW-Redakteurs Wolffheim formuliert wurde¹⁶.

Eine weitere Resonanz in der gewerkschaftlichen Opposition hatte offenbar eine andere Idee, die - wie der Hamburger Unionismus von Wolffheim und Laufenberg - nach dem Kriege von Otto Rühle zur revolutionären Theorie entwickelt wurde: die Idee der Einheitsorganisation. Der erste Aufsatz, der diese Idee darlegt, erschien im Juni 1917 in der "Arbeiterpolitik"¹⁷. In noch unsicheren und nicht gerade geschickten Wendungen ruft der Aufsatz zur Diskussion der neuen Organisationsform auf, die der Tatsache gerecht werde, daß der Arbeiter "nicht zwei Seelen, eine Gewerkschaftsseele und eine Parteiseele"¹⁸ habe. Über die konkrete Form der neuen Organisation brachten auch die zahlreichen nachfolgenden Artikel über die "Einheitsorganisation" nicht viel Klarheit. Der Aufruf vom Juni 1917 sah vor:

"Die neue Organisation muß eine großzügige in sich selbst abgeschlossene, aber doch fein gegliederte Organisation der Arbeit sein. Die einzelnen Berufe bilden darin Sektionen, worin sie ihre eigenen Berufsinteressen vertreten können. Da aber die Fühlung mit den anderen Berufszweigen eine innigere sein wird wie bei den heutigen Kartellen, so wird auch ihre Politik mehr Rücksicht auf die Gesamtinteressen der Arbeiterschaft nehmen müssen. Da aber die neue Organisation zugleich politisch ist, wird es möglich sein, daß sie ihre Parlamentsvertreter aus ihrer Mitte wählt"¹⁹.

13) Ibidem.

14) "Arbeiterpolitik" 2. Jg. (1917), Nr. 12.

15) Ibidem.

16) Vgl. oben den Abschnitt über die Hamburger Linksradikalen.

17) "Arbeiterpolitik" 2. Jg. (1917), Nr. 22: Die Grundlegung einer neuen Arbeiterorganisation. Der Artikel wurde von der Redaktion der "Arbeiterpolitik" so eingeleitet: "Aus Gewerkschaftskreisen wurden uns eine Reihe Artikel zur Verfügung gestellt, die deutlich zeigen, daß auch in den konservativen Organisationen der Arbeiterschaft, den Gewerkschaften, jetzt endlich der Geist der Zeit zu wirken beginnt".

18) Ibidem.

19) Ibidem.

In kurioser Weise glaubte man zu dieser Zeit noch, die Einheitsorganisation mit dem Parlamentarismus vereinigen zu können. Auch stellte man sich die neue Einheitsorganisation noch nach Berufen gegliedert vor. Später trat das Betriebsorganisations- und Industrieverbandsprinzip an die Stelle der Berufsgliederung, die Institution des Parlaments lehnte man strikte als Relikt der bürgerlichen Epoche ab. Man versprach sich von der neuen Organisation eine Ballung der oppositionellen Energien der Arbeiterschaft, die Verminderung des "Bürokratismus" und geringere Beiträge, "da das Unterstützungswesen überflüssig ist"²⁰. In den weiteren Artikeln zur Einheitsorganisation²¹ wurde kann klar, daß die Bremer Linksradikalen in dieser die Alternative zu den alten Gewerkschaftsverbänden zu sehen begannen²². In dem Maße, wie sich die "Arbeiterpolitik" der Propagierung dieser Idee öffnete, trat in ihr die spätere linkskommunistische Parole "Heraus aus den Gewerkschaften!" hervor.

Zeitgenössische Beobachter glaubten, die Wirksamkeit syndikalistischer Ideen bereits in den Streiks der Berliner Rüstungsindustrie im Februar und März 1918 feststellen zu können²³. Gerade in Berlin, der bei weitem stärksten Bastion der "Freien Vereinigung" vor 1914, ist es durchaus wahrscheinlich, daß die syndikalistische Agitation innerhalb der Opposition eine gewisse Rolle gespielt hat. Selbst bei diesen Bezeugungen ist jedoch nicht sicher, ob man nicht die Tendenz mit der Sache verwechselte, wie etwa Carl Legien, der die bereits zitierte oppositionelle Resolution der 13. ordentlichen Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes als "anarcho-syndikalistisch" bezeichnet²⁴, als welche sie in irgendeinem historisch sinnvollen Verständnis nicht zu benennen war. Zu Beginn des Krieges hatte die syndikalistische "Freie Vereinigung" durch ihre mutigen Anti-Kriegsdemonstrationen eine kurze Rolle in der Arbeiteropposition gegen die "Burg-

20) Ibidem.

21) S. "Arbeiterpolitik" 2. Jg. (1917), Nr. 52; 3. Jg. (1918), Nr. 13, 19, 20, 26, 34, 42 usw.

22) Vgl. "Arbeiterpolitik" 3. Jg. (1918), Nr. 20: Zur Reorganisation der Gewerkschaften: "Der um die Unabhängigen gruppierte Teil will eine Reorganisation der Gewerkschaften, indem der Verbleib innerhalb derselben empfohlen, vor Austritt aber gewarnt wird. - Wir Linksradikalen erkennen jedoch hierin eine den Unabhängigen zur zweiten Natur gewordene Halbheit, die an dem ganzen System nicht das Geringste ändern kann. Wir wünschen und erstreben zunächst den Austritt aus den Gewerkschaften, um der Einheitsorganisation den Boden zu bereiten". - Den jüngeren Untersuchungen über den Ursprung des Rätegedankens in der deutschen Revolution blieben nicht nur die unionistischen Ideen der Hamburger Linksradikalen, sondern auch diese Bewegung für die Einheitsorganisation als unmittelbar vorbereitende Tendenzen verborgen.

23) S. Emil Lederer, Sozialpolitische Chronik: Die Gewerkschaftsbewegung 1916/18, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. XXXVI (1918/19), p. 844 ff. S. auch; von Saurma-Jeltsch, op. cit., p. 50 ff.

24) S. Philipp Alexander Koller, op. cit., p. 79.

riedens"-Politik gespielt; nachdem ihre Organisation jedoch zerschlagen, ihre Presse verboten worden war und eine Reihe von Redakteuren sich wegen antimilitaristischer Propaganda im Gefängnis befand²⁵, war an eine auch nur sporadisch wirksame organisatorische Agitation in der Illegalität kaum mehr zu denken. Fritz Kater sorgte bis zur Novemberrevolution für die illegale Verbindung zwischen den Organisationsresten²⁶ und schuf so die Voraussetzungen für das überraschend schnelle und energische agitatorische Hervortreten der "Freien Vereinigung" bereits im November 1918. Ebenso unbedeutend wie der Einfluß des deutschen Syndikalismus war der Einfluß der übrigen linksradikalen Kreise auf die Oppositionsbewegung in den Gewerkschaften während des Krieges. Auch die Hamburger unionistische Propaganda und die Bremer Agitation für die Einheitsorganisation blieben von lokal begrenzter und untergeordneter Bedeutung. - Die tatsächliche tendenzielle Annäherung oppositioneller Teile der deutschen Gewerkschaften an syndikalistische Organisations- und Aktionsprinzipien vollzog sich unabhängig von der syndikalistischen und übrigen linksradikalen Agitation; das Aufleben dieser Agitation seit Mitte 1917 war eher eine Folgeerscheinung als die Ursache jener spontan entstandenen Annäherung.

IV. DIE ENTFALTUNG DER LINKSRADIKALEN TRADITIONEN IN DER DEUTSCHEN REVOLUTION 1918/19: DIE PHASE DER LINKSRADIKALEN AKTIONSEINHEIT

1. Der Sieg der linkskommunistischen Tendenz auf dem Gründungsparteitag der KPD (S)

Die bisherige Darstellung der Grundlagen des Linkskommunismus und des Syndikalismus zwischen 1890 und 1918 konnte sich auf die Analyse immanenter Organisationskonflikte beschränken, da die beiden linksradikalen Traditionen lediglich - auch im Falle organisatorischer Verselbständigung - Epiphänomene der deutschen Sozialdemokratie blieben; eine politische Rolle spielten sie nicht. Bereits während des ersten Weltkrieges begannen sie jedoch, in der Opposition und durch die Opposition gegen die "Burgfriedens"-Politik der SPD einen - wenn auch vorerst geringfügigen - politischen Faktor auszumachen. Die kräftige Weiterentwicklung der beiden radikalen Traditionen nach dem November-Umsturz von 1918 erhöhte ihre politische Relevanz innerhalb des revolutionären Teils der deutschen Arbeiterschaft. Sobald diese Traditionen nicht mehr sektenhaft isoliert abseits der tagespolitischen Vorgänge, sondern handelnd und erleidend im politischen Kräftefeld stehen, bedarf die organisationssoziologische Perspektive der Erweiterung durch die Beschreibung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Entwicklung. Die organisatorische Verselbständigung, Konsolidierung und Desintegration der beiden in der KAPD, der AAUD und der FAUD zusammengefaßten linksradikalen Traditionen, die sich zwischen der November-Revolution und dem Ende der Inflationsperiode vollziehen, sind weitgehend Reflexe der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gesamtentwicklung in Deutschland, mit anderen Worten: Reflexe des Entwicklungsganges der deutschen Revolution.

Die politische Umwälzung vom 9. November 1918 war von der Mehrheitssozialdemokratie nicht gewollt, von den Linksradikalen zwar gewollt, aber nicht inszeniert; sie war das Ergebnis der spontanen Erhebung der Arbeiter und Soldaten gegen den immer sinnloser erscheinenden Krieg und das materielle Elend, das dieser mit sich gebracht hatte¹. Nach Kriegsende und nach dem Zusammenbruch der Monarchie wurde unter der Regierung der Mehrheits- und Unabhängigen Sozial-

25) S. Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p. 192 ff.

26) So Rudolf Rocker, Biographie von Fritz Kater, p. 17.

1) Vgl. dazu: Arthur Rosenberg, Entstehung der Weimarer Republik, p. 202. S. neuerdings die hervorragende Zusammenfassung der Diskussion um den Charakter der Novemberrevolution bei: Peter von Oertzen, op. cit., p. 51 ff.

demokratie aus dieser Revolte in linksradikaler Sicht bald eine "Erhebung der friedensbedürftigen Sozialpolitiker"². Der Kampf der Linksradikalen um den Ausbau der spontan etablierten Organe der Revolution, der Arbeiter- und Soldatenräte, wurde bereits auf der Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte im Dezember 1918 zugunsten des bürgerlich-parlamentarischen Systems, d. h. der Nationalversammlung, entschieden. In der noch unmittelbar revolutionären Situation des 15. November 1918 bahnte die Generalkommission der "Freien Gewerkschaften" in Verhandlungen bereits die Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmerverbänden an. Die mehrheitssozialdemokratische Regierung Eberts glaubte sich Ende 1918 schon gezwungen, Offiziere der ehemaligen kaiserlichen Armee gegen die rebellierende Volksmarinedivision zu Hilfe rufen zu müssen. Es war bald offensichtlich, daß sich an der realen Machtstruktur in Deutschland wenig geändert hatte: Sowohl Wirtschaft und Militär, wie der Verwaltungs- und Justizapparat des wilhelminischen Deutschland blieb im wesentlichen erhalten. Das politische System der Monarchie war zusammengebrochen, an seiner Stelle war unter sozialdemokratischer Regierung ein bürgerlich-demokratisches System im Begriffe, sich zu verwirklichen. Im Dezember 1918 war die große Mehrheit der Arbeiterschaft, die hinter der SPD stand, bereit, sich mit diesem System zu begnügen. Die kleine Minderheit der Linksradikalen erstrebte unter der Parole "Von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution!" mit im einzelnen unterschiedlichen Zielvorstellungen den nächsten Schritt der sozialen Revolution. Dieses Kräfteverhältnis veränderte sich erheblich in den folgenden Monaten. Am 29. 12. 1918 schieden die USP-Vertreter aus der seit dem 10. November bestehenden Regierung des Rates der Volksbeauftragten aus als Protest gegen das Verhalten Eberts und Scheidemanns zu den Kämpfen gegen die Volksmarinedivision. Sie sahen in den Mehrheitssozialdemokraten die Gefangenen der militärischen Gegenrevolution³. In der weiteren Entwicklung geriet die SPD-Regierung mit der durch Noske repräsentierten gewaltsamen Repressionspolitik gegen die proletarischen Insurgenten immer mehr in die Abhängigkeit der kaiserlichen Offiziere; andererseits und in Reaktion darauf setzte in der deutschen Arbeiterschaft eine "rapide Massenflucht nach links"⁴ ein. Verursacht durch die zunehmende Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, die große Mengen bisher nicht organisierter Arbeiter politisierte, und ausgelöst durch den "Spartakus-Aufstand" im

2) Arthur Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik; vgl. seine Analyse der Politik des Rates der Volksbeauftragten, p. 27 ff.

3) Vgl. Arthur Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, p. 48 f.

4) Heinrich Ströbel, Die deutsche Revolution, p. 102; die Mitgliederzahl der radikalisierten USPD stieg von 100 000 im November 1918 auf 300 000 im Februar 1919.

Januar 1919 und dessen brutale Niederkämpfung, entstand bis zum April 1919 eine Kette von Massenstreiks und bewaffneten Kämpfen im ganzen Reich, die mit dem Ende der Bayrischen Räterepublik Anfang Mai 1919 abbrach. - Während dieser Phase nahm der Zulauf zu den linksradikalen Gruppierungen, der schon während des Krieges eingesetzt hatte, abermals zu. Von der Massenflucht nach links profitierten außer der USPD auch die linksradikalen Gruppierungen; hier wie in ihrer späteren Entwicklung sind diese traditional disparaten Tendenzen denselben soziologischen Gesetzmäßigkeiten unterworfen und zeigen weitgehend analoge Erscheinungen der Verfestigung und des Verfalls. - In der ersten durch Massenstreiks und bewaffnete Aufstände charakterisierten Entwicklungsphase der deutschen Revolution vom November 1918 bis Mai 1919 kämpften die Anhänger der jüngeren und der älteren Tradition des deutschen Linksradikalismus unter den gleichen Parolen nebeneinander; es ist die Phase der linksradikalen Aktions-einheit. Die "Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften" empfahl im Dezember 1918 ihren Mitgliedern, sich einer der links stehenden Parteien anzuschließen; die seit November 1918 "Internationale Kommunisten Deutschlands" (IKD) firmierenden ISD vereinigten sich mit der "Spartakus"-Gruppe am Jahreswechsel 1918/19 zur "Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)".

Nicht mehr den Einschränkungen der Illegalität unterworfen, durch die Massenflucht der Arbeiterschaft nach links und durch die revolutionäre Situation gefördert, hatte die organisatorische Verfestigung der beiden linksradikalen Traditionen nach dem 9. November 1918 erhebliche Fortschritte gemacht. Der "Spartakus"-Bund und die ISD waren bisher immer noch "erst Föderationen lokaler Gruppen, die in fast allen größeren Städten bestanden, noch keine Parteien"⁵. Beide kamen aber dem Ziel der eigenen Organisationsbildung in den Monaten November und Dezember 1918 ein Stück näher. - Am 23. 11. 1918 nahm der Bremer Vorort der ISD einen Antrag Johann Kniefs an, der die Umbenennung der Bewegung in "Internationale Kommunisten Deutschlands" vorschlug⁶. In Bremen erschien neben der "Arbeiterpolitik" ab 27. 11. 1918 die Tageszeitung "Der Kommunist" als Flugzeitung der IKD, die in den ersten Monaten von Knief redigiert wurde und vom Januar bis April 1920 als "Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands" wei-

5) Paul Frölich, Rosa Luxemburg, p. 327.

6) Vgl. dazu den Bericht in: "Der Kommunist, Flugzeitung der Internationalen Kommunisten Deutschlands" 1. Jg. (1918), Nr. 2. Die Wahl dieses Namens wurde später ("Kommunist" 1. Jg. (1918), Nr. 10) so begründet: "Der Kommunismus von 1848 stellte dem "wahren" oder "deutschen" Sozialismus, der die Ideologie des Kleinbürgertums war, die Weltanschauung des Proletariats gegenüber. - Der Kommunismus von 1918 stellt dem kapitalistisch-imperialistischen Sozialismus den Kampf des Proletariats entgegen".

ter erschien. In Berlin war Werner Möller⁷, neben Johann Knief der eifrigste Mitarbeiter an der "Arbeiterpolitik" und zuvor schon Mitglied der "Lichtstrahlen"-Gruppe, für die IKD tätig. In Dresden erschien gleichfalls ab November 1918 eine Flugzeitung der IKD mit dem Namen "Der Kommunist", die ab Januar 1919 als Organ der KPD (S) und vom April 1920 bis 1921 als Organ der KAPD herausgegeben wurde. Am 1. Dezember 1918 fand in Dresden eine große Gründungsversammlung der IKD Sachsens statt, bei der Otto Rühle führend hervortrat. Die IKD schienen sich im Reichsmaßstabe zu konsolidieren. Die Hamburger Linksradikalen um Laufenberg und Wolffheim, die während des Krieges das Etikett ISD nicht übernommen hatten, solidarisierten sich noch im November 1918 mit den IKD.

In der neuen Phase der bewaffneten Kämpfe nach dem 9. November stellte sich nahezu selbsttätig die Solidarität aller linksradikalen Tendenzen her; so auch zwischen den IKD und dem "Spartakus"-Bund. Der Bremer "Kommunist" schrieb am 5. Dezember 1918: "Wir bekennen uns restlos zu den revolutionären Aktionen des "Spartakus"-Bundes, zu der ihnen zugrunde liegenden Kampfmethod, die die des Bolschewismus ist, und zu ihrer Durchführung. Wir werden weiter alle unsere Kräfte aufbringen, um sie allerorts durch gleiche Aktionen zu unterstützen"⁸. In der Diskussion taktischer Fragen bestanden die während der Kriegsjahre formulierten Gegensätze weiter. Die ISD hatten um den 9. November wie der "Spartakus"-Bund die Losung "Alle Macht den Räten!" ausgegeben⁹. Wie der "Spartakus"-Bund waren sie überzeugt, daß der 9. November nur der erste Schritt der sozialen Revolution sei¹⁰; Pannekoek schrieb am 23. November, von der russischen Revolution von 1905 sei mit Recht gesagt worden, daß sie eine bürgerliche Revolution gewesen sei, mit proletarischen Mitteln vom Proletariat durchgeführt; dasselbe gelte für die deutsche Revolution; sie habe die bürgerliche Demokratie erkämpft durch die Massenkraft des Proletariats¹¹. Im Gegensatz zum "Spartakus"-Bund waren die IKD aber nicht der Meinung, daß diese etablierten Arbeiter- und Soldatenräte Vehikel der Revolution sein könnten; da in ihnen die USP-Vertreter allerorts in der Mehrheit seien und da sie als Produkte der spontanen

7) S. den biographischen Anhang.

8) "Der Kommunist" (Bremen), 1. Jg. (1918), Nr. 8.

9) Am 9. November 1918 stellte die "Arbeiterpolitik" in einem Flugblatt an das deutsche Proletariat folgende Gegenwartsforderungen: "Zur Erzwingung und Übernahme der politischen Gewalt bilden die Arbeiterräte die Grundlage in Verbindung mit den Soldatenräten. Ein aus dem Arbeiterat gewählter Aktionsausschuß muß durch Unterkommissionen sich der Ressorts der bisherigen Verwaltungsbehörden bemächtigen. Die Polizeitruppe muß sofort entwaffnet und aufgelöst werden". "Arbeiterpolitik", 3. Jg. (1918), Nr. 45.

10) "Arbeiterpolitik", 3. Jg. (1918), Nr. 47.

11) Ibidem.

Massenbewegung "verworren wie die Bewegung selbst"¹² seien, sahen die IKD weiter ihre gegenwärtige Hauptaufgabe darin, "überall Klärung zu schaffen"¹³, d. h. klare Fronten zu schaffen in der Arbeiterbewegung zwischen den "Sozialpatrioten" (SPD und USPD) und den revolutionären Kräften, als die sie sich selbst verstanden. Aufgrund ihrer kritischeren Einschätzung der bestehenden Räte¹⁴ blieb den IKD die Enttäuschung erspart, die für Rosa Luxemburg zweifellos die Selbstaufgabe der Arbeiter- und Soldatenräte sein mußte¹⁵, die sich auf der Dezemberkonferenz 1918 in Berlin mit der Entscheidung für die Einberufung einer Nationalversammlung vollzog.

Am 24. 12. 1918 hielten die IKD eine Reichskonferenz in Berlin ab, die beschickt worden war von der Wasserkante, dem Rheinland, Sachsen, Bayern, Württemberg und Berlin; die Hauptfrage war, ob die IKD selbständig bleiben oder trotz der weiter bestehenden Differenzen mit dem "Spartakus"-Bund zusammengehen sollten¹⁶. Am gleichen Tage kam es über die Frage der Einberufung eines Parteikongresses, der Stellung nehmen sollte zu den Wahlen zur Nationalversammlung, zum Bruch zwischen der USPD und dem "Spartakus"-Bund. Karl Radek - der ehemalige Mitarbeiter der linksradikalen "Bremer Bürgerzeitung", der im November 1917 nach Moskau gegangen war, dort eine hohe Stellung im Außenministerium innehatte und im Dezember 1918 nach Deutschland zurückkehrte und künftig Lenins Deutschlandpolitik wesentlich beeinflusste - veranlaßte daraufhin trotz des Sträubens Kniefs von den IKD und Jogiches' vom "Spartakus"-Bund, daß die IKD den "Spartakus"-Bund zur Gründung einer gemeinsamen Partei einluden. Obwohl Rosa Luxemburg auch jetzt nicht glaubte, daß die Zeit für die Gründung einer eigenen linksradikalen Partei reif sei, setzte sich die fusionswillige Mehrheit des "Spartakus"-Bundes durch¹⁷. Der Gründungskongreß der KPD (S) wurde am 30. 12. 1918 eröffnet. Johann Knief schrieb tags darauf, die Geschichte habe den IKD Recht gegeben; heute sei der "Spartakus"-Bund genötigt, zur organisatorischen Trennung von den Unabhängigen zu schreiten; "und wir hoffen, daß ihm diese reinliche Scheidung möglichst gründlich gelingen wird"¹⁸.

12) So Johann Knief, in: "Arbeiterpolitik", 3. Jg. (1918), Nr. 49.

13) S. "Der Kommunist" (Bremen), 1. Jg. (1918), Nr. 5. Zu der Kardinalforderung nach "Klärung" vgl. auch: "Der Kommunist" (Bremen), 1. Jg. (1918), Nr. 6; Richtungskämpfe, Nr. 15; Aus der Dresdener revolutionären Bewegung, Nr. 24; Was nun kommt, usw.

14) S. besonders Johann Knief; Von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution, in: "Arbeiterpolitik" 3. Jg. (1918), Nr. 49.

15) S. "Die Rote Fahne", (Organ des "Spartakus"-Bundes) 1. Jg. (1918), Nr. 35; Rosa Luxemburg; Selbstmord des Rätekongresses.

16) S. Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, p. 264.

17) Vgl. dazu Werner T. Angress, op. cit. .p. 22 f.

18) Johann Knief; Spartakus und wir, in: "Der Kommunist" (Bremen), 2. Jg. (1919), Nr. 1.

Sicherlich nicht ohne einen gewissen Zweckoptimismus fügte Knief hinzu, was jetzt noch an Differenzen bestehe, beziehe sich in der Hauptsache auf organisatorische Fragen¹⁹. Die in der Diskussion des Verschmelzungskongresses des "Spartakus"-Bundes mit den IKD tatsächlich hervortretenden organisatorischen und taktischen Differenzen zwischen den Führern des "Spartakus"-Bundes und der Mehrheit der Delegierten, die die IKD einschloß, waren allerdings so erheblich, daß sie während der folgenden etwa 16 Monate zu schwersten innerorganisatorischen Kämpfen führten, die bisweilen die Existenz der jungen "Kommunistischen Partei Deutschlands" überhaupt in Frage stellten. Der Streit ging um drei Fragen, die für die Stellung der KPD (S) in der Revolution von grundsätzlicher Bedeutung waren. Es ging um die Frage der zentralistischen oder föderalistischen Organisation der Partei selbst, um die Frage der Beteiligung an der Parlamentsarbeit und darum schließlich, ob man innerhalb der bestehenden Gewerkschaften für die Revolution arbeiten solle oder neue gewerkschaftliche Organisationen aufzubauen habe²⁰. - Daß gerade diese drei Fragenkomplexe zur Debatte standen, war kein Zufall. Wie in der Betrachtung der traditionellen und sozialen Grundlagen des Linksradikalismus dargetan wurde, waren in den linksradikalen Traditionen verschiedener Provenienz die parlamentarische Tätigkeit der SPD, die reformistische Politik der "Freien Gewerkschaften" und der bürokratiefördernde Zentralismus in den Arbeiterorganisationen die gemeinsamen beständigen Zielpunkte der - im einzelnen unterschiedlich motivierten - Kritik. In welcher besonderen Weise diese Fragen auf dem Gründungskongreß der KPD (S) aktualisiert wurden, soll im Folgenden analysiert werden.

Knief nannte in seinem bereits zitierten Geleitwort zum Gründungskongreß als einzigen verbleibenden Streitpunkt zwischen den IKD und dem "Spartakus"-Bund organisatorische Probleme: "Ohne die Notwendigkeit einer Zentrale zu leugnen, fordern die Kommunisten (d. h. die IKD, d. Verf.), der gegenwärtigen revolutionären Situation entsprechend die größte Selbständigkeit und Beweglichkeit der örtlichen und provinziellen Organisationen"²¹. Im gleichen Sinne schlug Hugo Eberlein²², der Referent des "Spartakus"-Bundes für Organisationsfragen

19) Ibidem.

20) Vgl. dazu die Darstellung des KAP-Militanten Bernhard Reichenbach, Zur Geschichte der KAPD, p. 119 f.

21) "Der Kommunist" (Bremen), 2. Jg. (1919), Nr. 1.

22) Hugo Eberlein (1887-1940), von Beruf Zeichner, war seit 1906 Mitglied der SPD, während des Krieges Mitglied der "Spartakus"-Gruppe; er war vom 1.-5. und vom 7.-10. Parteitag Mitglied der Zentrale der KPD; er war der einzige deutsche Vertreter auf dem Gründungskongreß der Komintern im März 1919 in Moskau; 1933 Emigration in die UdSSR. S. Karl H. Tjaden, Struktur und Funktion der "KPD-Opposition" (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur "Rechts"-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan 1964, Bd. II, p. 114.

auf dem Kongreß, vor: "Die einzelnen Orte müssen für die Gestaltung ihrer Organisation völlige Freiheit behalten. Es darf von oben her nicht uniformiert werden. Die einzelnen Organisationen müssen völlige Autonomie haben"²³. Nach den anti-zentralistischen Stimmungen in der Bewegung der "Jungen" und dem prinzipiellen Anti-Zentralismus der anarchistischen Gruppierungen und der "Freien Vereinigung" hatte sich unabhängig davon in Reaktion auf die Bürokratisierungserscheinungen schon vor dem Kriege in den Kreisen der Linksradikalen in der SPD ein waches Mißtrauen gegen die zentrale Führung entwickelt; Borchardt zog bereits radikal anti-autoritäre Konsequenzen daraus für den proletarischen Organisationsaufbau; die ISD und schließlich die IKD führten diese Tradition fort, während im "Spartakus"-Bund während des Krieges ein extrem föderalistischer Flügel (Liebknecht, Rück) vorhanden war, mit dem sich eine Minderheit um Rosa Luxemburg nicht identifizierte. Daß sich die lokalen Autonomiebestrebungen, eine Art neue Version des "Lokalismus", mühelos auf dem Gründungskongreß der KPD (S) durchsetzten, ging aber nicht nur auf das allgemeine Mißtrauen gegenüber den Arbeiterführern zurück; ein nicht unwichtiger Faktor ist auch darin zu sehen, daß in der Kriegssituation der Illegalität die einzelnen großstädtischen Zentren der Linksradikalen weitgehend voneinander isoliert gewesen waren und daß sie sich nun dagegen sträubten, ihre faktische Autonomie aufzugeben und sich einer gemeinsamen Zentrale zu unterwerfen. Anders als Johann Knief vermutet hatte, wurde auf dem Gründungskongreß kaum Widerspruch gegen die Forderung der IKD nach "größter Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit der örtlichen und provinziellen Organisationen" laut. Die Stimmung in den Mitgliederreihen des "Spartakus"-Bundes entsprach diesen Parolen offenbar in viel größerem Maße als er angenommen hatte. Die Ausarbeitung entsprechender Statuten wurde einer Programm- und Organisations-Kommission übertragen; das auf dem 2. Parteitag im Oktober 1919 vorgelegte Ergebnis²⁴ entsprach noch weitgehend den föderalistischen Postulaten des Gründungskongresses; erst nach der Abspaltung der KAPD hieß es im Bericht des 5. Parteitages vom Oktober 1920: "Nach langen Auseinandersetzungen über Zentralismus und Föderalismus in der Organisation hat sich die Partei zum Zentralismus bekannt"²⁵.

Weniger einhellig war die Meinung des Gründungsparteitages hinsichtlich der Teilnahme der neuen Organisation an den Wahlen zur Na-

23) "Die Rote Fahne", 2. Jg. (1919), Nr. 2. Bericht über den Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919, o. O., o. J. (Berlin 1919), p. 44.

24) S. Bericht über den 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund), Berlin 1919, p. 67 f.

25) Zitiert in: Der deutsche Kommunismus, Dokumente, hrsg. und kommentiert von Hermann Weber, Köln/Berlin 1963, p. 251 f.

tionalversammlung, also ihre Stellung zum Parlamentarismus. Der Rechtsanwalt Dr. Paul Levi²⁶, seit seiner Gymnasialzeit Mitglied der SPD, dann Anhänger des "Spartakus"-Bundes und der politische Strafverteidiger und Schüler Rosa Luxemburgs, referierte von zahlreichen Mißfallenskundgebungen des Kongresses unterbrochen über die Wahlen zur Nationalversammlung und trat im Namen des Zentralvorstandes für die Teilnahme ein²⁷. Unverändert gelte die Forderung "Alle Macht den Räten!"; er gab aber zu bedenken, daß die Nationalversammlung möglicherweise auf längere Zeit das politische Leben Deutschlands beherrschen werde; man werde dann nicht verhindern können, "daß selbst unsere Genossen ihre Blicke dorthin richten werden"²⁸. Um sie wach zu halten, und um die indifferenten Massen zu gewinnen, müsse man deshalb auch diese Tribüne ausnutzen. Levi paraphrasierte lediglich die schon aus der Vorkriegszeit bekannten Überlegungen Rosa Luxemburgs zum Parlamentarismus. Diese sekundierte ihm dann auch in der Diskussion; sie warf den protestierenden Delegierten vor, sich ihren "Radikalismus etwas sehr bequem"²⁹ zu machen; noch seien die Massen nicht reif für die Übernahme der Herrschaft. Die Tatkraft der protestierenden Delegierten sei zwar die einfachere und bequemere Taktik, ihre Taktik hingegen rechne mit einem längeren Weg. "Die Hauptaktion ist auf der Straße. Sie soll überall zur Herrschaft und zum Triumph kommen. Wir wollen zur Unterstützung dieses Kampfes auch noch die Tribüne der Nationalversammlung"³⁰. Trotz dieser Intervention blieb die Stimmung des Kongresses antiparlamentarisch. In der deutschen Arbeiterbewegung waren antiparlamentarische Strömungen bis dahin aufgetreten in der Opposition der "Jungen" und in der anarchistischen und syndikalistischen Bewegung. Vor dem Kriege wurden antiparlamentarische Stimmen vernehmbar am äußersten linken Rand der SPD, in Pfemferts "Aktion" und Borchardts "Lichtstrahlen"; während des Krieges hieß es z. B. aus den Kreisen der ISD, der Parlamentarismus sei bis heute nichts anderes gewesen "als das Feigenblatt des inneren Verfalls einer großen Partei, ausgenützt von der bürgerlichen Gesellschaft zur Entsozialisierung des Proletariats"³¹. Die Möglichkeit der Aufklärungsarbeit von der Parlamentstribüne wurde immerhin

26) S. den biographischen Anhang.

27) S. seine Rede in: Bericht des Gründungsparteitages der KPD(S), p. 9 f.; "Die Rote Fahne", 1. Jg. (1918), Nr. 4/5.

28) Bericht des Gründungsparteitages der KPD (S), p. 10.

29) "Die Rote Fahne", 1. Jg. (1918), Nr. 45; Bericht des Gründungsparteitages der KPD (S), p. 11.

30) Ibidem. Aufschlußreich über die Stimmung des Kongresses ist das Detail, daß Rosa Luxemburg laut Protokoll von "lebhaftem Beifall begrüßt" wurde, nach ihrer Intervention für die Teilnahme an den Wahlen aber lediglich "schwachen Beifall" erntete.

31) "Arbeiterpolitik", 3. Jg. (1918), Nr. 23.

im gleichen Artikel noch zugestanden. Im Oktober 1918 schrieb ein Anonymus in der "Arbeiterpolitik" zur Frage des Parlamentarismus, das parlamentarische Regierungssystem erschwere in seiner letzten Konsequenz den Klassenkampf des Proletariats; "es vertritt in seines Wesens Wesenheit eine harmonieselige Tendenz, es verlängert die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus"³². - Doch erst nachdem durch die Entstehung der Arbeiter- und Soldatenräte im November 1918 die Basis einer proletarischen Herrschaftsform gegeben zu sein schien, wurde die mit der Geschichte der bürgerlichen Herrschaft engstens verbundene Institution des Parlaments vollends und allgemein in linksradikalen Kreisen verworfen. Bald schon zeigte sich, daß dieser Antiparlamentarismus von den IKD viel rigorosere vertreten wurde als von den Führern des "Spartakus"-Bundes. Die "Rote Fahne" hatte am 22. 11. 1918 geschrieben, die Einberufung der Nationalversammlung sei lediglich ein Mittel, "die Macht der Arbeiterklasse zu schwächen und ihr Klassenbewußtsein zu verwirren"³³. Die IKD kritisierten diese Stellungnahme als zu allgemein und ungenau; sie maßten der geplanten Einberufung der Nationalversammlung eine viel prinzipiellere Bedeutung bei, indem sie diese als einen Versuch deuteten, "noch einmal unter demokratischer Form die Diktatur der Bourgeoisie zu errichten"³⁴. Sie sahen darin einen "Angriff - nicht nur eine Verteidigung gegen den Ansturm des Proletariats"³⁵. - Nachdem sich die Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte vom 16. bis 20. 12. 1918 für die Nationalversammlung ausgesprochen hatte, begann bei den intellektuellen Wortführern des "Spartakus"-Bundes eine taktische Umorientierung (die übrigens auch Knief von den IKD mitvollzog) aufgrund der realistischen Einsicht, daß die linksradikalen Kräfte - zu größeren revolutionären Aktionen zu schwach - Gefahr liefen, bei der Nichtbeteiligung an den Wahlen ganz aus dem politischen Geschehen hinausgedrängt zu werden. Rosa Luxemburg trat zuerst am 20. 12. 1918 für die Wahlbeteiligung ein mit dem Argument, man müsse das Parlament von außen und von innen bekämpfen³⁶; Liebknecht sprach zwar auf dem Gründungskongreß für die Teilnahme an den Wahlen, gestand aber, daß er sich "als Befürworter der Nationalversammlung schlafen lege, um als ihr Gegner wieder zu erwachen"³⁷; Johann Knief hatte dafür plädiert, die Nationalversammlung gleichzeitig von außen und innen zu

32) "Arbeiterpolitik", 3. Jg. (1918), Nr. 43.

33) "Die Rote Fahne", 1. Jg. (1918), Nr. 11.

34) "Arbeiterpolitik", 3. Jg. (1918), Nr. 49; Kritisches zu der Berliner revolutionären Bewegung.

35) Ibidem.

36) S. "Die Rote Fahne", 1. Jg. (1918), Nr. 35.

37) Nach: Paul Frölich, op. cit., p. 329.

bekämpfen³⁸; da die Bremer IKD am 20.12.1918 aber gegen die Beteiligung abgestimmt hatten, fügte er sich ihrem Entschluß. Die große Mehrheit der Linksradikalen hingegen, der IKD sowohl als der "Spartakus"-Anhänger, vermochte es nicht einzusehen, warum man zu Wahlen antreten sollte für eine Institution, die man übereinstimmend kurz zuvor noch abgelehnt hatte. "In einem großen Teil der deutschen Arbeiterschaft besteht der feste Wille, die Wahlen zur Nationalversammlung zu boykottieren"³⁹, stellte Knief am 24.12.1918 fest. Zum Sprecher dieses Teils der Arbeiterschaft machte sich - lebhaft akklamiert - der Führer der Dresdener IKD, Otto Rühle, auf dem Gründungskongreß: Ein Beschluß für die Wahl wäre "nicht nur blamabel, sondern selbstmörderisch. Wir würden nur helfen, die Revolution wieder von der Straße in die Parlamentsstube zu verlegen. Für uns kann es nur eine Aufgabe geben: Stärkung der Arbeiter- und Soldatenräte ..."⁴⁰ Die Abstimmung über die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung ergab 62 Stimmen dagegen, 23 Stimmen dafür; ein Beschluß, der dann in den Leitsätzen der Levi-Zentrale auf dem Heidelberger Parteitag im Oktober 1919 revidiert wurde. Obwohl der sich in diesem Abstimmungsergebnis manifestierende Antiparlamentarismus in der jungen KPD (S) bald von der Levi-Zentrale pauschal als "Syndikalismus" denunziert wurde, war der direkte ideologische Einfluß der "Freien Vereinigung", des organisierten deutschen Syndikalismus, zweifellos der geringere Impuls für die Entscheidung der Delegierten. Die "Freie Vereinigung" hatte sich gerade erst vier Tage vor dem Gründungskongreß der KPD (S) rekonstituiert⁴¹; ihr Publikationsorgan erschien am 14.12.1918; die Möglichkeit der ideologischen Einflußnahme war also bis Ende Dezember 1918 vor allem auf die mündliche Agitation eingeschränkt gewesen. Die "Freie Vereinigung" hatte allerdings seit dem 14.12.1918 ihren Mitgliedern empfohlen, sich den linken Parteien anzuschließen und ihre Parolen kamen der vorherrschenden radikalen Stimmung der Delegierten des Gründungskongresses der KPD (S) in außerordentlicher Weise entgegen⁴². So ist ein gewisser Einfluß des organisierten Syndikalismus sicher; die antiparlamentarische Entscheidung von fast drei Vierteln der Delegierten von ihm abhängig zu machen, hieße jedoch die agitatorische Potenz der "Freien Vereinigung" zu dieser Zeit maßlos überschätzen. Der Antiparlamentarismus der Delegierten ist teilweise aus der traditionellen Kritik der Radikalen

38) S. "Der Kommunist" (Bremen), 1. Jg. (1918), Nr. 24.

39) "Der Kommunist" (Bremen), 1. Jg. (1918), Nr. 24.

40) "Die Rote Fahne", 1. Jg. (1918), Nr. 45; Bericht des Gründungsparteitages der KPD (S), p. 10.

41) Vgl. dazu den folgenden Abschnitt über die Rekonstituierung der "Freien Vereinigung".

42) Vgl. den Aufruf der "Freien Vereinigung" vom 14.12.1918 im "Syndikalist", 1. Jg. (1918), Nr. 1. S. auch den dokumentarischen Anhang Nr. III

in der SPD am "parlamentarischen Kretinismus" ihrer Partei herzu-
leiten; er war jedoch vor allem situationsbedingt. Den antiparlamentarischen Delegierten, die bis dahin seit dem 9. November 1918 ausschließlich unter der Losung "Alle Macht den Räten!" gekämpft hatten und die - sicherlich nicht aufgrund sorgfältiger Analyse der Lage - an die proletarische Revolution als unmittelbaren nächsten Schritt glaubten, mußte die Wahlbeteiligung als implizite Anerkennung bürgerlicher Herrschaftsformen und die Preisgabe der Revolution erscheinen⁴³. - In der KPD (S) entstand nach dem Gründungskongreß der Streit darüber, ob seine antiparlamentarische Entscheidung grundsätzlich aufzufassen sei oder lediglich als durch die zugespitzte revolutionäre Situation verursachter Entschluß, der beim Abflauen der revolutionären Welle widerrufbar sei. Die unterschiedliche Einschätzung der revolutionären Lage in Deutschland bestimmte in den folgenden Jahren die unterschiedliche Haltung zum Parlamentarismus im deutschen Kommunismus. Der Glaube an die latente Weiterentwicklung der Revolution in den folgenden Inflationsjahren war dann die Basis des programmatischen Antiparlamentarismus der KAPD. Erst nach Abspaltung des antiparlamentarischen Flügels, der sich in der KAPD zusammenschloß, nahm die KPD (S) 1920 an Parlamentswahlen teil.

Auch in der Gewerkschaftsfrage stand die Mehrheit der Delegierten des Gründungskongresses gegen die Haltung der Führer des "Spartakus"-Bundes. Eine Abstimmung darüber, ob man innerhalb der "Freien Gewerkschaften" agitieren solle oder eigene Gewerkschaftsorganisationen aufbauen müsse, hätte mit Sicherheit ein ähnliches Ergebnis gezeigt wie die Abstimmung über den Parlamentarismus⁴⁴. Rosa Luxemburg verstand es, eine solche Abstimmung zu umgehen, indem sie die Frage an eine Sonderkommission überwies. Die Stimmung des Kongresses war für den Austritt aus den Gewerkschaften und für die Bildung selbständiger Wirtschaftskampf-Organisationen. Paul Frölich von den Bremer IKD machte sich zu deren Sprecher; die früher gebotene Zweiteilung der Arbeiterbewegung in politische und wirtschaftliche Organisationen müsse aufhören: "Für uns kann es nur die Parole geben: Heraus aus den Gewerkschaften. Was aber dann? Wir haben unsere einheitliche Organisation und die Grundlage dafür bilden

43) Vgl. Arthur Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, p. 52: "Dahinter steckte nicht nur der Wille, eine demonstrative Geste der Ablehnung des bürgerlichen Parlamentarismus zu tun, sondern die Delegierten meinten, im Gegensatz zu ihren Führern, daß schon in wenigen Wochen durch revolutionäre Massenaktionen die bürgerliche Republik überwunden sein würde". Vgl. auch dazu die Ausführungen Rosi Wolfsteins auf dem 4. Parteitag der KPD (S), in denen sie die antiparlamentarische Dezemberentscheidung als "ein psychologisches Muß" interpretiert. S. Bericht über den 4. Parteitag der KPD (S), Berlin 1920, p. 53.

44) S. Heinz Schürer, Die politische Arbeiterbewegung Deutschlands in der Nachkriegszeit 1918-1923, Diss. phil. Leipzig o. J. (1932), p. 26 f.; s. auch Rudolf Rettig, op. cit., p. 16.

die Gruppen unserer Genossen in den Betrieben"⁴⁵. Frölich bezog sich auf die Bildung von Einheitsorganisationen in Hamburg und stellte sie als mustergültig hin. Die seit 1917 in der Bremer "Arbeiterpolitik" diskutierte und propagierte Einheitsorganisation, in der die Trennung in Gewerkschaft und Partei aufgehoben werden sollte und die als Alternative zu den "Freien Gewerkschaften" angeboten wurde⁴⁶, zog also bereits die von der "Burgfriedens"-Politik der bestehenden Gewerkschaftsverbände Enttäuschten an. Nachdem 1897 in Reaktion auf die Zentralisierungsbestrebungen der deutschen Gewerkschaften die "Freie Vereinigung" als Sonderorganisation entstanden war, bildete sich nun (1918) in Reaktion auf die in der bürokratischen Zentralisation wurzelnde Kriegspolitik dieser Gewerkschaften erneut eine wirtschaftskämpferische Sonderorganisation heraus, deren Prinzip (Einheit von politischem und wirtschaftlichem Kampf) dem der "Freien Vereinigung" verblüffend ähnlich war, ohne mit ihm identisch zu sein. Rosa Luxemburg hatte die Hamburg-Bremer Einheitsorganisations-Idee verworfen mit der Begründung, daß die Aufgaben der Gewerkschaften durch die Arbeiter- und Soldatenräte und durch die Betriebsräte übernommen werden müßten⁴⁷. Das war allerdings keine Antwort auf die Alternativfrage (Kampf innerhalb oder außerhalb der Zentralverbände), die sich dem Kongreß stellte, und bis zum Oktober 1919 blieb die Gewerkschaftspolitik der KPD(S)-Zentrale völlig widersprüchlich und beschwor die heftigsten Auseinandersetzungen innerhalb der Gesamtpartei herauf⁴⁸. Mit den Heidelberger Leitsätzen zur Gewerkschaftsfrage vom Oktober 1919 wurde schließlich die Arbeit in den bestehenden Gewerkschaftsverbänden, die sogenannte Zellentaktik, inauguriert. Die konsequentesten Vertreter der Einheitsorganisation - und folglich Befürworter des Austritts aus den Gewerkschaften - blieben auch nach dem Gründungskongreß die Hamburger und Bremer Linksradikalen⁴⁹ und die Dresdener Gefolgschaft Rühles, der dann zum eigentlichen Theoretiker dieser populären Idee wurde. Nachdem diese Kräfte aus der KPD hinausgedrängt worden waren, wurden sie die Motoren des

45) "Die Rote Fahne", 2. Jg. (1919), Nr. 1; Bericht des Gründungsparteitages der KPD (S), p. 16.

46) Vgl. dazu oben den Abschnitt über die spontanen Streikbewegungen.

47) "Die Rote Fahne", 2. Jg. (1919), Nr. 1; Bericht des Gründungsparteitages der KPD(S), p. 18.

48) Vgl. dazu Rudolf Rettig, op. cit., p. 17-23.

49) Vgl. "Arbeiterpolitik", 4. Jg. (1919), Nr. 19, im März 1919; "Die Gewerkschaften und ihre Funktionäre, die heute nichts anderes mehr sind als offiziöse Staatsbeamte, sind jetzt, was sie eigentlich auch früher schon waren, die stärksten Stützen der absterbenden Kapitalmacht ... Sie sind die brauchbarsten Instrumente der Gegenrevolution und müssen darum beseitigt werden".

deutschen Unionismus⁵⁰, der später in der Parallelorganisation zur KAP, der "Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands" (AAUD), zusammengefaßt war.

Die linkskommunistische Tendenz trat auf dem Gründungskongreß der KPD(S) klar abgegrenzt zu Tage; ihre Kriterien waren Föderalismus, Antiparlamentarismus und antigewerkschaftliche Haltung. Ein wenig vereinfachend könnte man sagen, daß ihre Sprecher sich aus den Reihen der Führer der IKD rekrutierten (Knief, Frölich, Rühle) und daß sie sich gegen die Führer des "Spartakus"-Bundes (Luxemburg, Liebknecht, Levi) durchsetzten⁵¹. Ein weiterer und zwingenderer Hinweis für die Bedeutung der IKD innerhalb der linkskommunistischen Tendenz ist die Tatsache, daß man föderalistische, antiparlamentarische und antigewerkschaftliche Ideen in den Publikationsorganen der IKD ("Arbeiterpolitik", Bremer und Dresdener "Kommunist") findet, in der Presse des "Spartakus"-Bundes ("Spartakusbriefe", "Die Rote Fahne") aber vergeblich danach sucht. Die linkskommunistische Mehrheit des Gründungskongresses der KPD(S) war nicht identisch mit den IKD, sie umfaßte viel weitere Kreise. Sie schloß jedoch die IKD ein und war bis zu einem gewissen Grade durch diese vorbereitet gewesen; durch sie hindurch besteht eine direkte Kontinuität zwischen den IKD und den späteren linkskommunistischen Organisationen, der KAP bzw. AAU. Die IKD gingen zwar nach dem Gründungskongreß in der KPD(S) auf; "aber", schrieb später ein KAP-Mitglied, "wir als Mitglieder der IKD hatten wohl alle das Gefühl, daß eine Idee damit unterging. Erst die Oppositionsbewegung hier in Berlin, innerhalb der KPD, nahm den IKD-Gedanken wieder auf"⁵². Die KAP nahm für sich in Anspruch, "aus dem rückläufigen Entwicklungsprozeß der KPD die gesunden revolutionären Elemente, hauptsächlich der früheren IKD herausgerettet"⁵³ zu haben. Johann Knief, der im April 1919 starb, wurde von der KAP als ein "Vorläufer der KAP und AAU"⁵⁴ gefeiert; Paul Frölich, der als Vertreter der IKD auf dem Gründungsparteitag der KPD(S) in die Zen-

50) Vgl. dazu den Abschnitt über das linkskommunistische Gewerkschaftsprogramm und die Entstehung des deutschen Unionismus.

51) Allerdings sprach Eberlein von der "Spartakus"-Gruppe für den Föderalismus und Knief von den IKD war persönlich für die Teilnahme an den Wahlen.

52) KAZ(Berlin), 3. Jg. (1922), Nr. 3. Von den Berliner ISD wird in dem gleichen Artikel berichtet; "Es wurde damals die Gewerkschaftsfrage, der Parlamentarismus und das Problem Masse und Führer lebhaft diskutiert".

53) Programm der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Berlin 1924, p. 13.

54) "Kommunistische Arbeiterzeitung" (im Folgenden abgekürzt mit: KAZ)(Berlin), 4. Jg. (1923), Nr. 14. In der Würdigung Kniefs heißt es weiter; "Die linksradikale "Arbeiterpolitik" aber kämpfte für restlose, geistige wie organisatorische Loslösung von der Sozialdemokratie als erste Voraussetzung für das Wiedererstehen der Arbeiterbewegung und legte so die ersten Grundsteine für die heutige Linie der KAPD und AAU".

trale gewählt wurde und Anfang 1920 endgültig mit seiner linkskommunistischen Vergangenheit brach, wurde als Abtrünniger geächtet⁵⁵. Die anderen prominenten Sprecher der IKD (Pannekoek, Laufenberg, Wolffheim, Rühle u. a.) wurden in den folgenden Monaten zu den intellektuellen Vertretern der linkskommunistischen Tendenz und traten als solche auf dem 2. Kongreß der KPD(S) im Oktober 1919 auf.

Über die Elemente, aus denen sich die anonym verbleibende Menge der Linkskommunisten zusammensetzte, gibt die folgende spätere parteioffizielle Charakterisierung eine im ganzen wohl zutreffende Vorstellung:

"Neben dem alten Stamm der revolutionären Parteiarbeiter, die schon vor dem Kriege zur linksradikalen Opposition um Rosa Luxemburg gehört hatten, saßen jetzt junge Arbeiter, die im Kriege Träger der revolutionären Propaganda und Agitation gewesen waren, aber noch wenig politische Erfahrung hatten. Soldaten, angefüllt mit der Erbitterung über alle Leiden und Entbehrungen des Krieges, Pazifisten, die wacker gegen den Krieg gekämpft hatten und durch die Verfolgungen nach links getrieben worden waren, Syndikalisten, die in der radikalen Arbeiterbewegung ein fruchtbares Feld für ihre Ideen sahen, Künstler und andere Intellektuelle, die vom Strom der Revolution hochgeschleudert worden waren, kurz, Elemente wie sie in jeder Revolution plötzlich in die Bewegung gerissen werden und die ihren politischen Wert erst erweisen mußten. Dieser Zuwachs zeigte sicherlich revolutionäre Begeisterung und Bereitschaft zum Handeln, aber auch allzu dürftige politische Erfahrungen und keine theoretischen Kenntnisse. Er urteilte meist stimmungsmäßig und beeinflusste damit sehr stark die Mitgliedschaft und die Beschlüsse der jetzigen Tagung (des Gründungsparteitages der KPD(S), d. Verf.)"⁵⁶.

55) Ibidem: "Die Frölich, Becker und andere Gesellen, seine (Kniefs, d. Verf.) früheren Weggenossen sind längst wohlbestallte Kostgänger Moskaus geworden".

56) Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, p. 265. Diese Charakterisierung der Linkskommunisten in der von Paul Frölich redigierten "Illustrierten Geschichte" ist ungleich differenzierter und zutreffender als das Urteil, das in der Nachfolge von Arthur Rosenbergs strenger Beurteilung des Linkskommunismus (Geschichte der Weimarer Republik, p. 23 f.) zum unüberprüften Gemeinplatz der jüngeren wissenschaftlichen Literatur geworden ist, und das W. T. Angress (op. cit., p. 20) so formuliert: "These people were often adherents of an anarchosyndicalist rather than of a Marxist tradition and did not prove amenable to any discipline. The ranks of this lunatic fringe within the Spartacusbund were swelled, during the revolutionary upheavals in November by an assorted conglomeration of shiftless drifters and downright criminals who, under the pretext of fighting for the revolution, tried to benefit from it." Im gleichen Sinne Eric Waldmann, The Spartacist Uprising of 1919 and the crisis of the German Socialist Movement: A study of the relation of political theory and party practice, Milwaukee 1958, p. 98 f. In irgendeinem historischen Verständnis kann sinnvollerweise nicht die Rede sein von einer anarcho-syndikalistischen Tradition des Linkskommunismus; man reproduziert hier lediglich die Invektiven der Levi-Zentrale der KPD selbst. Die Charakterisierung der Linkskommunisten als "shiftless drifters and downright criminals" ist eine nicht verifizierbare Aussage.

Die derart charakterisierten Linkskommunisten blieben anonym und es ist daher schwierig, irgendwelche Aussagen über sie zu verifizieren. Immerhin lassen sich in der politischen Entwicklung einiger namhafter KAP- und AAU-Mitglieder die genannten typischen Züge aufweisen. - Einer der politisch kaum erfahrenen jungen Arbeiter, die im Kriege Träger der revolutionären Propaganda und Agitation gewesen waren, war der 1893 geborene Karl Plättner, der vor 1914 gewerkschaftlich und in der SPD organisiert gewesen war und während des Krieges wegen revolutionärer Agitation (Hochverrat) zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt wurde; er gehörte dann zu den Dresdener IKD und war Mitglied des Dresdener Arbeiter- und Soldatenrates; er gehörte zum linken Flügel der KPD(S) und schließlich zur KAP; nach der März-Aktion (1921) versuchte er, sein Programm des "revolutionären Bandenkampfes" durchzuführen⁵⁷. - Max Hoelz repräsentiert den Typus des durch den Krieg politisierten Soldaten und Arbeiters; er begann seine politische Entwicklung im Arbeitslosen-Rat seiner Heimatstadt, war dann Mitglied der KPD(S) und ging, von der KPD(S)-Zentrale ausgeschlossen, mit deren linken Abweichlern zur KAP⁵⁸. - Ein Musterbeispiel des Künstlers und Intellektuellen bürgerlicher Herkunft, der sich linkskommunistisch engagierte, war Heinrich Vogeler; vor dem Kriege ein angesehener Maler und Architekt, wurde er Anfang 1918 wegen pazifistischer Agitation zwei Monate ins Irrenhaus gesteckt, kam dann in Kontakt mit Johann Knief und wurde in den Arbeiter- und Soldaten-Rat seiner Heimatstadt Bremen gewählt⁵⁹; er war Mitglied der KPD(S) ohne alle marxistischen Grundkenntnisse⁶⁰ und versuchte, aus seinem Gut in Worpsswede eine Arbeitskommune zu machen; von 1920 bis 1923 war er unermüdlich tätig im Rahmen der AAU und schrieb Beiträge in fast allen unionistischen und syndikalistischen Zeitschriften. - Diese knappen Bemerkungen mögen ein wenig Licht werfen auf die Beschaffenheit der Träger der linkskommunistischen Tendenz und deren allgemeine Charakterisierung ansatzweise bestätigen.

57) S. dazu unten; Die Verselbständigung des Aktivismus, Karl Plättners "revolutionärer Bandenkampf". S. weitere Beispiele für diesen Typus in: Illustrierte Geschichte, p. 168. Gegen die jugendlichen Dresdener Brüder Levinsohn, zeitweilig Redakteure des Dresdener "Kommunist" und Anhänger der IKD, und ihre Genossen wurden im Mai 1918 wegen revolutionärer Propaganda insgesamt 21 Jahre Zuchthaus und 9 Monate Gefängnis verhängt; sie waren Mitglieder der KPD(S), dann der KAP und kehrten 1922 wieder zur KPD zurück. Vgl. als weiteres Beispiel die Biographie Werner Möllers im biographischen Anhang.

58) Vgl. dazu unten den Abschnitt über Max Hoelz als Typus des linksradikalen Aktivisten.

59) Vgl. das Vorwort zu: Heinrich Vogeler, Erinnerungen, Berlin 1952.

60) Dazu Vogeler (ibidem, p. 240); Er bezeichnet sich für jene Zeit als "politischen Analphabeten". "Zuerst kam ich an das Studium von Proudhon und Fourier. Zu Marx und Engels hatte ich noch gar keine Beziehung".

Jene Charakterisierung bedarf aber einer wesentlichen Ergänzung: Die Wortführer und späteren Theoretiker des Linkskommunismus (Pannekoek, Laufenberg, Rühle u. a.) waren durchaus gründlich geschulte Marxisten, die lange vor Ausbruch des Weltkrieges bereits politische Erfahrungen gesammelt hatten in den Kreisen der radikalen Linken um Rosa Luxemburg. Selbst die engsten Mitarbeiter Rosa Luxemburgs im "Spartakus"-Bund zeigten sich ja nicht immer in dem Maße immun gegen die in der Basis vorherrschende linkskommunistische Tendenz wie ihre Meisterin, wie z. B. in Karl Liebknechts Stellung zur Organisationsfrage⁶¹ und zum Parlamentarismus sichtbar wurde. Der Schlüssel zum Verständnis der linkskommunistischen Option jener Intellektuellen lag - wie im einzelnen noch zu zeigen sein wird - in ihrer besonderen Auffassung der revolutionären Situation; fasziniert vom Beispiel der russischen Revolution sahen sie sich bis zum Ende der Inflationsperiode in Deutschland (1923) durch den Gang der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung nicht prinzipiell in der Annahme widerlegt, die Todeszuckungen des Kapitalismus zu erleben, aus denen heraus die proletarische Revolution unmittelbar erfolgen müsse. - Rosa Luxemburg hielt ihnen auf dem Gründungskongreß entgegen: "Der Optimismus des Genossen Rühle sei ja ganz schön, aber so weit sind wir noch nicht. Was ich bisher sehe, ist die Unreife der Massen ..."⁶²

2. Die Rekonstituierung der "Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften"

Wichtige taktische Postulate des Linkskommunismus, der sich auf dem Gründungsparteitag der KPD(S) durchsetzte, waren erstens der Kampf gegen die "Führer"-Politik und als Präventivmaßnahme dagegen föderalistischer Organisationsaufbau und zweitens die Ablehnung der Parlamentsarbeit und statt dessen direkte Massenaaktionen. Beide Momente, Föderalismus in der Organisation und direkte Aktion als Taktik, koinzidierten mit den wesentlichen Punkten des Vorkriegsprogramms der "Freien Vereinigung", der deutschen Syndikalisten. Da die Mehrheit des Kongresses für den Austritt aus den "Freien Gewerkschaften" war und da diese Austrittsbewegung ja schon während des Krieges eingesetzt hatte, lag der Anschluß an die einzige organisatorische Alternative, nämlich an die "Freie Vereinigung", nahe, sofern man nicht - wie in Hamburg und Bremen - vorerst lediglich einzelne Betriebsorganisationen aufbauen wollte. Über die Motive dieses an-

61) Vgl. dazu den Abschnitt über die Diskussion der Organisationsfrage im "Spartakus"-Bund.
62) Bericht des Gründungsparteitages der KPD(S), p. 11.

fänglichen Zusammengehens der Kommunisten und der Syndikalisten gab im Juni 1919 ein Vertreter der KPD(S)-Zentrale Auskunft: Als man im November in die revolutionäre Bewegung eingetreten sei, hätten viele "Spartakus"-Anhänger an ein inniges Zusammenarbeiten mit den Syndikalisten geglaubt. "Sie rechneten dabei auf das revolutionäre Temperament, das unstreitig in den Syndikalisten steckt"¹. Sie seien von der Annahme ausgegangen, daß die Syndikalisten sich nur aus gesunder Opposition gegen die verbürokratisierten Gewerkschaften in besonderen Gewerkschaften organisiert hätten, ohne damit die spezifisch syndikalistischen Auffassungen angenommen zu haben. Ein anderes Motiv, das die KPD(S) und die "Freie Vereinigung" zunächst zum Zusammengehen bewegen mußte, war die sehr geringe Stärke beider Organisationen. Zur Klärung der theoretischen Gegensätze schließlich, die von den breiten Mitgliederschichten ohnehin nicht erkannt wurden, fehlte in der aktionsbewegten Zeit zwischen November 1918 und April 1919 ganz einfach die Gelegenheit.

Die "Freie Vereinigung", deren Kader in der Illegalität während des Krieges erhalten geblieben waren², reorganisierte sich unverzüglich nach dem Novemberumsturz; in Berlin baute allen voran der langjährige Leiter der "Freien Vereinigung", Fritz Kater, die Organisation aus; im Ruhrgebiet, dem anderen Zentrum des deutschen Syndikalismus vor dem Kriege, wirkte vor allem der Fliesenleger Carl Windhoff, auch er langjähriges Mitglied der "Freien Vereinigung". Bereits am 26. und 27. Dezember 1918 rief Kater die führenden Syndikalisten aus der Vorkriegszeit in Berlin zusammen und einigte sich mit ihnen über den einzuschlagenden Weg der wiedererstandenen Organisation³. Es kamen 33 Delegierte aus 43 Ortsvereinen zusammen; man hielt Rückblick auf die schwierige Situation der Organisation während der Kriegsjahre und betonte mit Stolz, daß die "Freie Vereinigung" die einzige Arbeiterorganisation sei, die nicht habe umlernen müssen nach dem Kriege. Die Resolution der Konferenz lehnte neben den Zentralverbands-Gewerkschaften die Beteiligung an der Nationalversammlung mit den Argumenten der Vorkriegszeit ab:

"Der Parlamentarismus, das Paktieren mit dem Bürgertum, ist kein revolutionäres Kampfmittel. Die Beteiligung der Arbeiterschaft am Parlamentarismus und die Neutralität der Gewerkschaften haben zwar einen weiten Personenkreis der Arbeiterbewegung zugeführt, aber nur unter Preisgabe aller wirklichen Ziele des revolutionären Proletariats"⁴.

1) F. Brandt, Syndikalismus und Kommunismus, Berlin 1919, p. 3.

2) S. Rudolf Rocker, Biographie von Fritz Kater, p. 17.

3) S. dazu den Bericht im "Syndikalist", 1. Jg. (1918), Nr. 4; Konferenz der Syndikalisten.

4) S. "Der Syndikalist", 1. Jg. (1918), Nr. 4.

Man empfahl den Mitgliedern, sich den linksstehenden Parteien anzuschließen, womit man nur die USPD und allenfalls den "Spartakus"-Bund und die IKD meinen konnte. Diese Empfehlung war nicht überraschend, denn vor dem Kriege hatte man ja weniger mit der Partei, der SPD, gebrochen, als daß man ausgeschlossen worden war; insbesondere bei den altgedienten Mitgliedern der "Freien Vereinigung" wie Fritz Kater, dem enttäuschten radikalen Sozialdemokraten, muß man ein gewisses Heimweh nach der verlorenen Partei annehmen. Die von Kater seit dem 14. 12. 1918 als Fortsetzung der "Einigkeit" herausgegebene Zeitschrift "Der Syndikalist"⁵ wurde bei der Dezember-Zusammenkunft zum Verbandsorgan bestimmt. Gleichzeitig wurde das syndikalistische Verlagshaus Fritz Katers in Berlin wiedergegründet.

Vom Ziel und von der Politik der "Freien Vereinigung" in dieser Phase der Rekonstituierung gibt das im Frühjahr 1919 von Karl Roche verfaßte Programm⁶ eine Vorstellung; Roche, der um die Jahrhundertwende als junger Seemann zur "Freien Vereinigung" gekommen war und 1913 z. B. neben Kater als Sprecher der deutschen Syndikalistinnen auf dem Internationalen Syndikalistinnen-Kongreß in London aufgetreten war⁷, gehörte zum älteren Stamm der "Freien Vereinigung"; das von ihm verfaßte Programm war also repräsentativ für die aktuellen politischen Vorstellungen der ehemals sozialdemokratischen Kader aus der Vorkriegszeit. - Roche resümierte die Grundlagen der syndikalistischen Doktrin: Die furchtbarste Waffe der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie sei der Streik, die Entziehung der Arbeitsleistung in jeder erfolversprechenden Form; zu diesem Kampfwort habe sich die Arbeiterklasse zu organisieren. "Politische Parteien und neutrale Gewerkschaften lenken die Arbeiterklasse vom Sozialismus ab. Allein die Vereinigung sozialistisch denkender und revolutionär wollender Lohnarbeiter ist die Organisation der Selbstbefreiung. Das ist Syndikalismus"⁸. - Das war die Anwendung der Vorkriegsparolen auf die revolutionäre Gegenwart. Eine Schlußfolgerung daraus war die Solidarisierung mit der Parole des "Spartakus"-Bundes und der IKD "Alle Macht den Räten!". Roche forderte, wenn die Arbeiterklasse den Sozialismus erkämpfen wolle, dürfe sie der Bourgeoisie kein Herrschaftsrecht einräumen, "darf sie nicht mit ihr zusammen wählen und mit ihr unterhandeln. Arbeiterräte sind die Parlamente der Arbeiterklasse"⁹. Er folgte noch wei-

5) "Der Syndikalist, Organ für sozialrevolutionäre Gewerkschaften Deutschlands", 1. Jg. (1918) ff.

6) Karl Roche, Was wollen die Syndikalistinnen? Programm, Ziele und Wege der "Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften", Berlin 1919.

7) Nach schriftlichen Mitteilungen von Herrn Augustin Souchy an den Verfasser (Brief vom 3. 8. 1964); vgl. auch zu Roches Teilnahme am Londoner Syndikalistinnen-Kongreß; "Die Einigkeit", 17. Jg. (1913), Nr. 41.

8) Karl Roche, Was wollen die Syndikalistinnen?, p. 1.

9) Ibidem, p. 6; Hervorhebung im Original.

ter den Schlagworten der KPD(S), indem er für die Diktatur des Proletariats eintrat: "Nicht bürgerliche Parlamente, sondern proletarische Diktatur wird den Sozialismus durchführen"¹⁰. Diese weitgehende Solidarisierung der "Freien Vereinigung" mit den Parolen der KPD(S) dauerte längstens bis Mitte 1919. Die Zeit, in der man gemeinsam "Schulter an Schulter gekämpft"¹¹ hatte, war dann beendet; der Kampf der Levi-Zentrale der KPD(S) gegen die vermeintlichen und die authentischen Syndikalistinnen begann und das Programm der "Freien Vereinigung" erhielt wesentliche neue Impulse. Der Gründungskongreß der FAUD, die aus der "Freien Vereinigung" direkt hervorging, lehnte im Dezember 1919 ausdrücklich die bolschewistische Vorstellung von der Diktatur des Proletariats als Übergangsphase vom bürgerlichen Staat zur klassenlosen Gesellschaft ab. Im Dezember 1919 stand die "Freie Vereinigung", bzw. FAUD, bereits vollkommen unter dem ideologischen Einfluß Rudolf Rockers. Karl Roche, der offenbar den neuen, in dezidiierterer Form anarcho-syndikalistischen Kurs nicht billigte, ging 1920 zur AAUD über.

Der Massenzulauf zur "Freien Vereinigung", der erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1919 einsetzte, ist das eine entscheidend wichtige Moment in der Nachkriegsgeschichte der Organisation. Das andere, die Organisation gründlich umgestaltende Moment ist die Tatsache, daß die bereits vor dem Kriege neben dem sozialdemokratischen Stamm minoritär vertretene anarchistische Tendenz die Oberhand gewann. Die beiden Strömungen des älteren Linksradikalismus, die anarchistische und die syndikalistische Tendenz kamen jetzt zusammen; nach Rockers Bericht arbeiteten Ende November 1918 "die meisten anarchistischen Genossen in Berlin und im Lande in der syndikalistischen Bewegung"¹². Doch nicht der Mitgliederzuwachs aus dem Lager des Vorkriegsanarchismus ist das Bedeutende in dieser Vereinigung, sondern die Neugestaltung des Programms unter dem prägenden Einfluß anarchistischer Ideen durch Rudolf Rocker, der erst im November 1918 zur Bewegung der "Freien Vereinigung" stieß. - Die politische Biographie Rockers ist eine Art Summe der Geschichte der anarchistischen Tradition. Rocker¹³ war 1873 in Mainz in kleinbürgerlichem Milieu geboren und hatte nach seiner Volksschulausbildung eine Buchbinderlehre abgeschlossen; er leitete bereits 1890 einen Jugend-Le-

10) Ibidem, p. 6.; Hervorhebung im Original.

11) "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 46.

12) S. Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p. 394. Er berichtet außerdem: "In manchen Orten, wie Magdeburg, Dresden, Leipzig, Heilbronn, Düsseldorf usw. hielten die älteren anarchistischen Genossen, die der FAUD beigetreten waren, neben der anarcho-syndikalistischen Ortsgruppe auch noch ihre anarchistischen Vereine aufrecht". Ibidem, p. 405.

13) Die folgende Darstellung schließt sich Rockers Selbstbiographie an.

seklub des sozialdemokratischen Wahlvereins in Mainz; in diesem Rahmen machte er seine entscheidenden Erfahrungen mit der SPD: Nach leidenschaftlichem Eintreten für die Bewegung der "Jungen" nach dem Parteitag in Halle (1890) wurde Rocker mit seinem Leseklub aus der Mainzer Ortsgruppe der SPD ausgeschlossen. Er war zu dieser Zeit bereits mit den Schriften Mosts in Berührung gekommen und stand in Briefkontakt mit Karl Wildberger, den er später - wie fast alle Wortführer der "Jungen" - persönlich kennen lernte. Er wanderte 1891 zum Internationalen Sozialisten-Kongreß nach Brüssel und machte dort die Bekanntschaft Nieuwenhuis', des holländischen intellektuellen Mentors der Bewegung der "Jungen"; von diesem Kongreß kam er als Anarchist zurück; er gründete eine illegale anarchistische Gruppe in Mainz, die ihre hauptsächliche Aufgabe in der Verbreitung von London her eingeschmuggelter anarchistischer Literatur sah. Wegen seiner anarchistischen Agitation kam er in Konflikt mit der Polizei und floh Ende 1892 nach einem besonders heftigen Zusammenstoß¹⁴ nach Paris; dort lebte er zwei Jahre in Kreisen emigrierter Anhänger der "Unabhängigen Sozialisten" und ging 1895 nach London, wo er Anschluß fand an die Anarchisten der Gruppe "Autonomie", dann an die ostjüdische Gemeinde im east-end. In ihrem Auftrage gab Rocker - der selbst nicht Jude war - zwischen 1895 und 1914 mehrere Zeitschriften in jiddischer Sprache heraus, die vor allem den kommunistischen Anarchismus Peter Kropotkins vertraten. Mit Kropotkin, der im Londoner Exil lebte, verband Rocker während dieser Zeit persönliche Freundschaft. 1912 organisierte er einen erfolgreichen Schneider-Streik größeren Ausmaßes in London, der seinen Namen international bekannt machte; im Dezember 1914 wurde Rocker als "gefährlicher Ausländer" interniert, die Kriegsjahre verbrachte er in englischen Konzentrationslagern und kam im März 1918 als Austauschgefangener nach Holland, wo er u. a. Gast bei Domela Nieuwenhuis war und den ersten Kontakt mit den deutschen Syndikalisten aufnahm. Ende November 1918 fuhr er nach Berlin auf Einladung Fritz Katers, den er bei dieser Gelegenheit zum ersten Mal traf. Rocker war beeindruckt von der regen Bautätigkeit der Berliner Organisation der "Freien Vereinigung": an seiner aktiven Teilnahme hinderte ihn jedoch eine schwere Krankheit, die er sich während der englischen Haftzeit zugezogen hatte. Sein erstes politisches Auftreten auf der Reichskonferenz der Rüstungsarbeiter in Erfurt im März 1919, an der alle Richtungen der deutschen Arbeiterbewegung teilnahmen, wurde zu einem großen persönlichen Erfolg Rockers; er

14) Vgl. die Darstellung dieser Ereignisse in Mainz bei: Sepp Oerter, Acht Jahre im Zuchthaus, nebst einer Einleitung; Aus der Geschichte der deutschen anarchistischen Bewegung in den Jahren 1890-93, Berlin 1905, p. 33 ff. Sepp Oerter war der ältere Bruder des FAUD-Führers Fritz Oerter.

vertrat in seinem Referat¹⁵ am konsequentesten die Forderung, daß "jede fernere Erzeugung von Kriegsmaterial prinzipiell abzulehnen und eine Umstellung der Betriebe für Friedensarbeit zu erwirken"¹⁶ sei, und entsprach damit der breiten Welle des emotionalen Nachkriegspazifismus. Rockers ideologischer Einfluß auf die "Freie Vereinigung" wuchs kontinuierlich und setzte sich in der Phase der revolutionären Ernüchterung und des beginnenden Kampfes mit der Levi-Zentrale der KPD(S) ab Juni 1919 ganz durch. Die politischen Richtlinien der "Freien Vereinigung", wie sie in Roches Programm umrissen waren und in der Phase der Aktionseinheit mit den anderen linksradikalen Kräften galten, paßten Rocker von Anfang an nicht. Besonders die Aufforderung, den linksstehenden Parteien sich anzuschließen, "und das Eintreten des Blattes (des "Syndikalist", d. Verf.) für eine proletarische Diktatur waren mir nicht zu Herzen"¹⁷. Der individualistisch geprägte Freiheitsbegriff des Anarchismus, den Rocker vertrat, machte in seinen Augen die bolschewistische Parole der Diktatur des Proletariats sofort suspekt. Die Geschäftskommission der "Freien Vereinigung" hatte Rocker mit der Ausarbeitung eines neuen Programms für den Gründungskongreß der FAUD im Dezember 1919 beauftragt. Unter Rockers Einfluß verwarf der Kongreß die Parole von der Diktatur des Proletariats¹⁸.

Rocker war nicht der einzige, der aus der anarchistischen Tradition kommend künftig das Programm und die Politik der "Freien Vereinigung" formulierte. Wenn Rocker vor allem als Vertreter des Kropotkinschen anarchistischen Kommunismus anzusehen ist, so führte Augustin Souchy die Tradition Landauers, Fritz Oerter die Tradition der Gruppe um den "Freien Arbeiter" der Vorkriegszeit fort. - Augustin Souchy war im Winter 1911/12 in Berlin im Alter von 19 Jahren durch einen ehemaligen Mitarbeiter an Mosts "Freiheit" für den Anarchismus gewonnen worden¹⁹; er arbeitete seit 1912 in Landauers "Sozialistischem Bund" und emigrierte 1915 nach Schweden, wo er bis

15) Das Referat wurde gedruckt und in hunderttausend Exemplaren verteilt. S. Rudolf Rocker, Die Waffen nieder! Die Hämmer nieder!, Berlin 1919.

16) So die Resolution der Reichskonferenz; s. Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p. 84 ff.

17) Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p. 72. Rocker hatte Mitte 1918 in Holland bereits mit Domela Nieuwenhuis über die Diktatur des Proletariats diskutiert. Er berichtet: "Er (Nieuwenhuis, d. Verf.) war einer der ersten, der in seinem Blatte "De Vrije Socialist" den Sieg des Bolschewismus in Rußland sehr skeptisch beurteilte und in der sogenannten Diktatur des Proletariats den Ausgangspunkt einer neuen Tyrannei erblickte, die dem Sozialismus zum Verhängnis werden mußte, wenn sie nicht rechtzeitig gebrochen wurde". Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p. 29.

18) Zu Rockers politischen Vorstellungen vgl. im einzelnen die Analyse der Prinzipienklärung der FAUD im Abschnitt über den Gründungskongreß der FAUD.

19) Nach Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p. 406 ff.; Ergänzungen nach brieflichen Mitteilungen von Herrn Augustin Souchy.

1919 journalistisch in der syndikalistischen Bewegung tätig war; nach seiner Rückkehr nach Deutschland (1919) war er mehrere Jahre leitender Redakteur des FAUD-Verbandsorgans "Der Syndikalist". - Fritz Oerter²⁰, gelernter Steindrucker, war mit seinem älteren Bruder Sepp Oerter bereits während des Sozialistengesetzes in der radikalen Arbeiterbewegung in Bayern tätig gewesen und war 1892 schon mit Rucker in Mainz in Berührung gekommen. Er war nach der Jahrhundertwende Redakteur des "Freien Arbeiter" und entwickelte sich nach Rockers Urteil zu "einem der begabtesten Schriftsteller der anarchistischen Bewegung Deutschlands"²¹. Nach dem ersten Weltkrieg besaß er eine Buchhandlung in Fürth (Bayern) und war einer der regelmäßigsten und produktivsten Mitarbeiter des "Syndikalist". - Erst unter diesem kompakten Einfluß der anarchistischen Ideentradition kam die "Freie Vereinigung" wieder zu der ideologischen Identität, die sie nach dem Ausbruch aus der SPD 1908 verloren hatte.

Wenn die "Freie Vereinigung" schon von November 1918 bis April 1919 einen im Verhältnis zu ihrer Vorkriegsstärke nicht unerheblichen Mitgliederzulauf hatte, so vor allem deswegen, weil sie zwar noch nicht mit einem sehr klaren neuen Programm, aber doch als klare Alternative zu den Zentralverbänden der "Freien Gewerkschaften" auftrat. Folgender Katalog des "Syndikalist" resümiert die wesentlichen Punkte des Agitationsprogramms in der Gegenüberstellung: Zentralverbände einerseits / "Freie Vereinigung" andererseits:

"Organisationsform: zentralistisch. Unselbständigkeit der Ortsvereine / Organisationsform: föderalistisch. Selbständigkeit der Ortsvereine. - Streiks müssen vorher angemeldet werden / Jede Organisation hat jederzeit das Streikrecht. - Die Zentralverbände beruhen auf dem Vertretungsprinzip / Die "Freie Vereinigung" empfiehlt die direkte Aktion. - Die Zentralverbände erstreben Reformen innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung / Die "Freie Vereinigung" propagiert die revolutionären Kampfesmittel zum Sturz des Kapitalismus. - Die Verbände betreiben die ausgedehnteste Tarifpolitik / Die "Freie Vereinigung" will nicht Frieden, sondern Kampf mit dem Unternehmertum. - Die Verbände sind Anhänger des Kleinstreiks / Die "Freie Vereinigung" verfißt die Idee des Massen- und Generalstreiks"²².

Zu diesem Aktionsprogramm bekannten sich neben den älteren Mitgliedern der "Freien Vereinigung", die zum Teil schon seit der Zeit des Sozialistengesetzes der radikalen Arbeiterbewegung angehörten, solche Arbeiter, die während des ersten Weltkrieges in Opposition gegen die "Burgfriedens"-Politik der Zentralverbände aus ihren gewerk-

20) Das Folgende nach Mitteilungen von Herrn Augustin Souchy an den Verfasser.

21) Rudolf Rucker, Memoiren, Bd. I, p. 424.

22) "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 38; Die Sünden der Zentralverbände.

schaftlichen Organisationen ausgetreten waren, und schließlich solche, die, zum Teil als ungelernete Arbeiter, bisher gar nicht organisiert, aber durch den Krieg politisiert und durch die wirtschaftliche Misere der Nachkriegszeit radikalisiert, sich den linksextremen Organisationen anschlossen²³. - Diese dritte Kategorie, die der zum Teil ungelerten und bislang unorganisierten Arbeiter, charakterisiert die breite Mitgliedschaft aller linksradikalen Organisationen (FAUD, KAPD, AAUD) bis zu einem gewissen Grade soziologisch; sie war jedoch für den deutschen Syndikalismus keineswegs von der Bedeutung wie z. B. für die Mitgliedschaft der IWW in den Vereinigten Staaten vor dem ersten Weltkrieg. In den USA entstand die radikal-wirtschaftskämpferische Organisation der IWW unmittelbar aus dem Industrialisierungs- und Konzentrationsprozeß als Zusammenschluß vor allem der ungelerten und ärmsten Arbeiter²⁴. In Deutschland entstand die radikale Wirtschaftskampf-Organisation der "Freien Vereinigung" in ihrer syndikalistischen Form vor allem in Reaktion auf die Entwicklung der SPD und der "Freien Gewerkschaften"; sie erhielt beträchtlichen Zulauf erst nach dem ersten Weltkrieg u. a. aufgrund der Enttäuschung in der Arbeiterklasse durch die Kriegspolitik der beiden bürokratisierten Massenorganisationen. Die zweite der genannten Mitgliederkategorien, die der von den bestehenden proletarischen Organisationen enttäuschten Revolutionäre, konnte im amerikanischen Syndikalismus keine wesentliche Rolle spielen; im deutschen Syndikalismus wie im deutschen Unionsismus war sie ein ganz spezifischer und wesentlicher Faktor²⁵.

23) Rucker berichtet von seinen Agitationstouren um die Mitte des Jahres 1919: "Der Geist, der jene Kundgebungen beseelte, war einfach glänzend und machte sich besonders in den regen Debatten, die meinen Vorträgen folgten, wohlthuend bemerkbar. Ich fühlte sofort, daß ich hier ein junges, frisches Menschenmaterial vor mir hatte, das noch nicht durch die Tretmühlender politischen Parteien gegangen und deshalb noch für neue Gedanken empfänglich war". Rudolf Rucker, Memoiren, Bd. II, p. 91.

24) Vgl. dazu die Analyse von Hans Bötcher, Zur revolutionären Gewerkschaftsbewegung, p. 15-23.

25) Die übliche soziologische Zuordnung der syndikalistischen Doktrin zu den ungelerten Arbeitermassen, wie sie z. B. Goetz Briefs 1927 formulierte, ist für die deutsche syndikalistische Bewegung nicht hinreichend, da sie gerade deren Spezifikum nicht sieht. Briefs meinte: "Man kann den Syndikalismus als das Symptom des durchbrechenden Bewußtseins der Ungelernten bezeichnen, welche die Berufsorganisation in allen ihren Formen als mit bürgerlichen Elementen (der wohlverworbenen Rechte, der Gruppeninteressen, des Berufsdünkels, der Abschließung) versetzt empfindet und sie ablehnt, weil sie den Organisationsprinzipien der reinen Proletarität entgegen sei". Goetz Briefs, Gewerkschaftswesen und Gewerkschaftspolitik, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. IV, Jena 1927, p. 1144.

3. Die Stellung des Linkskommunismus und des Syndikalismus in und zu den Aktionen vom November 1918 bis Mai 1919

Ein lückenloses Bild der Wirksamkeit der verschiedenen organisierten Kräfte und ein Überblick über ihr Verhältnis zu den nicht organisierten Kräften in den Streikbewegungen und Insurrektionen zwischen November 1918 und Mai 1919 ist bisher nicht möglich¹. Im folgenden sollen einige Beobachtungen vermerkt werden, die - aufgrund des mit der linkskommunistischen und syndikalistischen Tradition in Zusammenhang stehenden Materials - zumindest eine annähernde Charakterisierung dieser Vorgänge erlauben. - Auffallend ist es, daß niemals hinreichend ausdrücklich auf die soziale Rebellion als elementaren Gärstoff in den Streiks und Insurrektionen dieser Phase hingewiesen worden ist; bedingt durch die administrative Desorganisation des Staatsapparates in der Folge des militärischen und politischen Zusammenbruchs und durch die unerträglich gewordene wirtschaftliche Not des letzten Kriegsjahres ergab sich bei den aggressiveren Teilen der am härtesten getroffenen proletarischen Sozialschichten die dauernde Bereitschaft zum Aufruhr mit durchaus nicht primär politischer, d. h. auf die Eroberung der Staatsgewalt gerichteter Motivation. Die in der Regel spontan entstandene Rebellion richtete sich gegen die unmittelbar erreichbaren Vertreter der Autorität des Staates oder des Kapitals, gegen die Bürgermeister oder die Fabrik- und Bergwerksdirektoren, denen man die Schuld an der eigenen Misere gab und an die man ganz konkrete und situationsbedingte Forderungen stellte². Wesentlich erschien z. B. einer Massenkundgebung streikender Bergarbeiter im Ruhrgebiet - die als weitgehend typisch für die gesamte Arbeiterschaft gelten kann³ - am 18. 12. 1918: Lohnerhöhungen, die Zurückzahlung von 1912 einbehaltenen Streikbeträgen, die Zuteilung von einem Wagen Kohle à 250, - M je Monat, vierzehntägiger bezahlter Urlaub usw⁴. Zur Aufnahme von sozialrevolutionären Leitbegriffen durch diese "noch nicht organisatorisch und ideologisch geformten"⁵ Rebellionen kam es erst durch die einander wechselseitig verstärkende blutige Repression solcher Aufstände durch die mit den Reichswehroffizieren sich verbün-

1) Diese Fragestellung ist bisher am eingehendsten berücksichtigt worden in der Darstellung Eric Waldmanns; *The Spartacist - Uprising of 1919 and the crisis of the German Socialist Movement; A study of the relation of political theory and party practice*, Milwaukee 1958.

2) Zahlreiche Beispiele dazu für das Ruhrgebiet in: *Pol. Akten der Reg. Düsseldorf*, Nr. 15032 ff.

3) Vgl. dazu Peter von Oertzen, *Die großen Streiks*, loc. cit., p. 238.

4) S. *Pol. Akten der Reg. Düsseldorf*, Nr. 15032/20. Vgl. auch Peter von Oertzen, *Die großen Streiks*, p. 239.

5) Peter von Oertzen, *ibidem*, p. 238.

dende sozialdemokratische Regierungsgewalt (Noske) einerseits und die erhebliche Radikalisierung der Arbeiter andererseits. Zumindest für das Ruhrgebiet läßt sich an Hand der Polizeiakten eindeutig belegen, daß es zu bewaffneten Auseinandersetzungen erst kam, nachdem die - z. T. durch die revoltierenden Arbeiter festgenommenen - Betriebsleitungen der einzelnen Zechen sich an die Oberste Heeresleitung in Kassel gewendet und militärischen Schutz angefordert hatten⁶; erst die Anwesenheit von Reichswehrtruppen führte zu verstärkter Gewaltanwendung und zur planvollen Bewaffnung der Arbeiter. Noch am Ende der langen Reihe von Streiks im Ruhrgebiet gaben sich die Forderungen des Bergarbeiter-Generalstreiks vom 1. April 1919 erstaunlich unpolitisch im Vergleich etwa mit dem Aktionsprogramm des "Spartakus"-Bundes, obwohl nun der Einfluß der USPD, der KPD und der "Freien Vereinigung" auf die Sozialbewegung spürbar war; von den Forderungen dieses Generalstreiks⁷ war unmittelbar situationsbedingt: die Einführung der 6-Stunden-Schicht, die Lohnerhöhung um 25 %, die Regelung der Knappschaftsfragen, die Freilassung der politischen Gefangenen, die Bezahlung der Streikschichten, die sofortige Auflösung der Freicorps; als politische Forderungen im engeren Sinne tauchten auf: die Bildung einer revolutionären Arbeiterwehr, die Anerkennung des Rätessystems, die Anknüpfung politischer und wirtschaftlicher Beziehungen mit Sowjet-Rußland. - Es wäre zweifellos nicht sinnvoll, die sich aus dem spontanen Prozeß der sozialen Rebellion ergebenden Forderungen in diesem wie in anderen Fällen von den programmatischen Losungen der sozialrevolutionären Arbeiterorganisationen streng zu trennen; sicherlich beeinflussten beide einander wechselseitig. Doch das nur langsame Durchsetzen dezidiert revolutionärer Parolen zeigt, daß bei den Streiks und Insurrektionen zuerst einmal soziale Kräfte gleichermaßen unabhängig von organisatorischer Integration und theoretischer Artikulation wirksam waren, die von den sozialrevolutionären Organisationen in von Fall zu Fall verschiedenem Ausmaß ihren Zielen dienstbar gemacht werden konnten; die durch die zeitgenössische bürgerliche öffentliche Meinung im Verein mit der sozialdemokratischen Presse mittels der Bezeichnung der an den sozialen Rebel-

6) S. z. B.: *Staatstelegramm* 1. Oberste Heeresleitung Cassel, 2. Volksbeauftragte Berlin vom 24. 12. 1918; "In Hammorn ist im Anschluß an eine von der Streikleitung zur Beilegung des Streiks auf heute nachmittag einberufene Versammlung offener Aufruhr ausgerufen, der Oberbürgermeister und andere Herren der Stadtverwaltung und der Betriebsleitung der Gewerkschaft Deutscher Kaiser wurden im Rathaus gefangen gesetzt bis zur Erfüllung der maßlos übertriebenen Forderungen der Streikenden, Polizei machtlos ... Bitte dringend um Entsendung von etwa 1500 Mann mit einem Dutzend Panzerautos - Der Regierungspräsident." *Pol. Akten der Reg. Düsseldorf*, Nr. 15032/30.

7) S. den Katalog der Forderungen in: "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 17; Generalstreik im Ruhrrevier.